M 3477 FX

# blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w




**OST-TIMOR**

Ans Messer geliefert

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU



Nr. 100 März 1982 DM 4,00

# impressum

**blätter des iz3w**

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Jörg Wetterich.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618





Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,- DM).

Schweiz: SFR 35,- (bzw. 25,-)
Österreich: ÖS 260,- (bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM),
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,- DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe Nr. 101: **20.4.82**

*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*




# Erfolgreiche Kampagne für chilenische Flüchtlingsfamilie

Wir bedanken uns hiermit bei unseren Lesern, die sich an einer Briefaktion für eine chilenische Flüchtlingsfamilie beteiligt haben. Die Familie, die seit anderthalb Jahren in Freiburg lebt, war ins Asylantenlager nach Karlsruhe eingewiesen worden. Unsere Kampagne hat inzwischen Erfolg gehabt, die Familie wohnt wieder in ihrer Wohnung in Freiburg.

# NACHRICHTEN UND BERICHTE



## Eritrea

# Die 6. äthiopische Offensive in Eritrea

**Die schon seit Monaten erwartete 6. Offensive der äthiopischen Zentralregierung gegen die eritreische Befreiungsbewegung wurde nun Mitte Februar tatsächlich eingeleitet. Sie löst damit eine Phase der Auseinandersetzungen ab, in der es nur noch gelegentlich zu Kampfhandlungen mit der äthiopischen Armee kam. Stattdessen bekämpften sich während dieser Zeit die beiden wichtigsten Organisationen des eritreischen Widerstandes, die ELF (Eritrean Liberation Front) und die EPLF (Eritrean People's Liberation Front).**

**Eritrea, eine ehemalige italienische und britische Kolonie, wurde 1952 auf Beschluß der UNO mit Äthiopien föderiert, obwohl sich die eritreische Bevölkerung zuvor in einer Abstimmung für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte. Eritrea erhielt damals zwar einen zumindest formal völlig autonomen Status, der aber schon 1962 durch die äthiopische Zentralregierung unter Haile Selassie wieder aufgehoben wurde. Obwohl die Annexion Eritreas eindeutig gegen völkerrechtliche Vereinbarungen verstieß, wurde international kein Einspruch gegen Äthiopien erhoben. Seit mehr als 20 Jahren kämpfen nun die Eritreer um ihre nationale Unabhängigkeit, von ihrem Ziel sind sie aber auch heute noch weit entfernt.**

**Der Zeitpunkt der 6. Offensive scheint diesmal günstig gewählt. Die seit 1980 erfolgte Annäherung zwischen Äthiopien und Sudan sowie der gerade zugunsten der EPLF entschiedene Bürgerkrieg zwischen der EPLF und ELF scheinen die eritreische Befreiungsbewegung erheblich geschwächt zu haben. Die lange und intensive Vorbereitung dieser neuen Offensive deutet außerdem darauf hin, daß die äthiopische Regierung nun endgültig die Entscheidung sucht. Ersten spärlichen Berichten zufolge ist es aber der eritreischen Befreiungsbewegung schon jetzt gelungen, die äthiopische Offensive zu stoppen.**

**Die 6. Offensive der Äthiopier gegen die eritreische Befreiungsbewegung**

Nach bisher fünf erfolglosen Offensiven will nun die äthiopische Zentralregierung zu einem letzten vernichtenden Schlag gegen die eritreische Befreiungsbewegung ausholen. Dazu hat sie mit mehr als 100000 Mann nahezu die Hälfte der 250000 Mann starken äthiopischen Armee in Eritrea zusammengezogen. Diese ist — zumindest theoretisch — eine der stärksten Armeen Schwarzafrikas, nachdem sie seit 1978 von der UDSSR mit modernsten Waffen im Werte von 2 Mrd. Dollar hochgerüstet wurde.

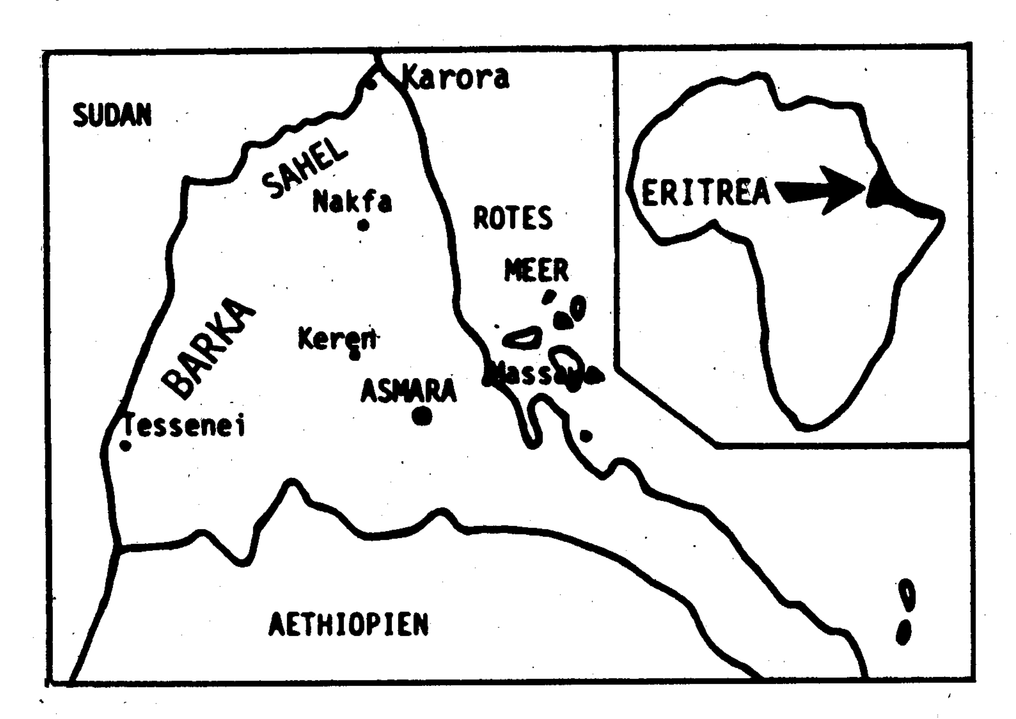
Dennoch verläßt sich die äthiopische Führung im Kampf gegen die wenigen „Eritreischen Widerstandsnester" nicht allein auf die eigene Kraft. Nach Angaben der EPLF werden 20 der erst kürzlich von der Sowjetunion gelieferten MI-24 Helikopter von südjemenitischen Piloten gesteuert. Außerdem stellt die Sowjetunion vier Generäle und zweitausend Berater für die Logistik zur Verfügung. Ebenfalls beteiligt ist die libysche Regierung, die Flugzeuge und Schiffe für den Transport bereitstellt.

Am 15. Februar begann die 6. Offensive. Zwei Ziele sollen offensichtlich erreicht werden: Einmal will man die im Norden gelegene Stadt Nakfa erobern. Sie ist die einzige größere Stadt, die sich noch in Händen der Befreiungsbewegung befindet. In der Vergangenheit ist Nakfa daher geradezu ein Symbol des eritreischen Widerstandswillens geworden.

Zweitens will die äthiopische Armee das Gebiet entlang der sudanesischen Grenze unter Kontrolle bekommen, um so die Befreiungsbewegung von ihren Nachschublinien abzuschneiden. Die äthiopische Armee hat deshalb an verschiedenen Fronten gleichzeitig angegriffen.

Die wichtigste Front verläuft parallel zum Roten Meer. Sie beginnt nahe der sudanesischen Grenze und endet etwa 40 km südlich von Nakfa. Während die äthiopische Armee das Gebiet zwischen dem Roten Meer und den Bergen kontrolliert, haben sich die eritreischen Guerillas in den Bergen um Nakfa in einem dichten Netz von Schützengräben und Unterständen verschanzt. Eröffnet wurden die Kampfhandlungen durch einen massiven Bombeneinsatz in der ganzen Breite der Front. Dennoch soll es den Kämpfern der Befreiungsbewegung gelungen sein, ihre Stellungen zu halten.

Nach Angaben der EPLF wurden am 19. Februar bei einem Angriff auf die Flugplätze in Asmara und Keren der äthiopischen Luftwaffe schwere Verluste zugefügt. Bei diesem zweiten Angriff innerhalb von vier Wochen wurden zwölf von der Sowjetunion gelieferte Flugzeuge sowie der Kontrollturm des Flugplatzes in Asmara zerstört. Seit dem 20. Februar haben sich daher die Luftangriffe auf die eritreischen Stellungen abgeschwächt. Die Verluste, die die äthiopische Armee bisher erlitt, haben — nach Angaben der EPLF — auch die äthiopischen Angriffe in der Barka-Provinz im Nord-Westen Eritreas zum Stillstand gebracht. Die Angreifer sollen dort sogar wieder 40 km zurückgedrängt worden sein, wobei sie schwere Verluste hinnehmen mußten. Die EPLF wirft der äthiopischen Regierung vor, sudanesische Hoheitsrechte zu verletzen, da sie die Befreiungsbewegung mit mehreren Brigaden von sudanesischem Boden aus angegriffen habe. Weitere Kämpfe finden um die Städ-




te Keren, Asmara und Massawa statt.

Die EPLF glaubt, daß die 6. äthiopische Offensive schon jetzt gescheitert sei. Die Kämpfe seien für die Äthiopier mit etwa 10.000 Toten und Verwundeten sehr verlustreich gewesen; außerdem hätten sie bedeutende Mengen Kriegsmaterial verloren. Zu den eigenen Verlusten schweigt sich die EPLF jedoch aus. Daß die 6. Offensive tatsächlich nicht gemäß den äthiopischen Erwartungen verläuft, ist auch Berichten des Fernsehens zu entnehmen, die den erheblichen Widerstand der Eritreer bestätigen.

Der Optimismus der EPLF scheint dennoch verfrüht. Auch wenn die Angaben über die Höhe der Verluste stimmen sollten, bleibt die äthiopische Armee der eritreischen Befreiungsbewegung sowohl personell als auch materiell bei weitem überlegen. Eine weniger optimistische Beurteilung ist auch deswegen angebracht, weil die Äthiopier chemische Waffen besitzen, deren Einsatz den Krieg schnell zugunsten Äthiopiens beenden könnte.

**Einsatz von Nervengas**

Schon seit längerer Zeit ist bekannt, daß die äthiopische Regierung chemische Waffen besitzt (Tabun-Gas). Nach Informationen des Eritrea-Hilfswerkes in Köln sind die von der Sowjetunion gelieferten MI-24 Helikopter allesamt für den Einsatz von Giftgas ausgerüstet. Außerdem sollen 200 sowjetische Experten für die Führung eines Gaskampfes an der neuesten Offensive der Äthiopier beteiligt sein. Die EPLF hat inzwischen auch den Einsatz von Giftgasen gemeldet. Danach hat die äthiopische Armee, was von ihr allerdings heftig bestritten wird, zu Beginn der Offensive an der Front im Barka-Tiefland Giftgasgranaten verschossen. Die dabei beobachteten Vergiftungssymptome wie Erbrechen, Atem- und Sehbeschwerden hielten jedoch nicht lange an. Das läßt darauf schließen, daß die äthiopische Armee es bisher nicht gewagt hat, das hochgiftige Tabun-Gas einzusetzen. Diesem Gas wären die eritreischen Befreiungskämpfer mit ihren selbstgefertigten Gasmasken wahrscheinlich schutzlos ausgeliefert.

Es ist nicht auszuschließen, daß die äthiopische Armee bereit ist, mit dem Einsatz der chemischen Waffen eine Entscheidung herbeizuführen. Vor allem dann, wenn sich zeigen sollte, daß mit rein konventionellen Kampfmitteln der eritreische Widerstand nicht zu brechen ist. Schon in der Vergangenheit hat sich die äthiopische Regierung nicht gescheut, Napalm- und Splitterbomben einzusetzen.

**Die äthiopische Regierung will die Befreiungsbewegung in Eritrea isoliern**

Die 6. Offensive wurde mit großer Sorgfalt vorbereitet. Mengistu Haile Mariam, der Vorsitzende der äthiopischen Regierung und der Oberbefehlshaber der Armee hielt sich wochenlang in der eritreischen Provinzhauptstadt Asmara auf, um dort die Vorbereitungen persönlich zu überwachen. Beteiligt waren außer ihm auch der Verteidigungsminister Tesfaye Kabre Kidon und eine Reihe weiterer hoher Regierungsmitglieder.

Die Ergebnisse dieser intensiven Vorbereitungen sind in dem sogenannten „Asmara-Manifest" festgehalten, das nach einem viertägigen Treffen Ende Januar verabschiedet wurde. Es enthält im wesentlichen die „Direktiven", die Mengistu zu Beginn des Kongresses in einer Rede vor der vollständig versammelten Regierung, vor allen Gouverneuren der Verwaltungsregion Eritrea sowie vor den Vertretern der Massenorganisationen erlassen hatte. In dieser Rede entwickelte Mengistu eine Art „Doppelstrategie" zur Bekämpfung des eritreischen Widerstandes. Der erste Teil der Strategie sieht die direkte militärische Vernichtung der Befreiungsbewegung vor, während der zweite Teil offensichtlich darauf abzielt, die Befreiungsbewegung zumindest langfristig ökonomisch und sozial von der Bevölkerung zu isolieren, um so den weiteren Widerstand unmöglich zu machen.

Um diesen Teil der Doppelstrategie zu realisieren, will die äthiopische Regierung mehrere Milliarden DM bereitstellen, die in erster Linie für den Wiederaufbau der Infrastruktur verwendet werden sollen. Mit weiteren Maßnahmen will man die Arbeitslosigkeit verringern, die Preise stabilisieren und Versorgungsengpässe beseitigen. Zusätzlich sind Maßnahmen zur Reintegration von Flüchtlingen geplant. Schließlich forderte Mengistu alle Eritreer auf, sich nun entweder für die äthiopische Revolution oder für die „Separatisten" zu entscheiden. Zugleich warnte er diejenigen, die sich für die eritreische Befreiungsbewegung entschließen, vor den damit verbundenen Konsequenzen.
Die Pläne der äthiopischen Regierung sind offensichtlich von der Annahme geleitet, daß mehr als zwanzig Jahre Krieg, Hungersnöte großes menschliches Leid und unvorstellbare Entbehrungen die eritreische Bevölkerung widerstandsmüde und damit offen für die äthiopischen Versprechungen gemacht habe. Wenn das zutreffen sollte, was allerdings zweifelhaft ist, dürfte es künftig für die Befreiungsbewegung sehr schwer sein, ihren Kampf fortzusetzen. Es ist allerdings fraglich, ob das Programm überhaupt verwirklicht werden kann, da es für das krisengeschüttelte Äthiopien außerordentlich schwer sein dürfte, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

**Der Bürgerkrieg in Eritrea schwächt die Befreiungsbewegung**

Auch in den beiden vergangenen Jahren wurde der Kampf der Eritreer um ihre nationale Unabhängigkeit von gewaltsamen internen Auseinandersetzungen überschattet.
Anfang 1979 kamen die beiden wichtigsten Organisationen ELF und EPLF durch die Vermittlung des Sudan überein, künftig insbesondere auf militärischem Gebiet enger zusammenzuarbeiten. Diese Vereinbarung, die unter dem Eindruck der ersten äthiopischen Offensive getroffen wurde — die Eritreer mußten sich aus bis dahin kontrollierten Gebieten zurückziehen — wurde aber niemals völlig in die Realität umgesetzt. Ende 1979 brach der Kontrakt zwischen den beiden Organisationen bereits wieder ab. Zu diesem Zeitpunkt verhandelte die ELF über verschiedene diplomatische Kanäle mit der äthiopischen Regierung. Es wird vermutet, daß die ELF, um die eigene politische Zukunft zu sichern, bereit war, auf die nationale Unabhängigkeit zu verzichten, um so einen Separatfrieden mit den Äthiopiern auf Kosten der EPLF zu schließen.

Zugleich begann die ELF ihre militärischen Aktionen gegen die Äthiopier einzustellen. Ab Mitte 1980 kam es dann zu gelegentlichen Zusammenstößen zwischen der ELF und der EPLF, die sich schnell zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zuspitzten, als sich die ELF im August 1980 aus den bis dahin gemeinsam mit der

EPLF gehaltenen Stellungen zurückzog und damit den Eindruck erweckte, als plane sie einen Angriff auf die EPLF.

Die Feindseligkeiten wurden vorerst beendet, als die sudanesische Regierung einen Waffenstillstand vermitteln konnte, in dem eine Pufferzone zwischen den von beiden Organisationen kontrollierten Gebieten vereinbart wurde.

Im März 1981 fanden dann in Tunis zwischen der ELF, der EPLF sowie zwei weiteren allerdings unbedeutenden Organisationen Gespräche statt, die von der Arabischen Liga initiiert wurden. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich die verschiedenen Organisationen gegenseitig, ihre Feindseligkeiten künftig einzustellen. Darüberhinaus sollte ein gemeinsames Komitee alle Bemühungen um eine einheitliche Organisation überwachen.
Dennoch fanden die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Organisationen kein Ende. Die EPLF entschloß sich daher, den Konflikt mit militärischen Mitteln endgültig zu lösen. In mehrmonatigen Kämpfen, die von April bis August dauerten, gelang es schließlich den Einheiten der EPLF, die ELF aus ihren Stellungen über die Grenze in den Sudan zu vertreiben. Dort wurden die Guerillas der ELF — es sollen noch etwa 4000 gewesen sein — von der sudanesischen Regierung entwaffnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die EPLF die einzige Organisation, die in Eritrea noch militärisch aktiv ist.

Die Uneinigkeit zwischen ELF und EPLF hat viele Gründe, die sich zum Teil bis zu den Anfängen des jetzt mehr als 20jährigen Kampfes um die nationale Unabhängigkeit zurückverfolgen lassen. Entscheidend dürfte ursprünglich gewesen sein, daß Eritrea mit einer nomadischen und einer bäuerlichen zwei vorkapitalische Produktionsweisen aufeinanderstießen, deren Gegensätzlichkeit sich außerdem noch durch ethnische und religiöse Unterschiede vertiefte. Die politische und militärische Strategie der einzelnen Befreiungsorganisationen sollte dadurch wesentlich bestimmt werden. Als die ELF 1961 den bewaffneten Kampf gegen die äthiopische Zentralregierung aufnahm, rekrutierten sich ihre Mitglieder überwiegend aus den nomadischen und halbnomadischen Bevölkerungsgruppen, die in ihrer Mehrheit islamischen Glaubens waren. Militärisch knüpfte die ELF daher an die Tradition des nomadischen Banditentums an und legte eine starke Betonung auf den islamischen Charakter des nationalen Unabhängigkeitskampfes.

Als sich die ELF in das christliche Hochland ausdehnte und die Bauern sowie das städtische Kleinbürgertum in den Unabhängigkeitskampf miteinbezog, erwies sich die ELF sehr schnell als unfähig, Gruppen unterschiedlichen sozialen Hintergrunds zu integrieren. Die internen Widersprüche, die dadurch aufbrachen, wurden schließlich 1970 nach blutigen Auseinandersetzungen durch die Abspaltung der Volksbefreiungskräfte (PLF), der späteren EPLF, formal aufgelöst. Die Anhänger der PLF vertraten die Ansicht, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit nur dann erfolgreich sein könne, wenn er zugleich mit sozialen Umwälzungen (Landreform und Aufbau einer politischen Massenbasis) verknüpft sei. Die EPLF verstand sich daher weder als christliche noch als islamische Unabhängigkeitsbewegung, sondern als genuin sozialistische.

Unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen mit der EPLF, die ihre Vorstellungen erfolgreich in die Tat umsetzte und damit ab 1975 zur stärksten Organisation des Befreiungskampfes wurde, begann auch die ELF sozialrevolutionäre Ideen in ihr Programm aufzunehmen. Die unterschiedlichen ideologischen Auffassungen über Ziel und Natur des bewaffneten Kampfes wurden aber dadurch nicht überwunden. Für die ELF blieb der militärische Sieg die entscheidende Vorbedingung für soziale Umwälzungen in Eritrea, wohingegen die EPLF an der Gleichzeitigkeit von nationalem und sozialrevolutionärem Kampf festhielt. Diese ideologischen Differenzen wurden in der Folgezeit zusätzlich überlagert mit konkurrierenden Machtansprüchen und gegensätzlichen politisch-strategischen Einschätzungen, sodaß die unter der militärischen Bedrohung Äthiopiens erzwungene Annäherungen lediglich vor kurzer Dauer waren und immer wieder in neuen blutigen Auseinandersetzungen endeten.

Obwohl kaum Zahlen vorliegen, muß angenommen werden, daß diese Kämpfe die Befreiungsbewegung erheblich geschwächt haben. Neben den direkten Opfern der Kämpfe verloren beide Organisationen auch Guerillas, die die Auseinandersetzungen nicht verstehen konnten und deshalb entweder in den Sudan flüchteten oder sich der äthiopischen Armee ergaben. Unter ihnen sollen sich 1980 auch Mitglieder der politischen und militärischen Führungsspitzen befunden haben. Die EPLF beziffert heute ihre personelle Stärke auf 22.000 bis 25.000 Mann. 1980 wurde ie von Beobachtern noch auf 30.000 geschätzt. Mit dieser verringerten personellen Stärke muß die EPLF nun aber noch zusätzlich die Stellungen verteidigen, die bis zum Ende des Bürgerkriegs von der ELF gehalten wurden.

Der Bürgerkrieg zwischen ELF und EPLF bot daher der äthiopischen Regierung eine günstige Ausgangsposition für ihre 6. Offensive. Sie mußte diese Chance wahrnehmen, denn langfristig dürfte das Ende der internen Auseinandersetzungen — nach einer Phase der Reorganisation — zu einem Wiedererstarken der eritreischen Befreiungsbewegung führen.

**Annäherung zwischen Äthiopien und Sudan**

Seit Beginn des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes in Eritrea bildet der Sudan aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft und der ethnischen Gemeinsamkeiten eine wichtige Ausgangsbasis für die Befreiungsbewegung. Über den Sudan beziehen die verschiedenen Organisationen einen großen Teil ihres Nachschubs an Waffen, Lebensmitteln, Medikamenten etc. Vom Sudan aus entfalteten sie auch ihre politischen und propagandistischen Aktivitäten. Schließlich dient der Sudan noch heute mehreren hunderttausend Flüchtlichen aus Eritrea als Zufluchtsstätte.

Die Eritreer wurden lange Zeit von keiner sudanesischen Regierung offiziell unterstützt. Ausschlaggebend für diese Haltung waren innenpolitische Schwierigkeiten im Süden Sudans. Die christlichen Südsudanesen kämpften dort, gestützt durch Äthiopien, um ihre Unabhängigkeit. 1972





konnte dieser Konflikt jedoch durch die Vermittlung Haile Selassies mit einer regionalen Autonomie-Lösung beigelegt werden. Äthiopien erwartete daher im Gegenzug ähnliche Leistungen des Sudan im Eritrea-Konflikt.
1977 stellte sich der sudanesiche Präsident Numeiri dann doch öffentlich hinter die eritreische Befreiungsbewegung. Zuvor hatte diese in Eritrea eine ganze Reihe von Erfolgen gegen die äthiopische Armee erzielen können und stand daher kurz vor dem Ziel der nationalen Unabhängigkeit. Die Entscheidung Numeiris dürfte aber wesentlich beeinflußt worden sein durch die Annäherung Äthiopiens an die UDSSR sowie durch die Tatsache, daß Äthiopien in einen Zusammenhang mit zwei Putschversuchen gegen Numeiri gebracht wurde. Die Beziehungen zwischen dem Sudan und Äthiopien kühlten daraufhin merklich ab. Vermittlungsversuche der OAU (Organisation Afrikanischer Staaten) blieben ohne Erfolg. Mit Beginn des Jahres 1980 begannen sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten wieder zu entspannen. Nach einem regen Austausch von Regierungsdelegationen und nach gegenseitigen Besuchen der Staatsoberhäupter wurden Vereinbarungen getroffen, in denen man sich gegenseitig die Souveränität, die territoriale Integrität und nationale Einheit garantierte. Obwohl der Eritrea-Konflikt in diesen Vereinbarungen nicht erwähnt wird, sind sie direkt auf diesen Konflikt gemünzt. Beide Staaten hatten zu diesem Zeitpunkt an einer Annäherung großes Interesse. Äthiopien hatte gerade im Kampf gegen die Eritreer — trotz eines massiven Militäreinsatzes — mehrere Niederlagen erlitten; außerdem wurde es von der UDSSR zu einer friedlichen Lösung gedrängt. Die diplomatischen Bemühungen Äthiopiens zielten daher darauf ab, die sudanesische Regierung zur Einstellung ihrer Hilfe an die Eritreer zu bewegen, um diese so an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Der Sudan hingegen war zu einer Annäherung bereit, weil die hohe Zahl eritreischer und äthiopischer Flüchtlinge im Zusammenhang mit der anhaltenden Wirtschaftskrise in der sudanesischen Bevölkerung starke soziale Spannungen auslöste. Durch die Annäherung an Äthiopiens wollte Numeiri außerdem vermeiden, daß die erneut ausgebrochenen Unruhen im Südsudan durch Eingriffe Äthiopiens weiter verschärft würden. Schließlich befürchtete Numeiri, daß Äthiopiens hochgerüstete Armee den Sudan selbst angreifen könnte. Beide Staaten waren daher an einerr Beilegung des Eritrea-Konfliktes brennend interessiert.
Für den Sudan kam jedoch nur eine friedliche Lösung des Konfliktes in Frage, da die arabischen Staaten, von deren Gelder der Sudan abhängig ist, den eritreischen Unabhängigkeitskampf auch weiterhin unterstützten. Im Lauf der Annäherung an Äthiopien ergriff die sudanesische Regierung daher Maßnahmen, die den Bewegungsspielraum der eritreischen Organisationen im Sudan zwar erheblich einengten, aber nicht völlig aufhoben. Diesem Druck, den die sudanesischen Regierung damit auf die Eritreer ausübte, gab die EPLF nach, als sie im November 1980 in einem Sieben-Punkte-Programm die Durchführung eines internationalen kontrollierten Referendums in Eritrea vorschlug. Die folgenden drei Alternativen sollten zur Wahl gestellt werden

1. volle Unabhängigkeit
2. Föderativer Zusammenschluß mit Äthiopien und
3. Regionale Autonomie.

Diesen Vorschlag soll Numeiri — im Namen der EPLF — der äthiopischen Regierung bei seinem Besuch im November 1980 unterbreitet haben. Da die EPLF ihr Ziel der völligen Unabhängigkeit nicht aufgegeben hat, unternahm sie diesen Vorstoß in der Gewißheit, daß sich die eritreische Bevölkerung in ihrem Sinn entschiede, falls es überhaupt zu einer Abstimmung kommen sollte. Das bisherige Stillschweigen der äthiopischen Regierung offenbart andererseits, daß sie die Einschätzung der EPLF teilt, obwohl sie in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet, 95% der eritreischen Bevölkerung unterstützte die äthiopische Revolution.
Nachdem die EPLF 1981 die ELF aus Eritrea verdrängte, schloß der Sudan alle Büros der verschiedenen Organisationen, begrenzte die Journalistenbesuche, behinderte Nachschubkonvois und verschärfte die Grenzkontrollen. Das veranlaßte den äthiopischen Kommandeur in Eritrea zu dem optimistischen Kommentar, daß der Sudan nun nicht länger Nachschubbasis für die Eritreer sei. Langfristig hätte die sudanesische Politik mit diesen Maßnahmen die EPLF in Schwierigkeiten bringen können, obwohl die EPLF vorsorglich Vorräte angelegt hat und auch in ihrer gesamten Politik mehr auf die eigenen Kräfte baut.
Die sudanesische Regierung lockert jedoch die Restriktionen, nachdem die äthiopische Regierung die 6. Offensive ankündigte und damit klarmachte, daß es ihr keineswegs um eine friedliche Lösung des Eritrea-Konfliktes geht.

**Die Eritreer sind international isoliert**

Auf internationaler Ebene sind die Eritreer in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit weitgehend isoliert. Die meisten Staaten machen eine Unterstützung der Eritreer davon abhängig, ob dies den eigenen Interessen nützt oder nicht. Viel der Staaten, die in der Vergangenheit die eritreische Befreiungsbewegung unterstützten, entzogen ihr abrupt ihre Hilfe, als die eigenen nationalen Interessen dies geboten.

Am augenfälligsten ist dies an der Haltung der Sowjetunion und Kubas erkennbar. Solange sich Äthiopien unter Haile Selassie noch eng an die USA band, unterstützte die Sowjetunion zumindest propagandistisch den Kampf der Eritreer. Als sich Äthiopien jedoch unter der Führung Mengistus der UDSSR annäherte, übernahmen sie deren Sichtweise. Ab diesem Zeitpunkt wurde der eritreische Unabhängigkeitskampf als pro-imperialistisch und objektiv reaktionär gebrandmarkt, weil das Festhalten an der Forderung nach Unabhängigkeit angeblich die sozialistische Revolution in Äthiopien gefährdete. Dieser Schwenk wurde auch von Kuba vollzogen. In der Zeit Kaiser Haile Selassies analysierten die Kubaner den Kampf der Eritreer als antikolonialistischen und bildeten zur Unterstützung der Befreiungsbewegung in Kuba Guerillas aus. Nach dem Sturz Haile Selassies verhielt sich Kuba in der Eritrea-Frage lange Zeit indifferent. Erst als Fidel Castros Versuch, im Horn von Afrika eine Staaten-Föderation zu initiieren, fehlschlug, übernahm auch Kuba die Haltung Äthiopiens.



Auch Libyen und der Süd-Yemen haben die eritreische Befreiungsbewegung im Jahre 1977 plötzlich fallengelassen, obwohl sie in den Jahren zuvor noch massive Hilfe geleistet hatten. Während der Süd-Yemen damit in erster Linie den Positionswechsel der UDSSR nachvollzog, nahm Libyen die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Äthiopien und Sudan zum Anlaß, sich mit Äthiopien in einer gemeinsamen Front gegen den Sudan zu verbünden.

Auch die anderen arabischen Staaten, die die Eritreer bis heute, wenn auch mit wechselnder Intensität, unterstützten, verfolgen dabei vornehmlich ihre eigenen Interessen. Saudi Arabien wollte mit der bisherigen Unterstützung der Befreiungsbewegung vor allem den arabischen Einfluß am Roten Meer ausweiten. Sie unterstützten deswegen vor allem konservativ-islamische Tendenzen in der eritreischen Befreiungsbewegung und trugen daher wesentlich zu deren Fraktionierung bei.

Mit Ausnahme Senegals, Madagaskars und Mocambiques stehen die schwarzafrikanischen Staaten dem Kampf der Eritreer ablehnend gegenüber. Sie bfürchten, daß eine erfolgreiche Abtrennung Eritreas von Äthiopien eine Kettenreaktion auslösen könnte, an deren Folgen das künstliche Staatensystem Afrikas zerbricht. Sie betrachten daher den Eritrea-Konflikt als innerstaatliche Angelegenheit Äthiopiens und orientieren sich strikt an den OAU-Prinzipien der Nichteinmischung und der Unantastbarkeit der territorialen Integrität.

Sowenig wie die afrikanischen, sind die westlichen Staaten an einem unabhängigen Eritrea interessiert. Die Vereinigten Staaten, auf deren Betreiben Eritrea überhaupt erst mit Äthiopien föderiert wurde, hat bis heute ihre Haltung in der Eritrea-Fr age nicht geändert, auch nicht, als sich Äthiopien an die UDSSR anlehnte. Wie die anderen westlichen Länder ziehen sie eine Autonomie-Lösung im Sinne Äthiopiens vor. Sie verknüpfen damit die Hoffnung, daß Äthiopien dann seine militärische Abhängigkeit von der UDSSR abstreift und sich wieder dem Westen öffnet. Schon jetzt sind die Weltbank und die EG wieder die größten Geldgeber für Äthiopiens ökonomische Entwicklungsprojekte. Noch im Januar hielt sich der französische Außenminister C. Cheysson in der eritreischen Provinzhauptstadt Asmara auf. Dort traf er sich mit Mengistu, der gerade mit der Vorbereitung der 6. Offensive beschäftigt war, um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuhandeln.

Inzwischen haben sich die Beziehungen beider Länder jedoch wieder verschlechtert. Eine Erklärung der sozialistischen Partei Frankreichs, in der die 6. Offensive der Äthiopier verurteilt wird, nahm die äthiopische Regierung zum Anlaß, die Hälfte des französischen Botschaftspersonals in Addis Abeba auszuweisen.

Obwohl die eritreische Befreiungsbewegung mit ihrer Forderung nach nationaler Unabhängigkeit nahezu alleine steht, wollen sie ihr Ziel, für das sie nun über zwanzig Jahre kämpfen, nicht aufgeben.

*wha*





**Verwendete Quellen:**

Matthies. Volker; Der Eritrea-Konflikt. Ein „Vergessener Krieg" Krieg am Horn von Afrika. Hamburg 1981

Selassie, Bereket Habte; Conflict and Intervention in the Horn of Africa. New York / London 1980

Sherman, Richard; Eritrea the unfinished Revolution. New York 1980

Pool, David; Revolutionary Crisis and Revolutionary Vanguard: The Emergence of the Eritrean People's Liberation Front; in: Review of African Political Economy. No. 19, Sept. – Dec. 1980, S. 33 – 47.

Africa, No. 105, May 1980; Africa Confidential: vol.19,No.7,March 31,78; vol.21,no.8,April 9,1980; no.16,July 30,1980, no.19,Sept.17,1980. Africa News, Nov. 16, 1981; Oct. 19, 1981; Arab News: 21.11.81; 25.10.81, 20.9.81; Economist: Dec.6.,1980; Nov.28,81; Nov. 21,1981; New African:Feb.1981,Sept. 1981;Financial Times:28.11.80,11.12.81, 1.3.82; Guardian: March 3,1981, Jan.20,1982,14.8.81,14.10.81; Le Monde: 14.11.81,25.2.82,18.1.82,27.1.82; Liberation:27.11.81,18.1.82,25.1.82,24.2.82,2.3.-82,3.3.82,4.3.82; Neue Zürcher Zeitung:14.11.81,28.1.82,19.2.82,3.2.82, TAZ: 27.1.82,5.3.82; Monitor-Dienst: 2.12.80,19.5.81,25.3.81,3.2.82,5.2.82; Militärkommuniqués der EPLF:14.2.82,15.2.82,(Khartoum), Presseerklärung der EPLF / Büro Rom:5.1.81.

Syrien

# Widerstand gegen Assads Regime

**Seit Februar dieses Jahres erscheinen immer wieder Berichte zur innenpolitischen Situation Syriens, die vermuten lassen, daß Präsident Assads Regime noch nie zuvor in einer größeren Krise steckte. Nachrichten über Anzeichen eines sich ausbreitenden Widerstandes innerhalb der syrischen Bevölkerung und Armee stammen zum großen Teil aus Kreisen der syrischen Opposition im In- und Ausland. Deren Angaben über die Zahl der bereits auf ihrer Seite kämpfenden Zivilisten und Armeeangehörigen sind sicher mit Vorsicht aufzunehmen. Korrespondentenberichte aus Syrien selbst gibt es nicht. Viele Aussagen wurden jedoch von Beobachtern wie zum Beispiel Reisenden oder Geschäftsleuten, die sich bei Ausbruch der Unruhen in Syrien aufhielten, bestätigt.**
**Die syrische Regierung dementierte oder verharmloste zunächst alle Berichte. Sie gab mittlerweile lediglich zu, daß es in der Stadt Hama zu einer von Sicherheitskräften durchgeführten Suchkampagne nach Waffen und Verstecken der Moslembruderschaft — einer islamischen Untergrundorganisation — gekommen ist. Daraus haben sich Kämpfe mit einigen Mitgliedern dieser Organisation ergeben, die zur Verhaftung einiger „Krimineller" geführt hätten. Ansonsten sei die Lage in Syrien „ruhig und stabil".**

**Der Widerstand gegen das Regime in Syrien kann jedoch nicht mehr so einfach übergangen werden, was schon die Ereignisse der letzten zwei bis drei Jahre gezeigt haben (s. Kasten). Die Beweggründe der Opposition, ihre Zusammensetzung, die von ihr vertretene Ideologie und politischen Ziele sowie deren bisherige Umsetzung sollten deshalb mehr Beachtung finden und nicht wie bisher im Schatten außenpolitischer Ereignisse stehen.**

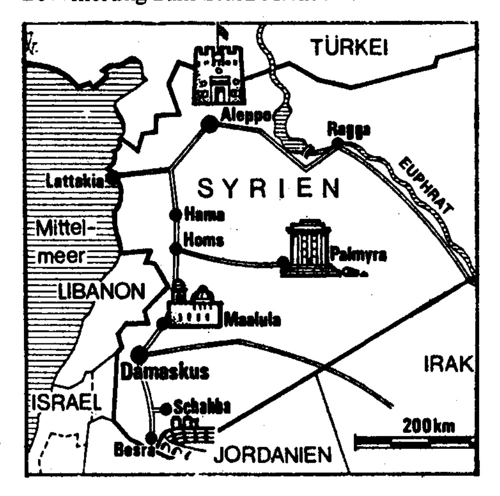
### Die jüngsten Ereignisse

Am 2. Februar d. J. kam es in Hama — einem Zentrum der dem Regime feindlich gesinnten fundamentalistischen Moslems — zu einem größeren Aufstand, ausgelöst durch bewaffnete Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Moslembrüdern. Letztere besetzten alle Regierungseinheiten der viertgrößten Stadt Syriens. Große Teile der Bevölkerung scheinen sich dem Aufruf der „Führung der islamischen Revolution in Syrien" angeschlossen und sich gegen anwesende Soldaten und regionale Führungskräfte der Baath-Partei (BP) erhoben zu haben. Die Stadt wurde von sechs- bis achttausend Soldaten eingekreist (FR, TAZ 12. 2.; NZZ 13. 2.; Lib 11. 2.).

Nach Aussagen der Aufständischen ergriff die 47. Armee-Einheit nach erfolglosen Kämpfen die Flucht und lief teilweise zu ihnen über[1]. Die Luftwaffe verweigerte sich dem Befehl, die Stadt zu bombardieren. Der Flughafen wurde von den Aufständischen besetzt, die Hauptzufahrtsbrücke gesprengt, so daß es der anrückenden Panzereinheit der Armee nicht gelang, in die Stadt einzudringen (DWMD 11. 2.; TAZ 12. 2.).

Mitte Februar — 10 Tage nach Beginn des Aufstandes — schien die Armee die Kontrolle über Hama wiedererlangt zu haben. Nur im alten Stadtviertel, sowie in Felsgrotten am Osthang von Hama hielten die Aufständischen noch ihre Stellung. Die Stadt selbst war nach außen hin abgeriegelt und isoliert. In den übrigen Landesteilen herrschte bis auf die gespannte Lage in Aleppo und Homs Ruhe (Lib., LM 13. 2.).

Die ‚Säuberungsaktionen' gegen die Moslembrüder in Nordsyrien hielten an. Die Zufahrt zur Stadt selbst war immer noch blockiert.
Doch der von Regierungsseite verkündete Sieg über die Aufständischen klingt etwas unglaubwürdig angesichts der Tatsache, daß eine für den 14. 2. angesetzte Besichtigung Hamas durch Journalisten wegen ‚Lebensgefährdung' abgesagt wurde (NZZ, Lib. 15. 2.; NZZ, FT 17. 2.; FR 16. 2.; LM 19. 2.).
Nach Angaben oppositioneller Kreise dauern die Kämpfe in Hama immer noch an, nachdem weitere Armeeangehörige desertiert sind. Weiterhin sollen einige im Umkreis von Hama liegende Dörfer eingenommen worden sein (FAZ 18. 2.).
Aus Aleppo wurde von einem mehrere Tage anhaltenden Generalstreik berichtet, ebenso von verschiedenen Explosionen in anderen Städten. Am 16. 2. rief erstmals einer der Führer des Widerstands, Said Hawa, über einen Sender aus Bagdad die Bevölkerung zum Sturz Assads auf.




Zur Stützung des Regimes sind zwei- bis dreitausend Mann von Rifaats Gardetruppen (die sowohl für ihre Loyalität bekannt als auch für ihre Brutalität berüchtigt sind) aus dem Libanon nach Syrien abgezogen worden. In der Nähe Hamas wurde ein Zeltlager für zwölftausend Soldaten aufgebaut (Lib. 12. 2.; NZZ 20. 2.; FAZ 26. 2.).
Diplomatische Kreise rechnen mittlerweile mit viertausend Toten unter der Zivilbevölkerung und 400 toten oder verwundeten Soldaten. Etwa dreihundert Syrer sollen bisher in Hama per Schnellgericht hingerichtet worden sein (NZZ 23. 2.; FT 19. 2.). Auch Ende Februar berichteten Reisende immer noch von Rauchwolken und Maschinengewehrsalven in Hama.

Wie kommt es zu dieser plötzlichen Gefährdung des Regimes Assad, unter dessen Führung Syrien bisher als stabilster Staat im Nahen Osten galt? Welche Kräfte stehen hinter dem massiven Widerstand?

### Die Entwicklung in Syrien bis zur Machtergreifung Präsident Assads

Nach Beendigung der französischen Mandatszeit und der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1946 mußte Syrien 20 Staatsstreiche über sich ergehen lassen und war damit das Land mit den meisten Putschen im Nahen Osten[2]. Als das Militär 1963 (seit diesem Zeitpunkt besteht in Syrien der Ausnahmezustand) in die Politik eingriff und das amtierende Regime absetzte, gewann die Baath-Partei (BP) großen Einfluß. Sie stellte mit al-Bitar den Ministerpräsidenten und kontrollierte nach einem gescheiterten Putschversuch nasseristischer Kräfte über die von ihnen eingesetzten baathistischen Offiziere auch die Streitkräfte.

Die BP wurde in den 30er Jahren von Aflak und El-Bitar gegründet und ist panarabisch organisiert. An der Spitze des zentralistischen Aufbaus steht die ‚Nationale Führung' die über den regionalen Parteileitungen in den einzelnen arabischen Staaten steht.
Ihrer Ideologie nach versuchen sie einen „Arabischen Sozialismus" zu verwirklichen. „Einheit" (die Vereinigung aller arabischen Staaten), „Freiheit" (ursprünglich die Freiheit vom Kolonialismus, in jüngerer Zeit ist die Befreiung von Imperialismus und Zionismus gemeint) und „Sozialismus" sind ihre Schlagworte. Über die Auffassung des Begriffs „Sozialismus" kam es 1966 zur Spaltung der Partei in einen linken Flügel (Neo-Baath) mit radikalsozialistisch-marxistischer Prägung und einen gemäßigten Flügel. Der Neo-Baath, mit Hilfe des Militärs 1966 an die Regierung gekommen, versuchte die sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben und ging zu enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion über.
Ihre militärische Niederlage im Juni-Krieg 1967 mit Israel stärkte die Opposition des gemäßigten Flügels um den Luftwaffenchef und Verteidigungsminister Hafiz-al-Assad.

Der militärische Zweig der Baath-Partei gewann gegenüber dem zivilen Zweig immer mehr an Bedeutung und Einfluß und konnte sich auch entscheidend durchsetzen — im November 1970 übernahm Assad mittels eines Militärputsches die Regierung.

**Das syrische Regime unter Assad**

Assad (1971 zum Staatspräsidenten gewählt und 1978 für weitere sieben Jahre in seinem Amt bestätigt), der nun seit mehr als 10 Jahren an der Macht ist, verfolgte eine neue Politik der „Korrekturbewegung", die in jeder Hinsicht mäßigend wirken sollte. Er ließ neben der Baath-Partei innerhalb der „Progressiven Nationalen Front" (PNF) noch weitere Linksparteien zu (u. a. KP, syrisch-arabisch-sozialistische Union), liberalisierte die Wirtschaft, bremste die baathistische Religionsfeindlichkeit und führte das unter seinen Vorgängern isolierte Land in die Arabische Gemeinschaft zurück. Er schien dem Staat Syrien eine noch nie gekannte innere Stabilität zu bringen (Die Zeit 19. 2. 82).
Doch bereits Mitte der 70er Jahre begann sich Widerstand gegen sein Regime bemerkbar zu machen. Gerüchten um Bomben- und Mordanschläge, sowie Nacht- und Nebelaktionen des syrischen Geheimdienstes wurde spätestens Glauben geschenkt, als das Gemetzel in der Militärakademie in Aleppo bekannt wurde. Die syrische Regierung macht bis heute immer die Moslembruderschaft für derartige Anschläge verantwortlich, deren „religiös-fanatische Haltung" jedesmal für eine Erklärung des in Syrien vermutlich vorhandenen Widerstands — der von der Regierung nach außen hin als nicht-existent dargestellt wird — herhalten muß.

**Die offiziell bekannt gewordenen Ereignisse der letzten 2-3 Jahre**

| | |
|---|---|
| 1979 | |
| Juni: | Massaker in der Militärakademie Aleppo; über 30 Offiziersanwärter ermordet, über 50 Verletzte. (Die Regierung macht für diese und auch andere der folgenden aufgeführten Anschläge die Moslembruderschaft verantwortlich und nimmt dies zum Anlaß immer stärkerer Verfolgung dieser rechtsradikalen Oppositionskraft. Es kommt ab diesem Zeitpunkt zu Massenverhaftungen und - erschießungen durch Sicherheitskräfte. Wer wirklich hinter den Anschlägen steht, konnte nie eindeutig geklärt werden.) |
| 1980 | |
| Januar/: Februar | mehrere sowjetische Militärexperten in Hama und Aleppo erschossen. |
| März/ April: | Unruhen in Aleppo, Streikaktionen, die sich auf Damaskus ausweiten. „Bürgerkriegähnliche Kämpfe im Norden des Landes" (AK 9. 6. 81) |
| Mai: | Tagelange Streiks in Aleppo, Hama und Lattakia |
| Juni: | Vorsitzender der syrischen Anwaltskammer ermordet; 29. 6. versuchtes Attentat auf Assad, anschließende „Vergeltungskampagne" |
| Juli/ August: | Verhängung der Todesstrafe für Moslembrüder im In- und Ausland. Gnadenfrist für ein freiwilliges Melden bei der Regierung bis Ende August. Es stellten sich 900 Mitglieder (NZZ 10. 8. 80). Anschließend Beginn der „Säuberungskampagne" durch Geheimdienst bzw. Sicherheitskräfte. 21. 7. : Al-Bitar (Gründer der BP, derzeit Herausgeber eines Oppositionsblattes gegen das Regime) in Paris ermordet. Hisham Jaimbaz, Befehlshaber der Moslembrüder in Homs erschossen. |
| September: | Massenerschießungen von Moslembrüdern in Palmyre (NZZ 15. 1. 81) |
| November: | 90 Mitglieder der fortschrittlichen Opposition festgenommen; Im Herbst wurde auch die „Islamische Front" (fundamentalistisch sunnitische Opposition) unter al-Bianuni gegründet. |
| Dezember: | Ermordung eines Hochschullehrers, eines prominenten Geistlichen und des hohen Regierungsbeamten D.az-Zuni in Damaskus. Säuberungswelle in Aleppo und der Umgebung Damaskus. |
| 1981 | |
| Februar: | Unruhen in Aleppo |
| März: | 17. 3. : Frau des Moslemführer el-Attar kam bei einem versuchten Attentat auf ihren Mann ums Leben; 2 Syrer, mit Touristenvisa in die BRD eingereist, in Aachen vor Gericht gestellt. |
| April: | Laut „Washington Post" in Hama 150 Oppositionelle erschossen, wurde erst im Juni bekannt (NZZ 30. 6. 81) |
| November: | 11. 11. „Wahlen" in Syrien; BP erhält 60% der Parlamentssitze, die KP verliert alle Sitze — keine Angaben über Wahlbeteiligung. Im Herbst 81 eine Serie von Bombenexplosionen in Damaskus — über 90 Tote und über 100 Verletzte (FT 11. 2. 81) |
| 1982 | |
| Januar: | Nach Aufdeckung einer angeblichen Verschwörung wurden etwa 50 Offiziere hingerichtet, mehrere hundert Oppositionelle verhaftet (Lib.22. 2.; FT 11. 2.). |
| Februar: | Eine Bombenexplosion zerstört das Gebäude des Informationsministeriums bzw. der Regierungszeitung 'Al Baath', vierzig Menschen kommen ums Leben oder werden schwer verletzt. Es kommt zu Attentatsversuchen auf Präsident Assad und seinen Bruder Rifaat, den Chef der Sicherheitskräfte (Lib.2. 2.; FT 11. 2. 82). |

**Die Moslembruderschaft**

Die Entstehung der Moslembruderschaft, einer panarabischen Bewegung, kann nur in Verbindung mit einem Reislamisierungsprozeß gesehen werden, dem in allen arabischen Ländern immer mehr Bedeutung zukommt. Die Geschichte Syriens in der 1. Hälfte dieses Jahrhunderts war von den kolonialen Erfahrungen des französischen Mandats, der Einbeziehung Syriens in den kapitalistischen Weltmarkt und von einer zunehmenden Säkularisierung (Verdrängung islamischer Institutionen) bzw. einer Verbreitung westlicher Kultur geprägt.
Die Moslembruderschaft wurde 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründet und existiert seit 1946 als Organisation auch in Syrien [3]. Ziel dieser Organisation ist es, den Islam wieder zur Grundlage der Gesellschaft und des Staates zu machen. Dies entspricht dem Bedürfnis, den Weltidiologien der sich bekämpfenden Großmächte „Kapitalismus" und „Kommunismus" die eigene Religion als Grundlage der Identität und Selbstbehauptung gegenüberzuhalten. Dieser „Dritte Weg" soll geistige und materielle Elemente des Lebens verbinden und mit Hilfe der „Moral" ein gutes Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft herstellen.
Die Moslembruderschaft in Syrien läßt sich sicher nicht so einfach unter die Schlagworte „Ausmerzung aller westlichen Einflüsse aus der islamischen Welt" oder „Rückkehr zur reinen Lehre" bringen, die man dem radikalen schiitischen Khomeini-Regime des Iran zugeordnet hat.
Im Laufe der Entwicklung hat sich gezeigt, daß die Moslembrüder den Islam nicht nur als etwas außerhalb der Geschichte stehendes wiederbeleben wollen, sondern immer versuchten, den Problemen der Gegenwart entgegenzutreten. Sie sind in der Lage gewesen, neue Elemente in ihr Denken aufzunehmen, wenn diese auch oft wieder zum Nachweis der Gültigkeit des Islam verwendet wurden.
In ihrem Gesellschaftsbild gehen sie von einer „Einheit des Volkes" aus (d. h., daß keine Trennung durch Klassen oder individuelle Interessen existiert). In der Gegenwart steht dieser Idee jedoch eine herrschende Schicht im Wege, die sich allerdings in die „Einheit Volk" integrieren könne, wenn sie sich gemäß islamischen Gesetzen verhielte.

Ihre sozialpolitischen Hauptforderungen:

- Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse auf dem Lande, sowie Begrenzung des Landeigentums und Beseitigung der „feudalen Zustände"
- Schutz und Entwicklung der nationalen Wirtschaft
- Soziale Gerechtigkeit durch progressive Steuern, Sozialversicherung und Wohltätigkeit

- Wahrung der Rechte der Arbeiter und Interessensausgleich zwischen Arbeiter und Arbeitgeber.

Ihre Anhängerschaft gewann die Moslembruderschaft u.a. in Kreisen des syrischen Kleinbürgertums. Darunter ist ein breites Spektrum von Einzelnen zu verstehen, die sich zwar dank kleinem bzw. mittelgroßem Besitz oder Lohn, in keiner finanziellen Notlage befanden aber auch keinen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß hatten. Dadurch konnten sich die Moslembrüder als Vertreter des Volkes gegenüber der Oberschicht darstellen und gewannen auch Anhänger unter der Arbeiter- und Studentenschaft.

Politisch konnten sie sich zwischen 1947 und 1952 am stärksten entfalten. 1950/51 schwenkten die Moslembrüder, die nunmehr politisch als „Islamische Sozialistische Front" auftraten, auf die Seite der Oberschicht über, die sie zuvor bekämpft hatten. Die Gründe dafür liegen wohl in Konflikten mit Armeeoffizieren (nach einem Linksrutsch der Baath-Partei) und politischen und persönlichen Kontakten zur Volkspartei, der stärksten Partei im Parlament. 1952 unter der Diktatur Sisaklis wurde die Organisation, die auch die paramilitärischen Einheiten der Futuuwa umfaßte, aufgelöst. Nach Beendigung dieser Diktatur wurden sie zwar wieder offiziell zugelassen, zogen sich aber aus der Politik zurück.

In den letzten Jahren spielen die Moslembrüder — als einzige Oppositionskraft, der es gelungen ist, sich zu organisieren und zu bewaffnen — eine führende Rolle im Widerstand gegen das Regime Präsident Assads. In der Frage warum sie sich dabei mittlerweile zur politischen Radikalität gewandt haben, spielen u.a. wohl folgende Punkte eine Rolle:

- der libanesische Bürgerkrieg 1976, in dem sich die syrischen Truppen zunächst gegen die Palästinenser stellten
- die Revolution im Iran im Jahre 1979, die der islamischen Welt zu der Zeit enormen Aufschwung gab und
- ihre jahrelange Unterdrückung.

Aber die Moslembrüder sind nicht die einzigen, die mit dem Regime Assads nicht mehr einverstanden sind.

**Der Widerstand gegen das Regime in den letzten Jahren**

In der Zeit nach 1963 traten die Konflikte zwischen der neu entstandenen Mittelschicht (der Beamten bzw. des Militärs) und dem städtischen Kleinbürgertum immer deutlicher hervor. In den 70er Jahren verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in Syrien ständig. Nach dem Einmarsch syrischer Truppen in den Libanon 1975 flossen die Finanzhilfen der anderen arabischen Staaten nicht mehr so wie früher. Der Militärhaushalt verschluckte im Haushaltsjahr 1980 offiziell 54.9% und wird 1981 auf 70% des Gesamthaushalts geschätzt (NZZ 20. 5. 81). Die Inflationsrate von 1980 wird offiziell mit 15-20% (nach inoffiziellen Vermutungen mit 25-30%) angegeben (Handelsblatt 13.6.81).



*Händler in einem Straßencafé, Aleppos*

Einem großen Teil der Arbeiterschaft, der Kleinbauern und auch der Handwerker und Händler — vorwiegend den 80% des sunnitischen Bevölkerungsteils zugehörig —, die auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren können, geht es sozial schlechter als je zuvor.

Gleichzeitig begannen die Angehörigen der Alawiten, die nur etwa 10% der Bevölkerung ausmachen, nach und nach alle Machtpositionen im zivilen und militärischen Flügel der Regierung einzunehmen. Durch Korruption [4] und Vetternwirtschaft [5] entwickelten sich die Familienclans dieser religiösen Minderheit zu einer einflußreichen und wohlhabenden Oberschicht. Die Moslembrüder sind somit wahrscheinlich nur die Spitze einer breiten sunnitischen Volksbewegung. Die soziale und politische Unzufriedenheit scheint auch dazu geführt zu haben, daß andere Gruppen nun ebenso ihrem Widerstand Ausdruck geben, wie zum Beispiel die unabhängigen Nasseristen, die KP und die linke Baath-Fraktion (deren Anhänger in Syrien inhaftiert oder im Ausland sind). Der Einfluß einer demokratischen Oppositionsbewegung in verschiedenen Berufsorganisationen ist ebenfalls angewachsen (AK 9. 6. 81).

Das syrische Regime behauptet jedoch immer noch, daß es nur die kleine Minderheit der Moslembruderschaft (die in den letzten 2 1/2 Jahren massenhaft liquidiert wurde) sei, die etwas Widerstand in ihrem ansonsten „ruhigen" und „stabilen" Land leiste.

Jedenfalls kann man nach den jüngsten Berichten über die Unruhen fragen, inwieweit es dann von Assads Regime gerechtfertigt ist, derartig brutale Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die auch die nichtbeteiligte „unschuldige" Zivilbevölkerung nicht verschonen.

**Die größte Bedrohung für Assads Regime seit der Machtübernahme vor 12 Jahren?**

Diese Frage wird nicht zum ersten Mal in der vergangenen Zeit gestellt. Bisher gelang es Assad, seine Position zu halten — einerseits durch Waffengewalt, mit der er den aufkeimenden Widerstand unterdrückte; andererseits indem es ihm durch seinen erfolgreichen Widerstand gegen Israel im Sommer 1981 während der sogenannten 'Raketenkrise' im Libanon gelang, sich aus der arabischen Isolation zu befreien (s.'blätter' Nr.96, S.11 ff).

Militärs anwachsender Widerstand nicht auszuschließen.
Eine entscheidende Frage ist, wie lange die etwa 25.000 Mann starken Verteidigungsbrigaden (ausschließlich loyale Alawiten) Rifaat al Assads — der immer mehr eine Schlüsselposition einnimmt — allein in der Lage sind, die Aufständischen niederzukämpfen. Denn viele der insgesamt 247 000 Soldaten der syrischen Streitkräfte, von denen etwa 140 000 als Rekruten zwangsweise eingezogen sind, kommen aus dem sunnitischen Teil der Bevölkerung (FT 11. 2.; 29. 2. 82). Diese dürften nicht auf



*Bombenexplosion in Damaskus im November 1981*

Allerdings scheint er nur noch mit der Unterstützung der Sowjetunion — mit der Syrien im Herbst 1980 einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat — wirklich ernsthaft rechnen zu können.
Syriens Unterstützung für den Iran im Krieg mit dem Irak bringt der Regierung nur Antipathien. Mit der irakischen Regierung steht Assad schon seit Jahren auf dem Kriegsfuß. Die Spannungen mit Jordanien verstärken sich immer mehr (Lib. 2. 2. 82)[6].

Die konservativen arabischen Länder Kuwait und Saudi-Arabien haben angekündigt, ihre Zahlungen für die im Libanon stationierten syrischen „Friedenstruppen" einzustellen.
Außerdem bekommt die Widerstandsbewegung von mehreren Nachbarstaaten (besonders vom Irak) Unterstützung in Form von Waffenlieferungen. Und eine neue psychologische Waffe ist zum ersten Mal im Spiel: Der syrische Widerstand erhält mit Hilfe der USA (die sich damit eindeutig von Assads Regime distanziert hat) ein Sprachrohr und ist von der Weltöffentlichkeit nicht mehr isoliert.
Ein wichtiger Faktor in der Frage, ob es Assad noch einmal gelingen wird, den Widerstand im Inland mit Gewalt erfolgreich niederzuschlagen, ist die Loyalität der Armee. Stimmen die Gerüchte von Verschwörungen und vom Überlaufen ganzer Teile der Armee, ist auch innerhalb des

unbeschränkte Zeit willig sein, gegen Angehörige der eigenen Religion zu kämpfen.

hm

**Anmerkungen:**

1) Inwieweit und in welchem Ausmaß wirklich Armeeangehörige bei den Kämpfen in Hama desertiert sind, konnte bisher nicht eindeutig geklärt werden. Reisende bemerkten, daß Aufständische Armeeuniformen erbeutet und angezogen haben, was eine Erklärung für derartige Berichte sein könnten (TAZ 19. 2. 82).
2) Zur geschichtlichen Entwicklung Syriens in jüngerer Zeit s.Th.Koszinowski, Syrien, in: Politisches Lexikon Nahost, herausgegeben von Steinbach/Hofmeier/Schönborn, München 1981.
3) Literatur zur Moslembruderschaft siehe Jürgen Reissner, Ideologie und Politik der Muslimbrüder Syriens, Freiburg 1980.
4) Assad selbst startete 1977 eine Antikorruptionskampagne, von deren Sanktionen jedoch die obersten Führungspersonen verschont blieben, wie zum Beispiel Rifaat und Jamil el Assad (SZ 24. 5. 80).
5) Das beste Beispiel ist die Familie des Staatspräsidenten selbst. Der eine Bruder Rifaat kontrolliert den Geheimdienst beziehungsweise die Sicherheitskräfte. Der andere Bruder Jamil hat die Verteidigungsmilizen unter sich. Der Neffe des Präsidenten, Adanan Rifaat, kontrolliert die Verteidigungsbrigaden im Umkreis desRegierungssitzes in Damaskus (Lib. 12. 2. 82).
6) Am 23. 2. 82 hat Jordanien alle syrischen Diplomaten ausgewiesen und gleichzeitig stattete US-Verteidigungsminister Weinberger Jordanien einen offiziellen Besuch ab, was auf eine Erhöhung des militärischen Potentials in diesem Land schließen lassen kann (FAZ 24. 2. 82).

Türkei

# Todesstrafe für gewerkschaftliche Betätigung

### Rückkehr zur Demokratie ?

In seiner Neujahrsansprache hat General Evren, Chef der türkischen Militärjunta, einen Plan zur „Rückkehr zur Demokratie" vorgelegt: noch 1982 soll der Entwurf für eine neue Verfassung fertiggestellt werden; er wird zur Zeit von den 160 Mitgliedern der „Beratenden Versammlung" erarbeitet, die von der Junta ernannt wurde und der allein 23 ehemalige Generäle angehören. Nachdem im November 1982 eine Volkabstimmung die neue Verfassung absegnen wird, so der Zeitplan, soll die gesetzgebende juntatreue Versammlung noch ein Parteien- und ein Wahlgesetz erstellen. Wenn dann frühestens im Herbst 1983, spätestens im Frühjahr 1984 ein neues Parlament gewählt ist, dann ist die „Demokratie wiederhergestellt". Jawohl, so einfach ist das mit der parlamentarischen Demokratie!

Daß dabei die politischen und insbesondere die gewerkschaftlichen Rechte stark beschnitten sein werden, steht auf einem anderen Blatt. Doch darauf gibt die jetzige Praxis der Militärregierung schon genügend Hinweise.

Der Zeitplan für die sehr formale Demokratisierung ist auf Druck der westeuropäischen Regierungen zustande gekommen. Im November 1981 hatte die BRD nach einem Türkei-Besuch Genschers die Wirtschafshilfe-Kredite über 460 Mio. DM blockiert, im Dezember hatte die EG die zugesagten 660 Mio. $ eingefroren, um dem Druck der öffentlichen Meinung in ihren Ländern angesichts der fortdauernden Menschenrechtsverletzungen Rechnung zu tragen. Die Militärhilfe ist von keinerlei Kürzungen oder Stornierungen betroffen. Die USA erhöhen 1982 voraussichtlich ihre Militär- und Wirtschaftshilfe auf 700 Mio. $ gegenüber 550 Mio. 1981. Die Stornierungen der BRD und EG treffen die Junta, denn sie ist im Rahmen ihrer liberalistischen Wirtschaftspolitik (vgl. blätter des iz3w Nr.95, August 1981, S. 3 - 7) wie eh und je stark von Auslandskrediten abhängig: die OECD schätzt den zusätzlichen Kreditbedarf der Türkei auf 800 Mio. bis 1 Mrd. $ allein für 1982 (LM 8. 12. 81).

Nach den Neujahrsgelübden von Evren könnten die westeuropäischen Regierungen die Junta beinahe wieder rehabilitieren. So wurde nach dem Besuch des Außenministers Türkmen bei der EG in Brüssel bereits gemutmaßt, die EG werde die Kredite bald wieder freigeben (NZZ 14. 1. 82).

Während das Europaparlament Ende Januar mit knapper Mehrheit beschloß, die Beziehung zu Ankara abzubrechen, konnte sich der Europarat wenige Tage später nicht zu einem Ausschluß durchringen; in einer flauen Erklärung erhielt die Junta wegen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Folterungen, einen sanften Verweis, nachdem tags zuvor Polen und die UdSSR schärfstens verurteilt worden waren. Auf die anfänglich erwogene Anrufung der Europäischen Menschenrechtskommission wurde bis jetzt verzichtet.

### Fortwährende Verletzungen der Menschenrechte

Aber ganz so leicht lassen sich die zahlreichen antidemokratischen Maßnahmen der Militärs nicht unter den Tisch kehren. Angeprangert wurden in jüngster Zeit neben den ununterbrochenen Folterungen die Einschränkungen der Informations- und Pressefreiheit und die Durchführung der politischen Prozesse, insbesondere gegen die 52 DISK-Gewerkschafter.
Nach einem Bericht des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) waren Ende Januar noch 80.000 von anfangs 200.000 festgenommenen Personen in Haft — die Junta gibt 35.000 Häftlinge zu. 40.000 politische Prozesse sind anhängig (FR 28. 1. 82). Angeklagte sind nach Polizeiverhören oft verschwunden, angebliche Selbstmorde und Fensterstürze von Inhaftierten keine Seltenheit. Amnesty International (ai) schätzt die Zahl der im Gefängnis Getöteten auf 70 Personen (LM 11. 1.82, 23. 1. 82). Die Folterungen sind zahlenmäßig nicht erfaßbar. ai hat in seinem Jahresbericht 1981 erklärt, daß die Folter so systematisch durchgeführt wird, daß sie deutlich als offiziell abgesegnet gelten kann. Die Militärs haben bisher nur einige „bedauerliche Irrtümer" zugegeben, doch diese mehren sich. Es wurden auch Verfahren gegen folternde Polizisten eingeleitet, aber nur einer wurde bisher verurteilt; doch ausgerechnet wenige Tage vor der Verurteilung bekam er Urlaub aus der U-Haft und ist seitdem untergetaucht (LM 24. 1.82).

Aufgrund solcher Enthüllungen ist ai voll in der Schußlinie der Junta. Eine Pressehetzkampagne soll ai bloßstellen; doch durch Widerlegen von völlig entstellten ai-Aussagen werden indirekt die Vorwürfe der Gefangenenmißhandlung gänzlich bestätigt.
Der darob gekränkte Demokratiewächter General Evren trifft immer krampfhaftere Maßnahmen zum Vertuschen des Unrechts. Künftig wird die Türkei keine Delegationen mehr empfangen, die nach Verletzungen von Menschenrechten forschen wollen. Nichtstaatliche türkische Organisationen dürfen ohne militärische Zustimmung keine Kontakte mehr zum Ausland aufnehmen. Im Ausland erschienene regimekritische Berichte dürfen in türkischen Zeitungen nicht mehr veröffentlicht werden. Anrufe der Militärbehörden machen die inländischen Zeitungen, die über Folterungen berichten, freundlichst darauf aufmerksam, daß derartige Artikel und Fotos die Schließung der Zeitung nach sich ziehen könnte (Bad.Z. 8. 2. 82).

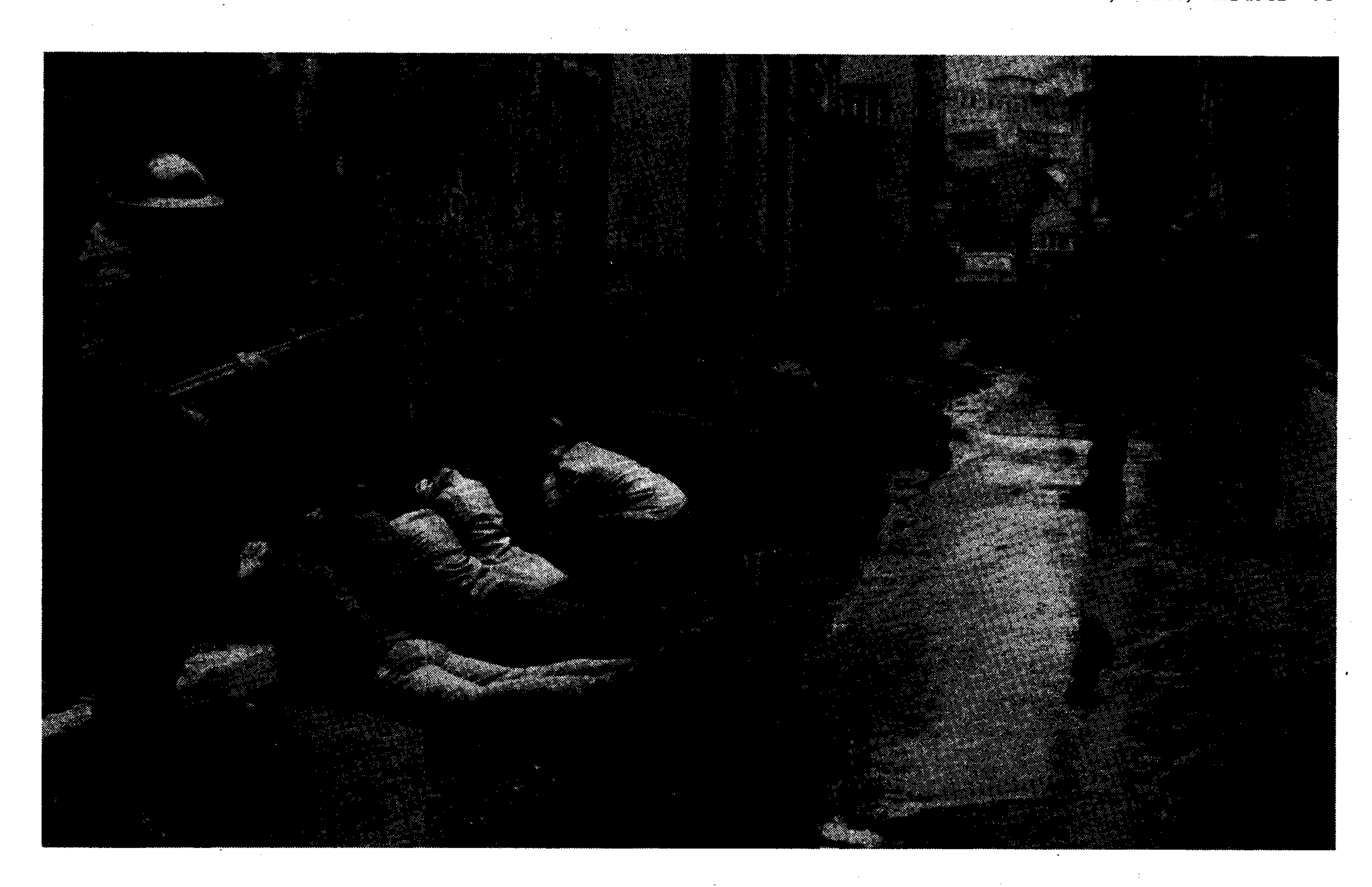
### Politische Prozesse: Un-Recht und Militär-Ordnung

Bei diesen Maßnahmen geht es der Militärregierung vor allem darum, die Menschenrechtsverletzungen in den Gerichten zu verheimlichen. Eine Welle von Prozessen geht über das ganze Land, und nur wenige davon können die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich ziehen; was sich im Verborgenen abspielt, zum Beispiel gegen kurdische Gruppen, ist noch wesentlich krasser als in den international beobachteten Verfahren.

Gegen „Rechts- und Linksextremismus" geht die Junta angeblich gleichermaßen hart vor. Wie das aussieht, zeigt die Praxis: 200mal haben die Militärsanwälte die Todesstrafe gegen „rechte" Angeklagte beantragt, 2500mal dagegen gegen „linke" (Spiegel 8. 2. 82) — und dies, obwohl allgemein anerkannt ist, daß der Terror maßgeblich von den Faschisten ausging.

Am 19. 8. 81 begann als erster größerer Prozeß das Verfahren gegen den Faschistenführer Türkes. Nach über einem halben Jahr ist noch nicht einmal die Anklage verlesen; da die Verhandlung nicht unter Kriegsrecht stattfindet, können die Angeklagten beliebig Erklärungen abgeben und den Prozeß verschleppen, nach dem Motto: Warum sind wir angeklagt, wenn unsere Ideen jetzt an der Macht sind? Türkes schrieb an den „verehrten General": „Das, was Sie in verschiedenen Erklärungen zum Ausdruck gebracht haben, ist genau das, was wir in langen Jahren gefordert haben. Das, was Sie erreicht haben — mit Gottes Hilfe ohne Blutvergießen —,





wollten auch wir erreichen. Wir haben dabei Tausende unserer Mitglieder verloren" (Neue 12. 12. 81).
Richter und Staatsanwälte möchten den Prozeß abgeben, weil sie die wiedersprüchlichen Erwartungen der Militärs zu sehr unter Druck setzen. Beobachter sprechen von einem Rollentausch von Klägern und Angeklagten. „Langsam entschläft der Prozeß gegen Türkes", schreibt „Die Neue" (12. 12. 81).

Der Prozeß gegen die 52 DISK-Gewerkschafter, der am 24. 12. 81 eröffnet wurde, soll demgegenüber schnell durchgezogen werden. Ruckzuck wurde in der Verhandlung — unter Kriegsrecht — innerhalb von 2 Monaten die 817-seitige Anklageschrift verlesen; als der Vorsitzende der Istanbuler Anwaltskammer, Orhan Apaydin, gegen den Ausschluß von Verteidigern am 1. Tag Einspruch erhob, wurde ihm das Wort abgeschnitten, und Apaydin des Saales verwiesen.

Der Prozeß erregt weltweites Aufsehen, weil gegen alle 52 Angeklagten die Todesstrafe bantragt ist, ohne daß auch nur einem einzigen je vorgeworfen wurde, Gewalttaten begangen zu haben. Sie werden angeklagt der „Initiative zu Handlungen, die darauf ausgehen, durch Gewaltanwendungen die türkische Verfassung abzuändern oder umzustoßen und (der) Zusammenschlüsse, deren spezifisches Ziel es ist, die Herrschaft oder Dominanz einer sozialen Klasse über eine andere aufzurichten" (NZZ 3. 2. 82). (Das würde doch haarscharf auf die Juntageneräle zutreffen, oder?) Grundlage hierfür bilden die Artikel 141, 142 und 146 des Strafgesetzbuches; das Gesetz wurde zur Zeit Atatürks von Italien übernommen, wo gerade diese Paragraphen Mussolini zur Verfolgung der kommunistischen Opposition dienten.

Die Beweislage ist insgesamt äußerst dürftig, kühne Behauptungen und waghalsige Gedankenketten dienen schwammigen rechtlichen Argumentationen (vgl.Kasten). Konkrete Vorwürfe sind zum Beispiel die Organisierung von 1.Mai-Demonstrationen und Streiks, also normale gewerkschaftliche Betätigungen. Die Staatsanwaltschaft plant, mindestens 2.000 weitere DISK-Mitglieder ähnlich zu verklagen.

Die zunehmende Empörung im In- und Ausland veranlaßte die Militärs zu den erwähnten Maßnahmen, die den Informationsfluß bremsen sollen; Anfang März wurde Orhan Apaydin als einer der Hauptverteidiger im DISK-Prozeß verhaftet, und zwar im Rahmen einer Festnahmeaktion gegen alle Mitglieder der türkischen „Friedensvereinigung".

Die etwa eine halbe Million Mitglieder zählende DISK ist nach dem Putsch suspendiert worden, was auf ihre allmähliche Zerstörung abzielt. Sie umfaßt verschiedene linke Strömungen, ist aber hauptsächlich — wie auch der angeklagte Generalsekretär Bastürk — sozialdemokratisch orientiert. Wegen ihrer Sympathien zum WGB besteht keine enge Verbindung zum DGB (im IBFG). — In den letzten Monaten haben die Vorgänge in Polen — ohne sie verharmlosen zu wollen — die viel schlimmere Unterdrückung in anderen Ländern völlig

---

„Nach dem Urteil des DISK ist die Türkei kein unabhängiges Land, sie ist vielmehr vom westlichen Imperialismus abhängig. Sie wird von imperialistischen Staaten ausgebeutet und unterdrückt. Ausbeutung und Unterdrückung sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit, des Hungers und des Elends, unter denen unsere Bevölkerung leiden muß. Die Instrumente dieser Ausbeutung und Unterdrückung sind Weltbank, IWF, multinationale Konzerne, NATO-und US-Basen. Daher müsse sich die Türkei vom politischen und ökonomischen Joch befreien und ihre Unabhängigkeit erlangen.
Diese Ansichten weisen große Ähnlichkeiten mit den Programmen der Arbeiterpartei der Türkei, der Kommunistischen Partei der Türkei und des Weltgewerkschaftsbundes auf. . . . Demnach stehen diese vom DISK propagierten Ansichten in keinem Zusammenhang mit den ökonomischen und sozialen Interessen der arbeitenden Schichten. Sie stehen nur im Zusammenhang mit den Bemühungen, die freiheitlich-parlamentarische Grundordnung in unserem Lande zu stürzen und ein marxistisch-leninistisches Regime zu errichten."

aus der Anklageschrift S. 44-45 (zitiert nach Türkei-Informationen, Januar 1982)

---

in den Schatten gedrängt. Der DGB hat zwar wiederholt sich mit den angeklagten DISK-Gewerkschaftern solidarisch erklärt und bei der Junta protestiert; wie bei allen Solidaritätsaktionen ist es aber besser, wenn die Verantwortlichen eine Flut von Briefen von Einzelpersonen und Gruppen, besonders Gewerkschaftsgruppen, erreicht. So vergrößert sich die Chance, der gemeinen staatlichen Tötung in den türkischen Gefängnissen, im Rahmen der angeblichen „Wiederherstellung der Demokratie", Einhalt zu gebieten.

Unsere Solidarität ist dringlich!

ebe

**Solidarität mit den DISK-Gewerkschaftlern**

Der DISK-Prozeß ist nur der bekannteste von allen politischen Prozessen (zum Beispiel gegen TÖB-DER, TIKP, PKK, Risgari, Dev-Yol). Laßt Euch ein paar Sätze zu den Dingen, die Euch am meisten empören, einfallen; zeigt in Euren Briefen, daß Ihr über das Vorgehen der Militärs informiert seid und fordert zum Beispiel

- Freiheit für die 52 DISK-Gewerkschafter
- Sofortige Freilassung aller Demokraten und Gewerkschafter
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung
- Abschaffung der Todesstrafe
- Abschaffung der §§ 141 und 142
- Sofortiges Ende der Folterungen

Schreibt *Protestbriefe* an
Türkische Botschaft
Utestraße 47
5300 Bonn — Bad Godesberg

General Kenan Evren
Türkischer Staatspräsident
Ankara — Türkei

und *Solidaritätsschreiben* an
Istanbul Barosu (Anwaltskammer)
Piremeci Sok., Baro Han
Tünel — Istanbul — Türkei

*Es eilt* mit unserer Solidarität, denn die Prozesse sollen schnell durchgezogen werden!

# ZUR REZENSION EINGETROFFENE BÜCHER

Helmut Fischer, Der Andenpakt, Reihe: Münchener Studien zur internationalen Entwicklung Nr. 3, Peter Lang Verlag, Frankfurt / Bern 1981, 44 sFr.

Lateinamerika-Komitee Duisburg (Hrsg.), Revolution im Hinterhof der USA — Grenada, Nicaragua, Kuba, Duisburg 1982, 7,— DM

Thomas Mitschein, Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis — Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften, Frankfurt 1981, 310 Seiten, 44,— DM

Volker Matthies, Der Eritrea-Konflikt — Ein vergessener Krieg am Horn von Afrika , Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1981, 181 Seiten, 18,— DM

Tahsin Inciri, Musik der Türkei, (deutsch-Türkisch), Express-Edition GmbH Berlin o. J., 120 Seiten, 12,80 DM

IGI (Initiative Gleichberechtigung „Integration"), Stellungnahme der Ausländer zur Ausländerpolitik, (deutsch-Türkisch), Express-Edition GmbH, Berlin 1981 (2), 72 Seiten, 4.80 DM, (für Gruppen ab 10 Ex. 3,— DM)

AKE (Arbeitskreis Entwicklungspolitik), Regnet es in Anatolien? — Erlebnisse, Gespräche und Informationen aus der Türkei, Express-Edition GmbH 1982, 176 Seiten, 16,80 DM

Erhard Meueler, Erwachesene lernen — Beschreibung, Erfahrungen, Anstöße, Verlag Klett-Cotta, Konzepte der Humanwissenschaften, Stuttgart 1982, 186 Seiten 24,— DM

Martha Marmozai, Herrenmenschen — Frauen im deutschen Koloniallismus , rororo Frauen aktuell Nr. 4959, Reinbek 1982, 12,80 DM

Pädagogische Arbeitsstelle Dortmund, Kinder in der Welt, Unterrichtseinheiten, Arbeitshefte für die Jugendbildungsarbeit, Dortmund 1981, 128 Seiten, 8,80 DM

Dritte-Welt-Laden Nordhorn (Hrsg.), Atomprovinz Emsland un Dritte Welt, Verlag Freunde der Erde GmbH, Berlin 1981, 78 Seiten, 4,— DM

Akafrik (Hrsg.), Südafrika-Handbuch, Jugenddienstverlag, Wuppertal 1982, 436 Seiten, 11,80 DM

Günther Simon, Strukturen des Weltbuchmarktes: Der Buchmarkt im frankophonen Schwarzafrika, Buch international Bd.1, Augsburg 1982

Evangelische Frauenhilfe Deutschland, Sex-Tourismus — Exotischer Heirratsmarkt — Prostitution: Situation von Frauen in der Dritten Welt, 51 Seiten, 2,50 DM

Bernhauser, Kersting, Kersting, Schwarte, Gemeinsam gehen — Kirche und Entwicklung im Nordosten Brasiliens, Materialien für die Schule (Sekundarstufe 1 u. 2), Misereor 11

AGG (arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden), Strukturelle Gewalt und Militarisierung — Vorbereitungsmaterialien und Protokolle der AGG-Werkwoche vom 24. – 30. 3. 1981

# ARGENTINIEN:
# Wirtschaftsliberalismus und Militärdiktatur

**Seit 1976 herrscht in Argentinien eine Militärdiktatur. Neben der Unterdrückung der Opposition wollten die Generäle durch eine totale Öffnung des Inlandsmarktes für ausländische Importwaren die Wirtschaft „modernisieren" und eine große Zahl von staatlichen Unternehmen reprivatisieren. Ihre Politik hat die Probleme jedoch weiter verschärft und momentan durchläuft Argentinien seine tiefgehendste Krise in diesem Jahrhundert. Trotz hoher Einkünfte durch Agrarexporte befindet sich die nationale Industrie in einer Rezension, und 1981 war die Inflationsrate die höchste in Lateinamerika. Gleichzeitig nahmen die Gegensätze zwischen den Militärs zu: Rechnet man die Interimspräsidenten hinzu, dann waren im vergangenen Jahr fünf verschiedene Generäle Staatsoberhaupt. Mit General Galtieri setzte sich schließlich innenpolitisch die harte Linie durch, und außenpolitisch kam es zu einer starken Annäherung an die USA.**

**Die innenpolitische Entwicklung seit 1981**

Im März 1976 übernahmen die argentinischen Militärs — zum sechstenmal seit 1930 — die direkte politische Macht. Sie stürzten die durch Wirtschaftskrise und eine erstarkende Guerillabewegung geschwächte Regierung Isabelita Perón und verkündeten einen Prozeß der „nationalen Reorganisation". Drei Ziele standen im Vordergrund ihrer Regierungserklärung: der Versuch einer Sanierung der Wirtschaft mit Hilfe von marktwirtschaftlichen Maßnahmen, der Kampf gegen die Guerilla und die Schaffung „solider Grundlagen für eine Demokratisierung."

Unter der Regierung von General Videla (1976/1981) stand zunächst der von den Militärs als „schmutziger Krieg" bezeichnete Anti-Guerilla-Kampf im Vordergrund.
Schätzungen gehen heute von 15.000 bis 20.000 Toten und Vermißten aus. Nachdem es den Generälen gelungen war, ihre Herrschaft zu stabilisieren, ging die Macht Anfang 1981 von Videla auf den General Viola über. Viola leitete eine vorsichtige innenpolitische Öffnung ein und begann einen Dialog mit den Parteien und anderen zivilen Kräften.
Schon nach wenigen Monaten zeigte sich, daß Viola dabei nur einen geringen Rückhalt innerhalb der Streitkräfte hatte. Die Gegensätze zwischen den Generälen entzündeten sich neben der Frage der innenpolitischen Liberalisierung an dem entscheidenden Problem des Wirtschaftskurses. Innerhalb des Regierungskabinettes von Viola hatten nämlich gemäßigt nationalistische Wirtschaftsgruppen einen gewissen Einfluß gewonnen.
Eine überraschende Abwertung des argentinischen Peso im Juni 1981 rief in der Öffentlichkeit Panikstimmung hervor und vergrößerte die Gegensätze zwischen den Militärs. Der Oberkommandierende des Heeres und eigentliche starke Mann der Junta, General Galtieri, kritisierte die Viola-Politik, vor allem die politische Liberalisierung. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den unterschiedlichen Waffengattungen, die ihren Ausdruck in der Veröffentlichung von einander widersprechenden Stellungnahmen fanden, unterhöhlten nach und nach die Stabilität der Viola-Regierung. Mitte 1981 gingen die Unstimmigkeiten so weit, daß der pensionierte Admiral Massera von seinen Militärkollegen unter Hausarrest gestellt wurde, nachdem er eine Aufklärung über das Schicksal der „Verschwundenen" gefordert hatte.

Bei den Streitigkeiten zwischen den Generälen ging und geht es jedoch nicht nur um persönliche Rivalitäten. Einzelne Militärs vertreten vielmehr voneinander abweichende wirtschaftspolitische Konzepte, die wiederum mit den Interessen verschiedener Fraktionen innerhalb der argentinischen Finanz- und Industriebourgeoisie verbunden sind. So hatte Industrieminister Oxenford eine Rückkehr zu einzelnen protektionistischen Maßnahmen wie Schutzzöllen angestrebt, um dadurch die Lage der geschwächten nationalen Industrie gegenüber dem ausländischen Kapital wieder zu verbessern. Mit einzelnen nationalistischen Maßnahmen und staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft versuchte er den schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus, den die vorherige Militärregierung betrieben hatte, zu korrigieren. Nachdem er seine Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, trat Oxenford im August 1981 zurück.

Seit Mitte des Jahres 1981 wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, und die Machtkämpfe innerhalb des Militärs nahmen zu. General Galtieri, Juntamitglied und Heeresoberbefehlshaber, arbeitete gezielt auf den Sturz von Präsident Viola hin. Im Dezember 1981 nutzte er ein — wahrscheinlich politisch verursachtes — „Magenleiden" von Viola und brachte sich mit Hilfe eines innermilitärischen Staatsstreiches selbst an die Macht.

An den Auseinandersetzungen zwischen den Militärs sind zwei Aspekte bemerkenswert:
Zum einen verdeutlichen sie einmal mehr, daß die Streitkräfte entgegen ihren eigenen Erklärungen aufgrund interner Zersplitterung und anhaltender Krise keine stabile Herrschaft ausüben können. Zum anderen verfügt Galtieri heute in seiner Eigenschaft als Heereschef, Juntamitglied und Staatspräsident über eine in der neueren argentinischen Geschichte einzigartige Machtposition. Damit sind formal die institutionellen Voraussetzungen gegeben, um den Einfluß der übrigen Generäle in der Militärjunta



zurückzudrängen und eine personalisierte Militärdiktatur zu errichten wie Pinochet im Nachbarland Chile.

**Der wirtschaftliche Neoliberalismus und seine gesellschaftlichen Auswirkungen**

Als energischster Befürworter der in Argentinien seit 1976 verfolgten Wirtschaftspolitik gilt der frühere Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, der selbst Unternehmer ist und gute Bziehungen zu internationalen Banken und multinationalen Gesellschaften unterhält. Er hat seine wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen jüngst in einem Buch mit dem programmatischen Titel: „Grundlagen für ein modernes Argentinien" zum Ausdruck gebracht. Um die „Wirtschaft zu liberalisieren und die Produktionsstruktur zu modernisieren" sei es notwendig, den staatlichen Einfluß und Subventionen abzubauen, alle Preise freizugeben, ineffiziente Staatsbetriebe zu reprivatisieren, die Staatsbürokratie zu verkleinern und den inländischen Markt für ausländische Produkte und Technologie zu öffnen. Insgesamt handelt es sich um ein Konzept des schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus, das die chilenische und uruguayische Militärdiktaturen in ähnlicher Form durchsetzen und das auch als Monetarismus bezeichnet wird.

Dieses Wirtschaftskonzept, das eine Öffnung gegenüber den ausländischen Märkten beinhaltet, führte in einzelnen südamerikanischen Staaten vorübergehend zu hohen Wachstumsraten, die sich jedoch lediglich auf einige Wirtschaftsbereiche beschränkten und mit keiner Einkommensverbesserung für die Bevölkerungsmehrheit verbunden waren. Trotzdem sprachen konservative Wirtschaftsfachleute noch 1979 von einem „Höhenflug der argentinischen Wirtschaft" (vgl. iz3w Nr.84, März 1980, S.61-65), und das Wirtschaftsmagazin Capital widmete seine Januar-Nummer 1982 dem sogenannten „chilenischen Wirtschaftswunder."

Längerfristig sind die gesellschaftlichen Auswirkungen des freihändlerischen Wirtschaftskonzeptes für Argentinien indessen katastrophal:

● Die Bevorzugung des exportorientierten Agrarsektors verwandelte Argentinien erneut in einen Großexporteur von Nahrungsmitteln und leitete nach dem Abbau von Schutzzöllen mit der Überschwemmung des Inlandsmarktes durch billige Auslandsprodukte den Niedergang der nationalen Konsumgüterproduktion ein. Die Rekordernten von 1978/79 und der hohe Weltmarktpreis für Fleisch verliehen dem Land keine zusätzlichen Entwicklungsimpulse. Vielmehr führte der Anstieg der Fleischpreise zu übertriebenen Viehschlachtungen, wodurch die Zahl der Rinder von 50 Mill. auf ca. 40 Mill sank. (El Pais 6. 1. 82)

● Trotz hoher Exporterlöse und einer Rekordernte beim Getreide (1980:25,4 Mill. Tonnen; 1981: 35,6 Mill. Tonnen) kam es zur tiefgreifendsten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts. Nach Angaben der lateinamerikanischen Wirtschaftskomission CEPAL „erreichte" Argentinien 1981 ein Negativwachstum von 6%. Die Auslandsverschuldung liegt bei dem Rekordbetrag von 32 Milliarden Dollar (FAZ 15. 2. 82). Bei der Industrieproduktion stellte sich sogar eine Rückentwicklung ein. Der ehemalige Wirtschaftsminister Aldo Ferrer, ein Kritiker der Militärherrschaft, gab folgende Zahlen an: „Die argentinische Industrieproduktion, die sich bislang alle zehn Jahre verdoppelte, lag 1981 niedriger als 1970; das Industrieprodukt sank um 30% gegenüber 1970; private Schätzungen gehen von einer Arbeitslosenrate von 10% aus, ohne die unterbeschäftigte Bevölkerung hinzuzurechnen . . . ; die Reallöhne sind gegenüber 1975 um 30% gefallen; die Inflation ist heute fünfmal so hoch wie zwischen 1945 und 1975 und erreichte einen Jahresdurchschnitt von 150%." (zit. nach: El Pais 5. 1. 82)

● Das dahinterstehende Wirtschaftskonzept und die neue Form der abhängigen Integration in den Weltmarkt erläuterte Aldo Ferrer folgendermaßen: „Die Militärs haben eine einseitige monetaristische Politik verfolgt, die von der falschen Annahme ausgeht, Argentinien sei ein kleines Land ohne internen Markt, das sich nicht industrialisieren könne und sich deshalb als Erzeuger von Lebensmitteln, Rohstoffen und Erdöl — falls welches gefunden wird — an den Weltmarkt anzuschliessen habe." (El Pais 5. 1. 82)

Inlandsnachfrage und Konsumniveau gingen zurück. Der Verkauf der im Lande produzierten Automobile (Ford, Renault, Volkswagen, Fiat/Peugeot) fiel 1981 um ca. 40% gegenüber dem Vorjahr. Mercedes Benz, das nur Lastwagen und Nutzfahrzeuge herstellt, entließ ca. 3000 Arbeiter (LAWR 23. 9. 81).

● Die Hauptleidtragenden der Wirtschaftspolitik der Militärs sind die Lohnabhängigen. So nahm der Anteil der abhängigen Einkommen am gesamten Nationaleinkommen (Lohnquote) nach 1976 drastisch ab: 1975 lag die Lohnquote bei 49,3%, bis 1980 sank sie auf 34%. Dieser Prozess der Einkommensumverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer wurde nur zu einem geringen Teil in produktive Investitionen angelegt; der Großteil floß in Spekulationsgeschäfte, insbesondere in Finanzierungs- und Kreditgesellschaften (Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 99, Dez. 1981, S. 49f.)

Der Finanzsektor erhielt ein immer stärkeres Gewicht in der Bestimmung der Wirtschaftspolitik, und durch den An- und Verkauf von Dollars auf dem argentinischen Geldmarkt konnten spektakuläre Gewinne gemacht werden.

Angesichts des unbeständigen Wirtschftskurses zeichnete sich das Verhalten der Ober- und Mittelschichten 1981 durch Ausgabeneuphorie und Sparunlust aus. Fast anderthalb Millionen Argentinier verließen im Verlaufe des Jahres das Land zu Reise- und Einkaufszwecken (El Pais 7. 1. 82).

● Innerhalb des argentinischen Binnenmarktes hatte die freihändlerische Außenwirtschaftspolitik besonders schlimme Konsequenzen: Wegen hoher Verschuldung stehen viele der einheimischen Firmen vor dem Bankrott. Mit der Aufhebung der Mietpreiskontrollen kamen die Bauindustrie und der soziale Wohnungsbau praktisch zum Erliegen. Das Mietpreisniveau liegt weit über dem der Bundesrepublik, und die Wohnungen sind kaum zu bezahlen (El Pais 6. 1. 82)

**Die innenpolitische Lage und die Rolle der oppositionellen Kräfte**

In ihrer Grundsatzerklärung aus dem Jahre 1976 kündigten die Militärs unter anderem eine 'Modernisierung' der staatlichen Strukturen und einen Kampf gegen die Korruption an. Die seitdem erlassenen Gesetze zur „nationalen Sicherheit" haben eher zur sozialen und rechtlichen Unsicherheit der Bevölkerung beigetragen.

Es entstand eine besondere Sorte von Bürgern, die einen Militärausweis haben und über eine Reihe von offenen und verdeckten Privilegien verfügen: Sie bereichern sich durch Korruption beim Ankauf von Kriegsgütern, die im Zuge der militärischen Aufrüstung hohe Summen erreicht. Außerdem lassen sie sich Doppelgehälter in der Verwaltung auszahlen. Dadurch erzielen die Militärs hohe Einkünfte, während das durchschnittliche Einkommen einer Arbeiterfamilie zwischen 600 – 1000 DM beträgt.

Die von den Militärs durchgeführte „Erziehungsreform" bestand im wesentlichen daraus, „marxistische" Lehrer aus dem Unterricht zu entfernen und mit Hilfe des neu eingeführten Zivilkundeunterrichtes ein konservativ-katholisches Weltbild zu vermitteln. Als Folge der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen kam es zu einem deutlichen Rückgang des Schulbesuches und dies in einem Land, das bislang den höchsten Bildungsstand Lateinamerikas aufwies.

Bei ihrem Versuch, eine konservative, von den Leitsätzen der nationalen Sicherheit geprägte Weltanschauung zu vermitteln, müssen die Generäle allerdings weitgehend auf die Unterstützung der Kirche verzichten. In einem Dokument mit dem Titel „Kirche und nationale Gemeinschaft" trat die argentinische Bischofskonferenz im Mai 1981 für den Rechtsstaat ein, verurteilte die „Doktrin der nationalen Sicherheit" und forderte die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen. Insgesamt betreibt die Kirche eine Politik „konstruktiver Opposition".

In letzter Zeit hat die direkte politische Unterdrückung nachgelassen. Gegenüber den Parteien wandten die Militärs heiss-kalte Wechselbäder an: So sind die Parteien seit über sechs Jahren „suspendiert"; doch die Spitzenfunktionäre der Parteien konnten sich in den letzten Jahren relativ frei bewegen, auch die der KP. Formell besteht keine Pressekontrolle; dagegen gibt es eine wirkungsvolle Selbstzensur und in Einzelfällen werden Journalisten unter Druck gesetzt oder eingesperrt.

Mitte 1981 haben sich die fünf größten politischen Gruppierungen in einem „Vielparteienbündnis" (mutipartidaria) zusammengeschlossen. Dem Bündnis gehören die Peronisten, die Radikalen (UCR), die Partei des früheren Präsidenten Frondizi (MID), eine Splittergruppe der Radikalen und die Christdemokratische Partei an. Die Parteien gehen davon aus, daß sie mehr als 70% der Bevölkerung vertreten. Das Vielparteienbündnis unterhält Kontakte zu den Gewerkschaften und anderen Organisationen wie den „Müttern der Plaza de Mayo" und Menschenrechtsgruppen.

Ende 1981 forderten die Parteien in einem Dokument mit dem Titel „Bevor es zu spät ist" eine den Regeln der Verfassung entsprechende Normalisierung und eine demokratische Öffnung. (FAZ 18. 12. 81) Mitglieder des Parteienbündnisses bezeichneten das Regime öffentlich als „korrupt", verglichen es mit einer „Besatzungsarmee im eigenen Lande" und mit einer „Prätorianergarde, die das Volk prügelt." (SZ 29. 12. 81)

Die Bildung dieses übergreifenden Parteienbündnisses kann als ein Fortschritt der Oppositionskräfte gelten. Denn in der Vergangenheit haben die chronische Zersplitterung und die Rivalitäten argentinischer Parteien, die darüber hinaus stets zu separaten Allianzen mit Teilen des Militärs bereit waren, zur Schwächung der zivilen Kräfte geführt und damit indirekt zur Stabilisierung der Militärherrschaft beigetragen.

**Wirtschaft und Außenpolitik**

Im Gegensatz zu den erfolglosen Versuchen, die Probleme der Wirtschaft im Inneren in den Griff zu bekommen, war die Außen(wirtschafts)politik relativ erfolgreich. Die schon von der 1. peronistischen Regierung begonnene Politik der Ausdehnung des Außenhandels wurde von den Militärregierungen fortgesetzt, nicht nur, um die Dominanz eines einzigen Handelspartners zu überwinden, sondern auch, um durch die Vielfalt der Wirtschaftsbeziehungen einen grösseren außenpolitischen Spielraum zu erhalten.

**Die wichtigsten Beziehungen Argentiniens in Lateinamerika**

Zu allen unmittelbaren Nachbarstaaten intensivierte Argentinien auch 1981 die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das Handelsvolumen mit BRASILIEN hat sich 1977–79 verdoppelt und steigt mit einer für Argentinien positiven Bilanz weiter an. Die Ursache hierfür liegt jedoch auch in den Importbeschränkungen (20% Einfuhrzoll auf brasilianische Güter), die nicht zuletzt deshalb von Bedeutung sind, weil viele Argentinier wegen der Abwertung des Peso nach Brasilien zum Einkaufen gingen.

Mit URUGUAY wurden zum gleichen Zeitpunkt zwei Abkommen über nukleare Zusammenarbeit unterzeichnet. PARAGUAY und Argentinien haben nach langen Verhandlungen die Verträge für das geplante Großkraftwerk Yaciretá am Paraná abgeschlossen.

Trotz der Bemühungen um wirtschaftliche Kooperation mit den Nachbarstaaten im La-Plata-Raum hat Argentinien gegenüber Brasilien an Bedeutung verloren. Die im „La-Plata-Becken-Abkommen" 1969 angestrebte Integration der Region ist nicht zuletzt an der Konkurrenzsituation zwischen Argentinien und Brasilien gescheitert, zumal Argentinien durch bilaterale Verträge mit Paraguay und Uruguay das Abkommen praktisch unterlief, aber aufgrund der eigenen instabilen Wirtschaft nicht in der Lage war, eine regionale Vormachtstellung zu erlangen.

Zu BOLIVIENS Militärdiktatur sind die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen (seit der argentinischen 'Putschhilfe' vorletztes Jahr) besonders eng. So schenkte Argentinien Bolivien größere Mengen Waffen und Munition (LAWR 41/81), und die Erdgaslieferungen von Bolivien nach Argentinien sollen in den nächsten Jahren weiter erhöht werden.

Die Nuklearabkommen mit Uruguay, Peru und Chile sind auch im Zusammenhang mit der Konkurrenzsituation zu Brasilien auf diesem Gebiet zu sehen. Argentinien baut Schwerwasserreaktoren, und durch die Verträge will Argentinien *sein* Atomprogramm exportieren, womit diese Länder auf argentinisches Schwerwasser angewiesen wären.

Argentiniens Außenpolitik als regionale Macht in Südamerika steht unter permanenter Konkurrenz zu Brasilien, wobei Argentinien, was die wirtschaftliche Vormachtsstellung im La-Plata-Becken anbelangt, immer mehr ins Hintertreffen gerät und der aktiven brasilianischen Außenpolitik nur durch Nachahmung entgegentreten kann (so sind auch die neuen wirtschaftlichen Beziehungen zu afrikanischen Staaten, ist der Kampf um die Eroberung neuer Märkte in der Dritten Welt ein bloßes „Nachziehen" zur brasilianischen Politik.)

Auch wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zu CHILE weiter ausgebaut wurden, blieb das Verhältnis wegen des nach wie vor ungelösten Beagle-Konflikts gespannt. Die Verhandlungen im Vatikan machen keine Fortschritte, da Argentinien zu dem seit Dezember 1980 vorliegenden Kompromiß des Papstes (der die umstrittenen Inseln gemäß dem Schiedsspruch von 1977 chilenisch beläßt, das umgebende Meer aber als neutrale Zone vorsieht) keine Stellung bezogen hat, sondern wiederholt klarmachte, daß eine Lösung nur unter Berücksichtigung des Ozeanprinzips in Frage käme; danach darf keiner der beiden Staaten über Besitz am jeweiligen „anderen" Ozean verfügen.

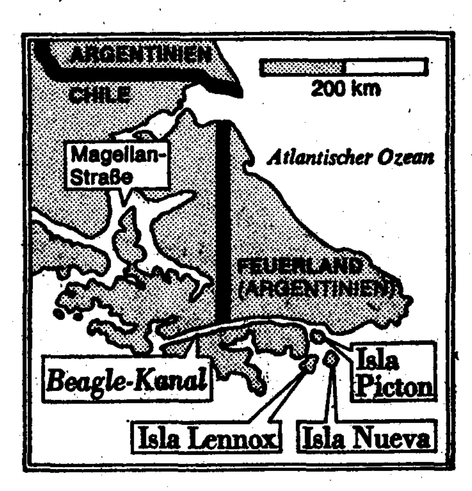
Nicht gerade gefördert wurden die Verhandlungen durch gegenseitige Verhaftungen von Offizieren unter dem Vorwurf der Spionage, die bis zur völligen Schließung der Grenze führten, und durch Äußerungen eines chilenischen Admirals, die Chiles Interesse an einem südatlantischen Verteidigungsbündnis zusammen mit Großbritanien, Südafrika und Brasilien bekundeten (LAWR 21/81). Die SATO (analog zur Nato) ist ein von den USA Ende der siebziger Jahre nach dem Sieg der MPLA in Angola angeregtes Verteidigungsbündnis. Es sollte die „westliche" Sicherheitsinteressen im Südatlantik wahren.

Die Äußerung des Admirals rief Proteste in Argentinien hervor, weil Chile Argentinien nicht einmal erwähnte, sich darin als „atlantische" Macht bezeichnete und die zwischen Argentinien und Großbritanien umstrittenen Falklandinseln / Malvinas als britisch bezeichnete.

Beide Länder versuchen, den Grenzkonflikt für innenpolitische Zwecke einzusetzen. Durch gezielte Aufrechterhaltung eines außenpolitischen Feindbildes soll über den fehlenden innenpolitischen Konsens hinweg die vielbeschworene Einheit der Nation wiederhergestellt werden.

Die von dem Konflikt erhoffte integrierende Wirkung wird offen ausgesprochen:
Arg.: „Die ganze Angelegenheit um den Beagle-Kanal ist geeignet, die eiserne Verbindung, die das argentinische Volk und die Streitkräfte eingegangen sind, weiter zu festigen." (LA Nación, 30. 1. 1978)
Chil.: „Mit dem Beagle-Fall wurde eine der bedeutendsten politischen Tatsachen der letzen Jahre geschaffen, in der Regierung und Opposition, einschließlich derjenigen im Exil, sich zu einem Faktor realer nationaler Einheit zusammengefunden haben." (Mensaje, Vol. 27, No. 267, 1978)

Für Chile trifft es tatsächlich zu, daß im Fall des Beagle-Konflikts die unterschiedlichsten oppositionellen Gruppen die nationalen Interessen Chiles durch Pinochets Politik gegenüber Argentinien gut vertreten sehen. In Argentinien dagegen besteht nicht einmal innerhalb des Militärs Einigkeit über die „richtige" Politik im Sinne der nationalen Interessen, geschweige denn, daß die Öffentlichkeit die bisher unnachgiebige Haltung des Landes bei den Verhandlungen unterstützen würde. Die argentinische Kirche warnte eindringlich vor einer Ablehnung des Kompromisses; eine harte Linie, die den Frieden auf's Spiel setze, schade dem Ansehen der Nation erheblich, wohingegen die Annahme des päpstlichen Vorschlags Argentiniens nationale und internationale Ehre wiederherstellen könne. (CIAS Nr. 301, 302, 1981)




Dagegen konnten die argentinischen Militärs den päpstlichen Vorschlag nicht annehmen, da Vertreter der sog. 'harten Linie' in der Armee darin eine Aufgabe der nationalen Souveränität sahen, die die Sicherheit des Landes gefährde. Die Verzögerungen bei den Vermittlungen in Rom spiegeln also lediglich das „Machtpatt" zwischen gemäßigter und harter Linie innerhalb der argentinischen Regierung wider.

Die Machtübernahme Galtieris läßt eine Annahme des Kompromisses noch unwahrscheinlicher werden, da Galtieri gerade zu denjenigen Kräfte in der Armee gehört, die eine kompromißlose Haltung gegenüber Chile vertreten. Die Kündigung des 1972 auf argentinischen Vorschlag entworfenen „Generalvertrags zur Lösung von Kontroversen" durch Argentinien am 25. Januar '82 hat auch wieder beträchtliche Zweifel an einer baldigen Beilegung des Konflikts geweckt. Das bisherige Desinteresse der USA am Konflikt hat sich — nicht zuletzt wegen der wachsenden Probleme in Zentralamerika und der Karibik — in ein starkes Interesse an einer stabilen Lage im Südzipfel Lateinamerikas gewandelt. Die Spannungen zwischen Argentinien und Chile stünden auch einem geplanten Erdöl- und Erdgasgeschäft entgegen, bei dem US-Gesellschaften in Patagonien eine 500-km-Pipeline bauen wollen.

**Argentinien, die USA und die Sowjetunion**

Ein Beispiel sowohl für die erfolgreiche Diversifizierung des Handels als auch für deren Grenzen ist der seit Anfang der 70er Jahre steigende Export von Weizen in die UdSSR. 1981 exportierte Argentinien 20,3 Mill. Tonnen Weizen, davon 15,7 Mill. Tonnen in die Sowjetunion. Auch im Energiesektor ist eine Zusammenarbeit geplant. Die UdSSR soll einen Teil der Turbinen für das argentinisch-paraguayische Wasserkraftwerk Yaciretá liefern (an dem außerdem die USA, Japan, die Bundesrepublik, Großbritanien und ein staatliches argentinisches Unternehmen beteiligt sind).

Die USA beobachten den Ausbau der Handelsbeziehungen mit wachsender Sorge, zumal Argentinien für das KKW Atucha II 5 Tonnen schweres Wasser aus der UdSSR kaufte, und der Weizenexport das (inzwischen wieder aufgehobene) Getreideembargo gegen die Sowjetunion unterlief.

Als Reaktion auf die Menschenrechtspolitik Carters hatte Argentinien sich von den USA unabhängiger gemacht; das Jahr 1981 aber ist gekennzeichnet durch intensive Bemühungen der Regierung Reagan, die wirtschaftlichen, vor allem aber die politischen Beziehungen zu Argentinien zu verbessern, wobei die Menschenrechtsfrage natürlich keine Rolle mehr spielt. Die Militärs in Argentinien erscheinen den USA im Sinne ihrer Sicherheitspolitik „zuverlässiger" als Brasilien, das durch seine aktive Schwarzafrikapolitik und seine Ablehnung von Südafrika deutlich auf Distanz zu den USA ging.

Bei mehreren Gesprächen zwischen beiden Regierungen machten die USA deutlich, daß sie keine gegen ihre Sicherheitsinteressen gerichtete Beziehungen Argentiniens in Lateinamerika und Afrika dulden würden. Weitere Gesprächsthemen waren eine mögliche internationale Kontrolle des argentinischen Atomprogramms (Argentinien und auch Brasilien haben den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, aber nicht ratifiziert) und die Entsendung von argentinischen „Beobachtern" nach El Salvador. Im Zusammenhang mit dem — im Dezember '81 aufgehobenen — Waffenembargo der USA betonte Galtieri, daß dies mehr moralischen als materiellen Wert habe, da Argentinien inzwischen mit Hilfe eigener Produktion und anderer Quellen aufrüsten könne.

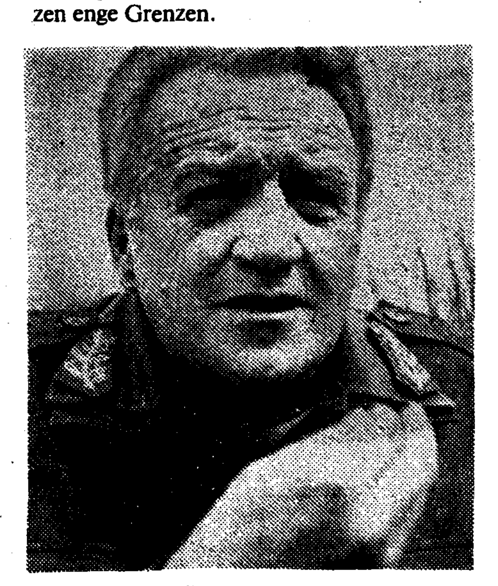
Die jetzt unter Galtieri deutlich werdende Hinwendung zu den USA ist (gegenüber dem traditionellen Antiameranismus) ist als eine grundsätzlich neue außenpolitische Orientierung Argentiniens zu bewerten, die Hand in Hand geht mit einem gesteigerten Interesse der Reagan-Administration an stabilen antikommunistischen Regimen in Lateinamerika. Diese Hinwendung kommt allerdings nicht unerwartet, da schon zur Amtszeit Videlas und in verstärktem Maße unter Viola interne Kritik an einer zu großen Abhängigkeit von der Sowjetunion laut geworden war. In diesem Fall kollidierten wirtschaftliche (die argentinische Agraroligarchie macht sich für den Weizenexport in die UdSSR stark) und politische (Argentinien als Teil des antikommunistischen Westens) Interessen.

In den argentinischen Weizenexporten, die das Embargo unterliefen, und in den Geschäften im Energiesektor sahen die USA die Gefahr eines möglichen „Ausscherens" und versuchten, das Land wieder wirtschaftlich, vor allem aber politisch, an sich zu binden.

**Ausblick auf die künftige Entwicklung**

Nach sechjähriger Militärdiktatur bezeichnen viele Argentinier die gegenwärtige Lage als „Zustand der friedlichen Hoffnungslosigkeit". (El Pais 6. 1. 82) Wie lange dieser Zustand relativer Passivität andauert, hängt besonders von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die von General Galtieri angekündigten Maßnahmen weisen eher auf eine Zunahme innenpolitischer Spannungen und Konflikte hin. Sein neuer Wirtschafts- und Finanzminister Roberto Alemann, dessen Familie unter anderem die deutschsprachige Tageszeitung

„Argentinisches Tageblatt" besitzt, war bereits 1961 — ziemlich erfolglos — Wirtschaftsminister gewesen. In dem „Argentinischen Tageblatt" hatte er sich in den vergangenen Monaten wiederholt gegen einzelne dirigistische Maßnahmen der Viola-Regierung ausgesprochen. Sein „Wirtschafts- und Sparprogramm" knüpft folgerichtig an die Vorstellungen von Martinez de Hoz an. Es gehe darum, den Inlandsmarkt weiter zu öffnen, ganze Produktionsbereiche an die Privatwirtschaft abzugeben und die Staatsausgaben (Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Subventionen und Investitionen) zu beschränken. Dieser Wirtschaftskurs, von Konservativen als „Hoffnungsvolle erste Schritte Galtieris" bezeichnet (so die FAZ 21. 12.81), von Kritikern dagegen als argentinische Ausgabe der „Reagonomics", die eine weitere Denationalisierung und Transnationalisierung der nationalen Wirtschaft nach sich ziehen würde (LAWR 8. 1.82), steckt politischen Liberalisierungstendenzen enge Grenzen.



*Argentiniens Staatschef Leopoldo Galtieri.*

Für die oppositionellen Kräfte bedeutet die Amtsübernahme von General Galtieri eine Verhärtung der innenpolitischen Lage. Galtieri will an dem „Prozeß der nationalen Reorganisation" festhalten, der eines Tages die formalrechtliche „Institutionalisierung" des Militärs als politische Macht neben Parlament und Regierung absichern soll. Einen möglichen Termin für eine gelenkte demokratische Öffnung nannte er, im Unterschied zu seinem Vorgänger, vorerst nicht.

Die öffentlich geäußerte Kritik an den Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur hat in den letzten Wochen stark zugenommen, besonders nach der Ermordung der 20jährigen schwangeren Ana Maria Martinez, Mitglied der trotzkistischen PST, durch den argentinischen Geheimdienst. Die Kritik kam sowohl von den Parteien und Menschenrechtsorganisationen als auch von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich bisher eher zurückgehalten hatten:

Neben den Schriftstellern Borges und Sabato forderte Fußballtrainer Menotti, eine der wichtigsten Personen in der nationalen Öffentlichkeit, die Aufklärung des Schicksals der „Verschwundenen" und übte Kritik an den herrschenden Militärs: „Früher oder später wird das Volk von ihnen Antwort verlangen", erklärte er in der Zeitschrift „Semana", und er fügte hinzu: „Über diejenigen, die nicht begreifen, daß man für die große Mehrheit regieren muß, wird die Geschichte urteilen." (SZ 4. 3. 82)

Der Handlungsspielraum der Opposition und die Aussichten für einen wirklichen Demokratisierungsprozeß hängen von zwei eng miteinander verbundenen Faktoren ab: Zum einen von der Festigkeit des Vielparteienbündnisses und seiner Fähigkeit zu politischen Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Macht- und Interessengruppen, etwa der Kirche und den Gewerkschaften. Zum anderen aber von der Entwicklung innerhalb der Streitkräfte und den dort stattfindenden Richtungskämpfen. Sollten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des militärischen Machtblockes und die Wirtschaftskrise anhalten, ist sogar mittelfristig eine kontrollierte „Rezivilisierung" als beschleunigter Ausweg der Generäle aus der Sackgasse, in die sie das Land im letzten Jahrzehnt geführt haben, nicht auszuschliessen.

Annegret Haffa / Nikolaus Werz

Anm.: LAWR — Latin American Weekly Report

## Brasilien

# Militärregime und Demokratisierung

Im November 1982 sollen in Brasilien neue Wahlen stattfinden. Da sich jedoch die Niederlage der Regierungspartei von 1978 zu wiederholen scheint, mehren sich die Zweifel daran, ob die Generäle und ihre Partei das Ergebnis der Wahl akzeptieren, bzw. ob sie die Wahl überhaupt stattfinden lassen werden.

### Militärdiktatur 1964 – 1979

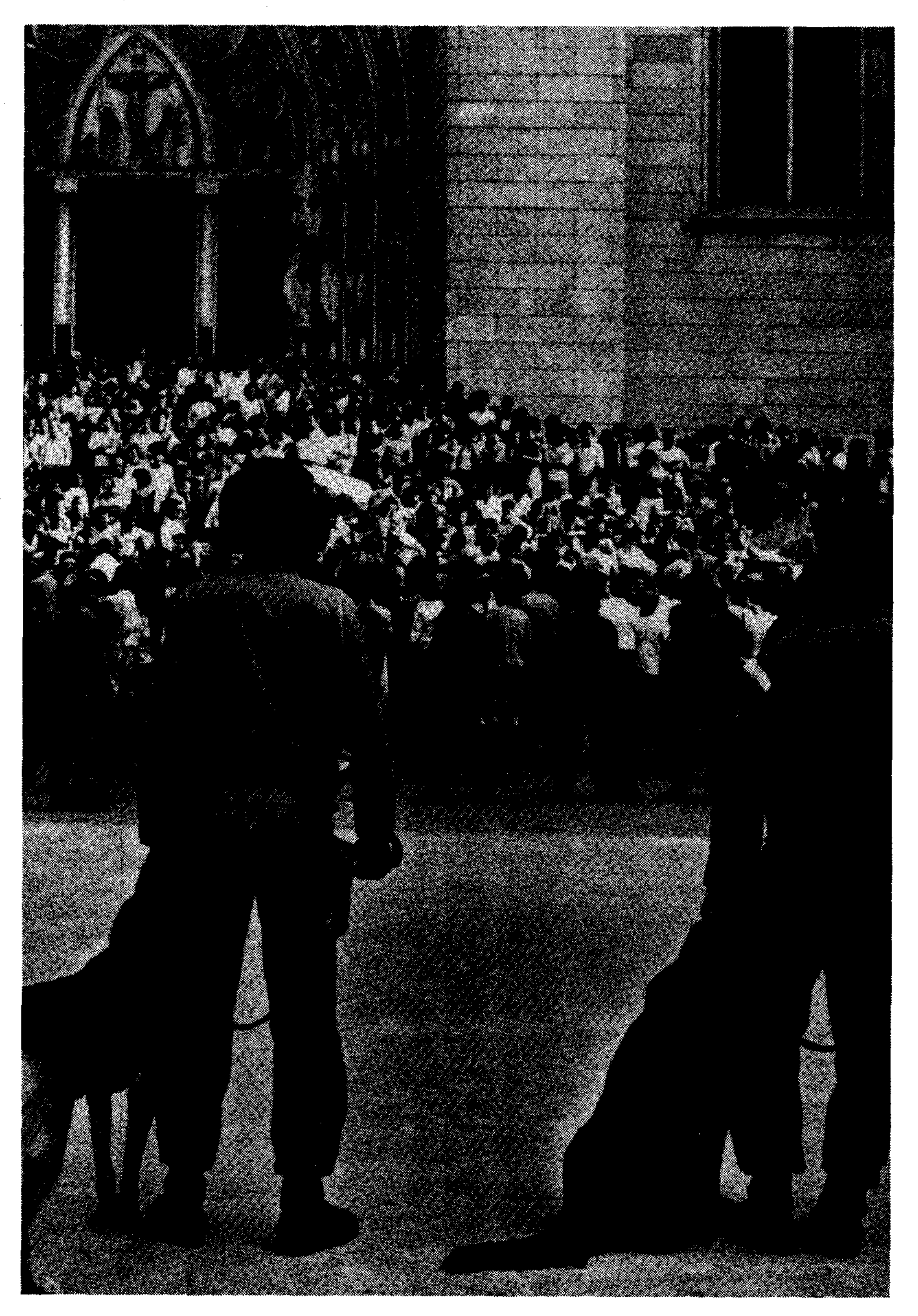
Die Ankündigung von Verstaatlichungen und einer einschneidenden Landreform gab 1964 das Signal zur Absetzung des linksgerichteten Präsidenten João Goulart durch hohe Offiziere der Streitkräfte. Sein Nachfolger wurde der General Castelo Branco. 1965 löste das Militärregime die dreizehn im Parlament vertretenen (aber bereits bedeutungslosen) Parteien auf und ersetzte sie im folgenden Jahr per Regierungsbeschluß durch die Regierungspartei „ARENA" („Aliança Renovadora Nacional") und die Oppositionspartei „MDB" („Movimento Democrático Brasileiro").
Im Zusammenhang mit Protesten gegen die Regierungspolitik und Aktionen einer Stadt- und Landguerilla kam es während der Amtszeit des Präsidenten General Médici (1969 - 1974) zu einer Phase brutalster Repression. Tausende von Regimegegnern mußten ins Ausland gehen. Viele wurden durch Angehörige der Sicherheitsorgane gefoltert und getötet. 1968 war der Verfassung der „Institutionelle Akt Nr. 5" hinzugefügt worden, durch den der Präsident auch formell mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet wurde.
Bei den Wahlen im November 1978 erhielt die Oppositionspartei von den auf die beiden Parteien entfallenden Stimmen für das Abgeordnetenhaus 49 %, für den Senat 63 %, konnte aber aufgrund von zuvor getroffenen Wahlrechtsänderungen nur 45 % der Abgeordnetensitze und nur 36 % der Senatorensitze einnehmen. Da nur ein Drittel der Senatoren neu gewählt und ein weiteres Drittel faktisch von der Regierung bestimmt wurde, erhielt der MDB letztlich nur 24 von 67 Senatssitzen (Veja 6.1.82 / Lateinamerikanachrichten Nr. 66).
Der seit 1974 amtierende Präsident Geisel kündigte an, das Zwei-Parteien-System aufzulösen und die Gründung von vier bis fünf neuen Parteien zulassen zu wollen. Unter seinem Nachfolger General Figueiredo (seit März 1979), setzte die eigentliche Wende ein:

- Im August 1979 gab es eine Generalamnestie für aus politischen Gründen Verurteilte, die Exilierten konnten zurückkehren.
- Im Dezember desselben Jahres wurden ARENA und MDB aufgelöst. An ihre Stelle trat eine Reihe von neuen Parteien. Die Kommunistische Partei blieb verboten, ihre Mitglieder schlossen sich z.T. anderen Parteien an.

### Politische „Öffnung" – warum?

Die von der brasilianischen Regierung seit dem Putsch forcierte Industrialisierung mit Hilfe ausländischer Investoren führte in den ersten zehn Jahren zu gigantischen Zuwachsraten der Wirtschaft. In der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre verminderte sich das Wachstum jedoch rapide. Zugleich stieg die jährliche Inflationsrate von 15,1 % (1973) auf 72,2 % (1979) und steigerte sich in der Folgezeit weiter. Die Auslandsschulden erhöhten sich von 12,5 Milliarden US-Dollar 1973 auf 50,0 Milliarden US-Dollar 1979. Während der Herrschaft des Militärs hatte sich der Abstand zwischen Arm und Reich in Besitz und Einkommen ständig vergrößert (FR 7.10.81).

Die durch das Militärregime geweckte Hoffnung auf ein rasches, ungebrochenes Wirtschaftswachstum und die baldige Verteilung des „Kuchens" an alle Schichten der Bevölkerung hatte sich damit als trügerisch erwiesen. Insbeson-



dere wuchs nun die Unzufriedenheit der Mittelschicht, die zum ersten Mal die Folgen der Politik des Militärregimes negativ zu spüren bekam.
Die Militärs hatten sozialreformerische Strömungen und die Kritik am Regime stets als Teil der kommunistischen Unterwanderung der Freien Welt dargestellt. Mit der zunehmenden Entspannung zwischen den Blöcken verlor dieses Argument der Ideologie der „Nationalen Sicherheit" an Wirksamkeit. Die Vorteile und Hoffnungen, die sich mit der Regierung des linksgerichteten Präsidenten Goulart verbunden hatten, konnten damit wieder deutlich in das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit treten und zu einem politischen Faktor werden.
Ein weiterer die „Öffnung" fördernder Faktor war die Menschenrechtskampagne des US-Präsidenten Carter, die auf die Umwandlung autoritärer Militärherrschaften in konservative, aber dem Demokratieverständnis – und den Wirtschaftsinteressen – der USA näherstehende Systeme abzielte. Das politische Wertesystem Brasiliens war ohnehin demokratisch geblieben. So hatten die Militärs stets einige demokratische Formen wahren müssen.
Der Unwille der Bevölkerung gegen die Partei des Militärregimes, die ARENA, hatte sich bereits in den Parlamentswahlen von 1974 gezeigt und setzte sich nach dem Ende des brasilianischen „Wirtschaftswunders" 1975 erst recht frei. Es kam zu Studentendemonstrationen, viele Arbeiter wurden in den Gewerkschaften aktiv, sogar von Unternehmern kam Kritik an der sich nunmehr als mangelhaft erweisenden Wirtschaftspolitik der Regierung.
Wollte die ARENA an der Herrschaft bleiben, zugleich aber den Anschein der Demokratie wahren, konnte sie auf die Dauer nicht mehr mit Wahltricks arbeiten, sondern mußte eine Veränderung des politischen Systems ins Auge fassen, welche die Ablehnung des Regimes durch die Bevölkerung dämpfen und zugleich die parlamentarische Opposition derart schwächen würde, daß sie nicht mehr gefährlich werden konnte.
Es galt für das Regime, von den Konflikten abzulenken, die die Folge eines Modells waren, für das es selbst verantwortlich zeichnete und den Unwillen darüber zu kanalisieren. Letzteres beschrieben Regierungsvertreter mit dem Bild des Deckels, der von dem Topf, in dem es kocht, etwas gelüftet wird, damit der Druck entweichen kann – den man aber zugleich fest in der Hand behält. (Zeit 6.4.79).
Für Geisel und Figueiredo schien sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit zu bieten, als die „Re-Demokratisierer" Brasiliens in die Geschichte einzugehen und damit zugleich für das konservative Regime die Popularität zu gewinnen, die zur Stabilisierung seiner Macht notwendig war.
Außerdem mußte die Regierung die Opposition spalten, um sich auch für die Zukunft die Vorherrschaft im Parlament zu sichern. Da der MDB als die einzige zugelassene Oppositionspartei ein Konglomerat aus Anhängern verschiedenster politischer Richtungen war, erwies sich dies als besonders einfach. Durch die Rückkehr der Exilierten, die weitere Gegensätze in die Reihen der Opposition trugen, wurde diese Brüchigkeit noch verstärkt. Die Opposition sollte in einen dem Militärregime näherstehenden bürgerlichen Block – mit dem man verhandeln könnte – und einen linken – der die radikalen Kräfte binden würde – aufgespaltet werden.
Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte man, das Wahlrecht so zu gestalten, daß eine kleine Zahl von Parteien im Parlament vertreten wäre, auf die sich die Opposition aufteilen würde. Die Zahl dieser Parteien mußte klein genug sein, um leicht überschaubar und kontrollierbar zu bleiben; andererseits aber groß genug, um die Zersplitterung und damit die Wirkungslosigkeit der Opposition sicherzustellen.
Die Regierung rechnete damit, daß ihre eigene Partei, die ARENA, aus der Parteienumbildung mit größerer Geschlossenheit hervorgehen werde, auch wenn mit einigen Übertritten zu den Oppositionsparteien zu rechnen war. Durch die Umbenennung der ARENA in „Partido Democrático Social" (PDS) wollte man sich zudem demonstrativ von den menschenrechtlichen Vergehen und den wirtschafts- und sozialpolitischen Fehlern der Vergangenheit abkoppeln.
Mit der Erweiterung des Parteienspektrums im Parlament sollte die Verantwortung für das Versagen des Systems geteilt und damit von den wirklich Verantwortlichen abgelenkt werden.
Ein Hemmnis für die Bildung zu vieler Parteien und ein Mittel zur Reduzierung des Parteienspektrums im Parlament stellten die Vorschriften des Wahlrechtes dar. So müssen die Parteien in 20 % aller Gemeinden von mindestens 9 Bundesstaaten Parteikommissionen bilden. (NZZ 24./25.2.80) Bei den sich regional stark unterscheidenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen dürfte dies für kleine Parteien, wie etwa die aus der Industriearbeiterschaft hervorgegangene PT, äußerst schwierig sein.
Justizminister Portela legte zunächst einen Entwurf vor, der die Zulassung einer Partei für das Parlament von der Unterschrift von 42 Abgeordneten und 7 Senatoren (also 10 % der Stimmen jeder Kammer), 5 % der Wählerstimmen insgesamt und in wenigstens 9 Bundesstaaten abhängig machte. Damit wären aber voraussichtlich nur 3, statt – wie den Interessen der Regierung entsprechend – 4 oder 5 Parteien im Parlament vertreten gewesen. Man erleichterte die Bedingungen, damit noch weitere Parteien zugelassen werden konnten. (FR 28.12.79 / NZZ 30.10.79)

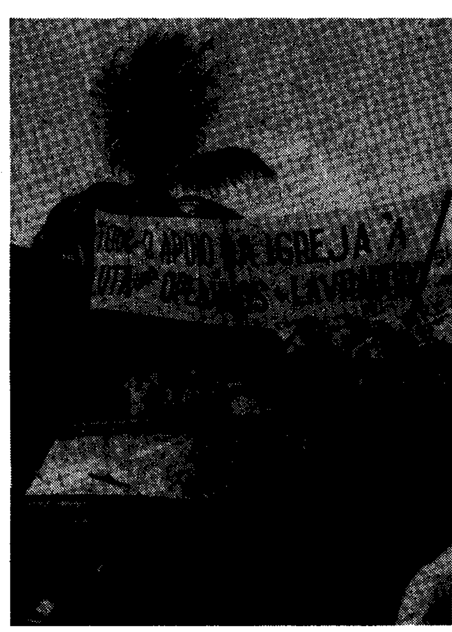



Die parlamentarische Rechnung der Regierung ging zunächst auf. Nachdem sich die früheren Abgeordneten der ARENA und des MDB auf die neugegründeten Parteien verteilt hatten, sah die Zusammensetzung der aus 420 Mitgliedern bestehenden Abgeordnetenkammer so aus: PDS – 222 Sitze; PP (Partido Popular, liberal) – 70 Sitze; PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro, Nachfolger des früheren MDB) – 92 Sitze;
PTB (Partido Trabalhista Brasileiro, populistisch) – 27 Sitze; PT (Partido dos Trabalhadores, gewerkschaftlich) – 5 Sitze. Im 67-köpfigen Senat verfügten PDS über 37, PP über 6, PMDB über 18, PTB und PT über je 1 Sitz.[1] (NZZ 24./25.2.80)

**Enttäuschungen für das Regime**

Wenn die Vertreter des Militärregimes gemeint hatten, mit diesen Maßnahmen zur Entspannung der innenpolitischen Lage beizutragen und die Gefährdung ihrer eigenen Herrschaft zu mindern, sahen sie sich von Anfang an enttäuscht. Waren die sozialen Spannungen bisher selten zu einem für alle sichtbaren Ausbruch gekommen, so änderte sich das nun.
An den wirtschaftlichen und sozialen Grundtatsachen hatte sich nichts geändert. Die Inflation stieg von 77,2 % (1979) (NfA 21.1.80) auf 110,2 % (1980) (NfA 5.2.81), das Ziel für 1981 war, sie auf 95 % zu drücken (NZZ 25.8.81). 1980 verdienten (nach der offiziellen Statistik) 33 % der Brasilianer weniger als den Mindestlohn und weitere 31 % 1 – 2 Mindestlöhne – während nach den Berechnungen der Gewerkschaft in São Paulo zu einer menschenwürdigen Existenz (die das Kriterium des Gesetzes zur Bestimmung des Mindestlohnes aus dem Jahre 1938 ist) mehr als das Dreifache eines Mindestlohnes erforderlich ist. (Tagesanzeiger 5.10.81 / FR 7.10.81)

Sofort nach Figueiredos Amtsantritt am 15. März 1979 kam es zu einem 2-wöchigen Streik von 210 000 Metallarbeitern der Industrievorstädte von São Paulo, der Polizeieinsätze und die Festnahme von Gewerkschaftsführern nach sich zog. Als Nebenfolge dieses Streiks mußte die Angleichung der Löhne an die Geldentwertung nun zweimal jährlich (vorher nur einmal) durchgeführt werden – zunächst allerdings nur für Gewerkschaftsmitglieder. (NZZ 5.4.79 / Welt 22.10.79)
Gleichzeitig streikten in Rio 80 000 Lehrer. Im Oktober/November 1979 kam es zu weiteren Streiks in São Paulo, an denen 150 000 Arbeiter teilnahmen. Im Nordosten erkämpften 250 000 Zuckerarbeiter Lohnerhöhungen und Sozialleistungen (von denen die meisten seit Jahrzehnten gesetzlich vorgeschrieben sind). Vom 1. April 1980 an streikten wiederum Metallarbeiter in São Paulo, diesmal nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern um „mehr gewerkschaftspolitischen Raum" (Lula). Der Gewerkschaftsführer Lula (Luis Inácio da Silva) wurde wegen Verstoßes gegen die „Nationale Sicherheit" festgenommen. (NZZ 25.4.80) Der Streik endete nach 41 Tagen, als sich die gesamte Leitung der neuen Gewerkschaftsgeneration bereits in den Gefängnissen der Geheimpolizei befand. Diesmal war es auch um die Sicherheit der Arbeitsplätze gegangen. Oft mußten die erstreikten Lohnerhöhungen nicht lange ausgezahlt werden, denn die betreffenden Arbeiter wurden entlassen und andere zu niedrigeren Löhnen neu eingestellt. (FR 18.7.80)
Als Folge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise nahm die Arbeitslosigkeit zu. Im April 1981 schätzte man die Zahl der Entlassenen in der Automobilbranche (inkl. Zulieferer) auf 25 000, in der Elektroindustrie auf 20 000, auf insgesamt 8 % in den Industriezentren Belo Horizonte, Rio de Janeiro, São Paulo und Pôrto Alegre, darunter auch viele hochqualifizierte Arbeitskräfte. (FR 22.8.81)
Die Lebensbedingungen verschlechterten sich für große Teile der Bevölkerung. In São Paulo waren viele nicht mehr in der Lage, die mindestens 4 000 Crs. (ca. 100 DM) Wohnungsmiete von ihren – als Durchschnittsgehalt für ungelernte Arbeitskräfte angenommenen – 15 000 Crs. (ca. 370 DM) zu bezahlen. Als Folge kam es zu Besetzungen von ungenutzten Grundstücken, auf denen Hütten gebaut wurden. Diese Aktionen wurden meist durch Polizeieinsätze beendet, die unliebsames Aufsehen erregten. (Guardian 7.10.81) Zu Widerstand kam es auch gegen die Fahrpreiserhöhungen der öffentlichen Verkehrsmittel in Salvador (Bahia), Belo Horizonte und anderen Städten – das Fahrgeld frißt dort bis zu 15 % eines Gehaltes auf. Bei den weit entfernt von den Stadtzentren in den Falvelas wohnenden Ärmsten sind es sogar 20 – 30 % des gesetzlichen Mindestlohnes (FR 7.10.81), den viele nicht einmal erhalten. In Belo Horizonte konnte die Fahrpreiserhöhung nur durchgeführt werden, indem das Militär das Stadtzentrum besetzte. (Guardian 7.10.81)
Ein anderes für das Regime sehr ernst zu nehmendes Problem ist die zunehmende Identifizierung der katholischen Kirche mit den armen Teilen der Bevölkerung. Hatte sich der fortschrittliche Klerus bisher hauptsächlich mit dem Problem der Favelabewohner, Indianer und landlosen Bauern beschäftigt, so begann jetzt ihre Solidarisierung mit den in São Paulo streikenden Arbeitern. (NZZ 23.4.80 / Herald Tribune 26.6.80)



*„Die volle Unterstützung der Kirche für den Kampf der Arbeiter und Bauern."*

Die Grundlage der kritischen Kirche in der Bevölkerung sind die Basisgemeinschaften, in denen heute nach Schätzung eines der Exponenten der Bewegung, Leonardo Boff, 3 Millionen Menschen in etwa 100 000 Gemeinschaften organisiert sind – Mitte der siebziger Jahre gab es „nur" 40 000 davon. (SZ 11.8.81) Die Grundstücksbesetzungen durch die Wohnungslosen sind vermutlich unter Beteiligung von Basisgemeinden organisiert worden.
Weiten Teilen des fortschrittlichen Klerus geht es nicht mehr nur um die Beseitigung von lokalen Ungerechtigkeiten, sondern um die Veränderung des politischen Systems. So sagt Leonardo Boff offen: „Die Regierungspartei ist keine Option für das Volk der Basisgemeinschaften." Und der Bischof Cândido Padim aus Bauru warnt: „In Zukunft wird die Pseudodemokratie, die eine bloße Konzession der Machthaber ist, nicht mehr hingenommen." (SZ 11.8.81)
Da mehr als die Hälfte des brasilianischen Klerus aus Ausländern besteht (auch 56 der 260 Bischöfe sind Ausländer) befürchtet man in Kirchenkreisen, daß sich die seit längerem diskutierte Verschärfung des Ausländerrechtes hauptsächlich gegen die ausländischen Priester richtet. (SZ 12.11.81) Da sich die katholische Kirche als Ganzes durch diese Maßnahmen bedroht fühlt, dürfte es in Zukunft noch zu schärferen Konfrontationen zwischen ihr und der Regierung kommen.

**Gefahr von rechts**

Die Haltung der Militärs gegenüber der „Öffnung" ist immer noch ungeklärt. Es ist zu vermuten, daß sich innerhalb der Streitkräfte zwei Linien gebildet haben, eine nationalistische, die der Demokratisierung feindlich gegenübersteht, und eine liberale, die die Öffnung vorantreiben möchte. (NZZ 25.4.80)
Anfang 1981 wurden die Grenzen deutlich, die die Militärs der Demokratisierung und der Rechtsstaatlichkeit setzen: Sie verhindern bisher erfolgreich, daß ehemaligen Folterern und Mördern aus den Geheimdiensten der Prozeß gemacht wird. Sie argumentieren, daß in der Amnestie für politische Vergehen auch die Übergriffe der Staatsorgane einbegriffen gewesen seien. Für die Militärs steht bei dieser Angelegenheit auch mehr auf dem Spiel, als die Strafverfolgung von einigen unteren Chargen, deren Handlungen immer als bedauerliche Fehlleistung dargestellt wurden; viele von ihnen sind nämlich inzwischen aufgerückt und nehmen wichtige Posten ein. (FR 13.4.81)
Ein anderes Problem ist, daß mit der Kritik an den Methoden von Polizei und Geheimdiensten – deren mehr oder weniger offene Legitimierung von oben doch allgemein bekannt ist – auch eine Infragestellung des ganzen Systems des Militärregimes, sowie der politischen Inhalte, für die es einsteht, verbunden ist. Es kann nicht zugegeben werden, daß ein durch Verbrechen belastetes Militär jahrelang die führende Gruppe des Staates war – und dies noch länger zu sein beabsichtigt. Daher definieren sich die Streitkräfte selbst als „unantastbare Institution". (FR 13.4.81)
Das Vertrauen in die Macht der „Demokraten" in der Staatsführung wurde erschüttert, als Angehörige von Geheimdiensten bei einer Vorveranstaltung zum ersten Mai 1981 einen Bombenanschlag auf eine Menschenmenge versuchten. Die gesamte Opposition, einschließlich des Gewerkschaftsführers Lula aus São Paulo, bezeigte demonstrativ ihre Solidarität mit Figueiredo und seinen Bemühungen um die politische „Öffnung", gegen die sich der Anschlag offensichtlich richtete. Auch Figueiredo zeigte sich erschüttert. Dann aber zog die Armee die Ermittlungen des Falles an sich, die damit im Sande verliefen. Eine Woche später sprach der Präsident sein Vertrauen in die Loyalität der Streitkräfte aus. Die Opposition, die konkrete Maßnahmen erwartet hatte, wurde enttäuscht; sie konnte nichts anderes tun, als die Regierung

dafür verantwortlich zu machen, daß rechter Terror nicht bestraft wird. Nach Informationen der Tageszeitung „Jornal do Brasil" gibt es 16 paramilitärische Organisationen der Rechten, an denen auch höhere Offiziere beteiligt sind. (SZ 18.5.81)

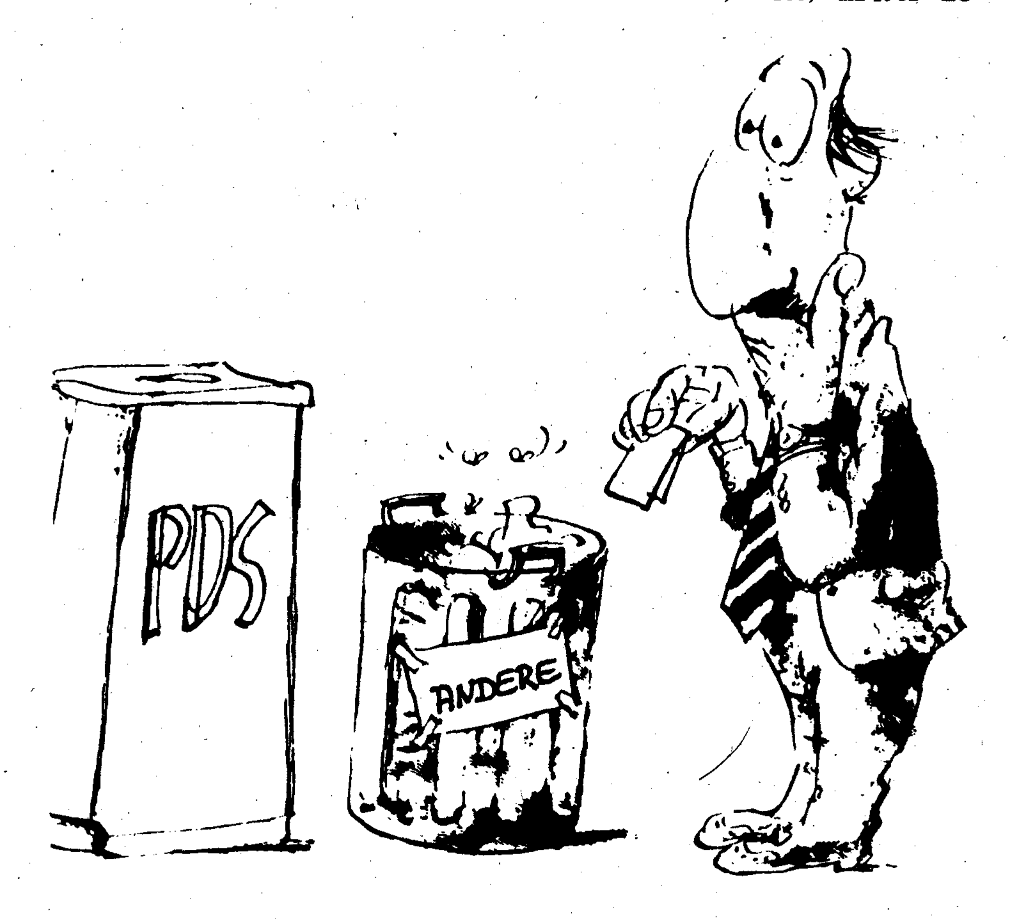
Auch die Reichsten der Reichen sind nach wie vor zu keinem Kompromiß bereit. So meinte ein Abgeordneter des (von Bankiers geführten) „Partido Popular" nach der Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, die zur Folge hat, daß die ganz Reichen nun 2,4 % statt 1,7 % Steuern zahlen: „Die marxistische Struktur ist vollendet." (FR 30.6. 80)

**Manipulationen des Wahlrechts – ein Ausweg?**

Die Situation bleibt für Brasiliens Regierung prekär. Sie ist weiterhin auf das Wohlwollen der rechten Militärs angewiesen, gegen die sie sich nicht durchsetzen kann. Die wirtschaftlichen Probleme bleiben ungelöst, daran hat auch der Wirtschaftswundermann der sechziger Jahre, Delfim Neto, der seit August 1979 das Planungsressort leitet, nichts ändern können. Sie hat keine überzeugende Perspektive zur Bewältigung der Land-, Arbeits- und Wohnprobleme. Damit ist ihr der Konflikt mit den sozial engagierten Teilen der Kirche auch für die Zukunft sicher. Den materiellen und politischen Forderungen der Gewerkschaften glaubt die Regierung bei der angespannten Wirtschafts- und Beschäftigungslage nicht nachkommen zu können.

Damit vermindern sich in weiten Teilen der Gesellschaft das Ansehen der Regierung beständig und daher auch ihre Bereitschaft, sich ehrlichen Wahlen zu stellen. Im November 1982 sollen die nächsten Wahlen für die Gemeinde-, Staats- und Bundesebene stattfinden. Sie hinauszuschieben würde die Absicht der Regierungspartei, die Macht keinesfalls abzugeben, allzusehr bloßstellen. Da es ihr nicht gelungen ist, die Wählermeinung für sich einzunehmen, beginnt die Regierung in der letzten Zeit auf die Methode zurückzugreifen, mit der sie sich schon 1978 die Parlamentsmehrheit sicherte: Sie experimentiert mit Veränderungen des Wahlrechtes.

Zunächst wurde an der Variante gearbeitet, daß jede Partei für jedes Amt bis zu 3 Kandidaten aufstellen dürfe, wobei demjenigen der 3, der die meisten Stimmen enthielte, auch die Stimmen für die übrigen beiden Kandidaten gutgeschrieben werden sollten. Eine zweite Variante sieht vor, daß ein Wähler für alle drei Ebenen (Gemeinde, Staat und Bund) nur noch für eine einzige Partei stimmen dürfe. Außerdem soll eine Partei in einem Staat nur dann zu den Gemeindewahlen zugelassen werden, wenn sie für diesen Staat auch auf der Staats- und Bundesebene Kandidaten aufstellt. Wahlabsprachen sind verboten. Eine Partei kann nicht zugunsten einer anderen auf Kandidaturen verzichten, auf die sie sich selbst keine Hoffnungen machen kann. (Veja 2.12.81)




Um solche Maßnahmen durchführen zu können, muß Figueiredo sogar in seiner eigenen Partei die Verletzung des Fraktionszwanges mit der Aberkennung des parlamentarischen Mandates bestrafen. (Badische Zeitung 4.12. 81)

Die Zielrichtung dieser Gesetzesänderungen ist klar: Sie sollen vor allem die kleineren Parteien treffen, insbesondere die PT der Gewerkschafter, die als einzige wirklich von der Basis ausgehende Gruppierung einen echten Unsicherheitsfaktor innerhalb des Systems der aus etablierten Berufspolitikern bestehenden Parteien darstellt.

An der Schwäche der Opposition ändert sich auch dadurch nicht viel, daß sich inzwischen zwei der Parteien, der PP und der PMDB, zu einer einzigen zusammengeschlossen haben. Entgegen dem Willen der Regierung erklärte der für Wahlfragen zuständige Gerichtshof die Fusion für rechtens. (Badische Zeitung 4.3.82)

Obwohl die immer noch vom Militär bestimmte Regierung gar nicht bereit ist, über den taktisch notwendigen Anschein der Demokratisierung hinauszugehen, bleibt auch sie noch von der Rechtenbedroht, der das Wenige schon zuviel ist. Die Hoffnung auf eine echte Fortführung der „Öffnung" wird daher immer geringer. Selbst wenn die Regierung dem Druck der ungelösten Probleme des Landes nachgeben würde und sich dazu entschließen müßte, eine weitergehende Demokratisierung zuzulassen, bliebe diese doch stets durch die Möglichkeit einer erneuten direkten Machtübernahme durch die rechten Militärs gefährdet.

H.H.

**Anmerkungen:**

1) Zur Charakterisierung der Parteien 1979, insbesondere der PT, siehe: Lateinamerika 4. Internationale Strategien und Praxis der Befreiung. Hrsg. von V. Bennholdt-Thomsen u.a., Berlin (Olle & Wolter) 1980, S. 234 ff.
2) Zur Lage Ende 1981 siehe auch: Lateinamerikanachrichten Nr. 99, Dez. 81, S. 8 - 13.

## Costa Rica

# Der neue Präsident will neutral bleiben

**Costa Rica ist bekannt für seine funktionierende parlamentarische Demokratie und dafür, daß es 1948 die Armee abgeschafft hat. In den letzten drei Jahren kam es jedoch in der „Schweiz Mittelamerikas" zu einer deutlichen Zuspitzung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Situation: Wirtschaftskrise, harte Bedingungen des Internationalen Währungsfonds für Kredite, Streiks, Zunahme der Repression und Ausbau der Zivilgarde zu einer regelrechten Bürgerkriegsarmee (vgl. „blätter des iz3w", Nr. 94, Juni 1981). Die Wahlen am 7. Februar brachten die erwartete Ablösung der christdemokratischen Regierung Rodrigo Carazos und den Sieg der sozialdemokratischen PLN, die das Land nach 1948 entscheidend geprägt und traditionell enge Bindungen an die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialistische Internationale hat. Die weitere Entwicklung in Costa Rica verdient u. E. aus zwei Gründen besondere Beachtung: Gibt es ein sozialdemokratisches Konzept in der Wirtschaftspolitik, das den neoliberalen Kochvorschriften des IWF etwas entgegenzusetzen hat, und, wie wird sich die PLN weiterhin zur Mittelamerikapolitik der SI verhalten, von der sie sich im vergangenen Jahr erstmals deutlich distanziert hatte? Als erste Einschätzung zu diesen Fragen veröffentlichen wir einen Artikel von Michael Rediske aus der taz vom 1. 2. 82.**

**—Red.**




*Aussenwirtschaftsindikatoren*
(in Mia. $)

| | 1979 | 1980 |
|---|---|---|
| Exporte fob | 0,94 | 1,01 |
| Importe fob | 1,26 | 1,38 |
| Handelsbilanzsaldo | −0,32 | −0,36 |
| Leistungsbilanzsaldo | −0,56 | −0,65 |
| Kapitalbilanzsaldo | +0,41 | +0,42 |

*Wachstum der Produktion (in%)*

| | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|
| Bruttoinlandprodukt (BIP) | 6,3 | 4,9 | 1,2 |
| Agrarproduktion | 6,6 | 0,5 | −0,9 |
| Industrieproduktion | 8,2 | 2,7 | 1,9 |

Costa Rica, die sogenannte „demokratische Insel in Lateinamerika" hat am Sonntag vergangener Woche seinen Präsidenten gewählt. Die deutschen Sozialdemokraten freuen sich über den (mit fast 60%) hohen Sieg ihres Genossen Luis Alberto Monge von der PLN, einer Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale. Mit intensiver Wahlkampfberatung und Geldern der Friedrich-Ebert-Stiftung haben schließlich auch sie ihr Scherflein dazu beigetragen, daß nach den Wahlen 1973 in Venezuela zum ersten mal wieder ein sozialdemokratischer Parteiführer in Lateinamerika Wahlen für sich entscheiden konnte.

Aber auch die Strategen im State Department sind vorerst zufrieden: Die Serie von Wahlen, die sie der zentralamerikanischen Region verschrieben haben, hat mit Costa Rica schon die zweite, wenn auch leichteste Hürde genommen. Vor gut zwei Monaten machte Honduras den Anfang, und im März wollen auch die blutigen Militärregimes von Guatemala und El Salvador ihren Persilschein — ein formal korrektes Wahlergebnis — in Washington vorlegen.

Die konzentrierte Wahlaktion indes soll vorspiegeln, was nicht ist. Denn nur, wenn Ronald Reagan im US-Kongreß klar machen kann, daß die politischen Systeme dieser aufgewühlten Länder unter Ausschluß der linken Kräfte „stabilisierbar" sind, wird er sich auf Dauer mit seinem rechtsradikalen Konzept durchsetzen können: immer mehr Intervention durch Militär- und Wirtschaftshilfe für die lokalen Oligarchien. Mit Summen, die nur noch mit dem europäischen Türkeifond vergleichbar sind.

Die Wirklichkeit sieht anders aus als Haig's Theaterstück von der „Demokratisierung Zentralamerikas" — ein Spiel, das bei den Wahlen in Honduras auch die europäische Presse bereitwillig mitgespielt hat.

Dort verbirgt sich nämlich hinter dem Sieg des „gemütlichen Landarztes (und Großgrundbesitzers) Roberto Suazo von der oppositionellen Liberalen Partei die schlichte Tatsache, daß die honduranischen Militärs hinter den Kulissen auch weiterhin das Heft in der Hand behalten werden.

Auch künftig werden es die Flügelkämpfe in der Armeeführung sein, die darüber entscheiden, ob Honduras zum gegebenen (d. h. von Reagan genehmigten) Zeitpunkt einen Krieg mit Nicaragua vom Zaun bricht.

Nun sieht es in Costa Rica anders aus. Die Furcht, in internationale Konflikte verwickelt zu werden, hat dazu geführt, daß schon die abtretende christdemokratische Regierung gegen die anti-sandinistische Guerilla vorgeht, die sich auf ihrem Gebiet, nach der Grenze zu Nicaragua, verschanzt hat. Die Angst vor einem Überschwappen des „linken und rechten Terrorismus" wie es Monge nennt, auf Costa Rica hat auch den Sozialdemokraten einen kräftigen Rechtsdrall verpaßt. Monge's ab Mai amtierende Regierung wird den Weg in den „Sicherheitsstaat" zielstrebig fortsetzen. Auch ohne (nach der Verfassung abgeschafftes) Heer hat Costa Rica heute schon mehr „Zivilgardisten" unter Waffen, als Nachbar Somoza noch ein Jahr vor seinem Sturz Soldaten besaß. Daß Monge, der „Terroristenjagd" seine besondere Aufmerksamkeit widmen will, hat er schon im vergangenen Sommer angekündigt, als es in San José einige Schießereien mit angeblichen Stadtguerillas gab. Auch bundesdeutsche Entwicklungshilfe war dafür in Costa Rica schon im allerdings streng vertraulichen Gespräch.

Im letzten Jahr sorgte die sozialdemokratische PLN für einen kräftigen Eklat in der Sozialistischen Internationale (SI), als sie sich öffentlich von einer SI-Erklärung distanzierte, die vorsichtig die salvadorianische FLMN-FDR unterstützte. Seit dem darauffolgenden Tauziehen hinter den Türen sind übrigens auch SPD und SI nicht mehr für die Befreiungsbewegung, sondern für Verhandlungen eingetreten.

Der neue Präsident Costa Ricas glaubt offenbar, zu El Salvador eine schlicht neutrale Haltung einnehmen zu können. Und während der aus dem Amt scheidende Rodrigo Carazo ein enger Freund von Marionettenpräsident Duarte ist und gerade mit ihm und der honduranischen Regierung die sogenannte „Demokratische Gemeinschaft Zentralamerikas" ins Leben gerufen hat, witterte Monge darin eher ein „Militärbündnis".

So unterstützte er auch für El Salvador — entgegen dem Wunsch der Nordamerikaner — das Konzept „erst Verhandlungen, dann Wahlen".

Die Frage ist allerdings wie lange noch. Denn auch dem US-Wunsch könnte schon bald harter Druck werden. Dann nämlich, wenn Monge anfängt, mit US-Banken und internationalem Währungsfonds (IWF) über die Umschuldung von 2,7 Milliarden Dollar und neue Überbrückungskredite zu verhandeln.

Um außenpolitische Gefügigkeit wird es dabei gehen, aber nicht nur das. Der IWF ist schon mehrfach mit Kommissionen angerückt, um die außenwirtschaftlich bankrotte Ökonomie der Costa-Ricaner mit seiner bekannten monetaristischen Roßkur



*Luis Alberto Monge*

zu „sanieren". Monge meint dazu, so gehe das nicht, aber dennoch müsse man sich mit dem IWF arrangieren. Wie, das ist wohl sein Geheimnis. Im Wahlkampf wollte er dazu nichts sagen, um keine Angriffsflächen zu bieten.

Doch die Finanzlage des Agrarlandes ist so katastrophal, daß die Regierung sogar schon die Zinszahlung ans Ausland einstellen mußte. Und da kann das von Monge angekündigte „Notprogramm" eigentlich nur die IWF-Politik durchsetzen: widerstrebend, Schritt für Schritt und mit populistischer Kosmetik verbrämt.

Wie biegsam zu dem sein Rückgrat gegenüber Oligarchie (die natürlich hinter der IWF-Politik steht) ist, hat sich schon vor den Wahlen gezeigt. Die mehr als 400%ige Abwertung des „Colón" brachte der Kaffee und Fleisch exportierenden Oligarchie auch entsprechend höhere Erlöse in einheimischer Währung. (Jeder Dollar war jetzt 40 statt 8,50 Colónes wert.) Das Parlament wollte daraufhin dieses ansehnliche Geschenk an die Exporteure mit lächerlichen 10 % besteuern, um die Kürzungen des Sozialbudges in Grenzen zu halten. Doch da stellt sich nicht nur die Vereinigte Rechte auf die Hinterbeine, sondern auch Kandidat Monge war dagegen. Man dürfe doch nicht den Anreiz für die Exportproduktion besteuern.

Alles deutet darauf hin, daß der 56-jährige charismalose neue Präsident die erste sozialdemokratische Regierung anführen wird, die einem Lateinamerikanischen




*Bis auf weiteres geschlossen.*

Land die Politik des Währungsfonds durchsetzen wird. In anderen Ländern haben nur internationale Konzerne und Oligarchien von ihr profitiert. Und in Costa Rica würde sie sicherlich mer bewirken als nur den raschen Verschleiß der Monge-Regierung. Kleinbauern und städtische Mittelklasse bilden die politische Basis seiner PLN-Partei. Werden sie durch das Austeritätsprogramm arg gebeutelt, dann steht auch die Existenz dieser (als einzige permanent funktionierenden) Partei und der von ihr 1948 gegründeten Wahldemokratie auf dem Spiel.

Michael Rediske



# OST-TIMOR

# Ans Messer geliefert

**Ost-Timor ist erneut von einer Hungerkatastrophe bedroht, denn aufgrund einer Offensive der indonesischen Streitkräfte gegen die Kämpfer der Befreiungsbewegung FRETILIN konnten die Felder im vergangenen Jahr weitgehend nicht bestellt werden. Inzwischen wurde durch die Veröffentlichung bisher geheimgehaltener Dokumente die Verstrickung westlicher Regierungen, u.a. auch der sozialistischen Regierung Portugals, in den Fall Ost-Timor offengelegt: Ost-Timor wurde dem indonesischen Militärregime buchstäblich ans Messer geliefert. Die Folgen, den blutigen Krieg, sucht auch die Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit herunterzuspielen.**

Einen dringenden Hilferuf richtete der Apostolische Administrator von Dili, Martinho da Costa Lopes, Ende 1981 an katholische Organisationen im Ausland (1). Denn Ost-Timor droht infolge des andauernden Krieges abermals eine katastrophale Hungersnot. Nach der Invasion indonesischer Truppen 1976 waren auf Ost-Timor aufgrund der Kriegshandlungen und den daraus resultierenden Hungersnöten und Epidemien mindestens 100.000 bis 200.000 Menschen ums Leben gekommen. (2) Um den Widerstand der Bevölkerung Ost-Timors gegen die Invasion und Annektierung der ehemals portugiesischen Kolonie zu brechen, hatten die indonesischen Militärs damals einen totalen Krieg gegen die gesamte Bevölkerung entfesselt: die Pazifikinsel wurde durch eine Seeblockade so gut wie völlig von der Außenwelt abgeschnitten, dann „trieben Soldaten des General-Präsidenten Suharto die Timoresen in KZ-ähnliche Lagerdörfer zusammen, verwüsteten die Felder und blockierten Nahrungsmittellieferungen, so daß auf Timor eine Hungersnot 'ebenso grauenhaft wie in Biafra' ausbrach, so das Internationale Rote Kreuz." (3)

Ende 1979, als internationale Organisationen den Völkermord (4) anprangerten, mußte die indonesische Regierung eine internationale Hilfsaktion zulassen. Doch im April 1981 mußten die internationalen Organisationen ihre Nahrungsmittel- und Medikamentenprogramme wieder einstellen. „Offensichtlich, weil die Behörden nicht länger unerwünschte Beobachter dulten wollten" (5). Denn Ende März 1981 wurden 10.000 Mann zu einer „militärischen Übung" nach Ost-Timor, in die Region von Baucau-Laga und Lospalos eingeflogen. (6) Gerade in diesem Gebiet leisteten jedoch Kämpfer der Befreiungsbewegung FRETILIN nach wie vor Widerstand (7). Übungsziel war es denn auch, „das von feindlichen Truppen besetzte Baucau zurückzuerobern" (8).

Bei dem Manöver, über das die indonesische Presse breit in Fotoreportagen berichtete, wurden modernste Kampftechniken und Waffen, unter anderem auch französische

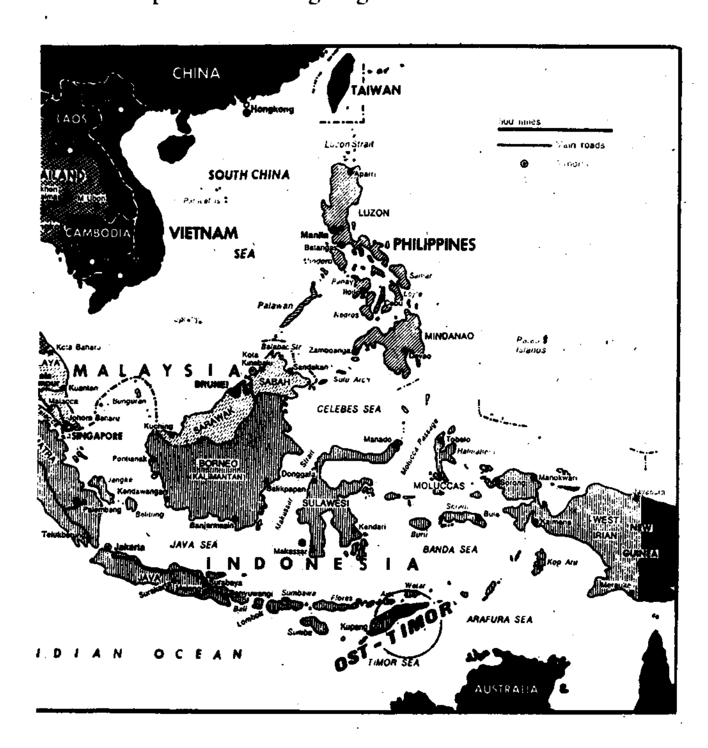
AMX-Panzer, eingesetzt. (9) Nach einer zuverlässigen Quelle aus der indonesischen Hauptstadt Djakarta beobachteten Mitglieder der australischen Regierung und von ASEAN-Staaten das indonesische Militärmanöver auf Ost-Timor. (10)

### Aus den international beobachteten Manövern entwickelt sich eine blutige Offensive

Etwa 6.000 Mann der Manövertruppen blieben auf Ost-Timor und verstärkten die 12.000 Mann starke Besatzungstruppe (11). Kurz nach Abzug der internationalen Hilfsorganisationen begann eine umfassende Militär-Operation um die noch verbliebenen Reste der Guerilla zu vernichten. (12)

„Um die Partisanen aus ihren Verstecken im Westen und Osten der Insel zu vertreiben und sie in der Zentralregion von Manatuto zu stellen und zu vernichten, wurden alle gesunden einheimischen Männer zwischen 15 und 50 Jahren von den Militärs dienstverpflichtet..." (13)

Nach kirchlichen Quellen sollen etwa 50.000 Zivilisten zu dieser Operation herangezogen worden sein. Die unbewaffneten Zivilisten wurden in Zwölfergruppen von den indonesischen Soldaten durch das Gelände getrieben und sollten wie die Spürhunde die Partisanen in ihren Verstecken aufstöbern; bei einer Gegenwehr der Partisanen dienten die Zivilisten den indonesischen Soldaten als „lebendiger Kugelfang" und Geiseln (14). Viele FRETILIN-Guerilleros wurden bei der Aktion schon getötet oder gefangen genommen. „Wenn sie Glück haben, werden sie in ein Lager gebracht. Von früheren Aktionen der Armee ist bekannt, daß ausgehandelte Amnestieversprechen ... nicht eingehalten wurden" (15)




Nach dem Bericht aus kirchlichen Quellen heißt es weiter, daß viele der dienstverpflichteten Zivilisten an Unterernährung leiden und sterben. Da sie von den indonesischen Truppen nicht verpflegt wurden, sahen sie sich während der Operation in den Bergen gezwungen, die Dörfer zu plündern. Darüber hinaus konnten in der Zeit, während die „Befreiungsaktion" stattfand, die Felder nicht bestellt werden. (16) Da im November die Regenzeit eingesetzt hat, ist nun eine weitere Verschärfung der Hungersnot wahrscheinlich. (17) Auf diese äußerste Notlage der Bevölkerung Ost-Timors bezieht sich auch der eingangs erwähnte Hilfsappell des katholischen Kirchenoberhaupts von Ost-Timor, da Costa Lopes.

### Terrorherrschaft der Militärs

In seinem Hilferuf lenkt da Costa Lopes die Aufmerksamkeit auch auf die zahlreichen Übergriffe der Militärs, die den Tod „unschuldiger Kinder, schwangerer Frauen und schutzloser, unschuldiger Menschen" zur Folge gehabt haben. Allein bei einem Zwischenfall, bei der viertägigen Belagerung eines Tempels, so schreibt der Apostolische Administrator weiter, seien fünfhundert Personen umgekommen. (18) Der australische Priester Pat Walsh, der sich für eine australische Hilfsorganisation in Ost-Timor aufgehalten hatte, hatte als Beispiel für die Übergriffe berichtet, daß die Köpfe von fünf hingerichteten Timoresen auf dem Marktplatz von Laga zur Schau gestellt wurden. (19) Durch derartige Terrorakte soll die Bevölkerung eingeschüchtert werden. (2)) Auch von anderer Seite wurden die indonesischen Militärs wegen menschenverachtender Übergriffe angeklagt.(21) Die rund zwei Dutzend Abgeordneten des Landesparlaments von Ost-Timor, allesamt in Djakarta sorgfältig ausgesucht und auf die Treue zu Indonesien geprüft,„.. legen Anschuldigungen vor, deren Lektüre die Vorstellungskraft eines europäischen Beobachters zuweilen auf die Probe stellt. (22) Unter dem Vorwand, daß es ihnen um den „guten Ruf" der Streitkräfte ginge, den es wieder herzustellen gelte, berichten die Abgeordneten im Detail über Morde an Zivilisten durch Armeeangehörige, überwiegend nach Folterungen, in einem Fall „nach dem Aufschlitzen der Sexualorgane". Im Gefängnis von Dili hätten „die Soldaten mehrere Frauen mit elektrischem Strom gefoltert, ihnen mit brennenden Zigaretten Wunden beigefügt und sie zum Geschlechtsverkehr gezwungen". Ferner beklagen sich die Abgeordneten darüber, daß sich hohe Offiziere auf Ost-Timor in einem ganz außerordentlichen Maß wirtschaftlich zu bereichern suchten.

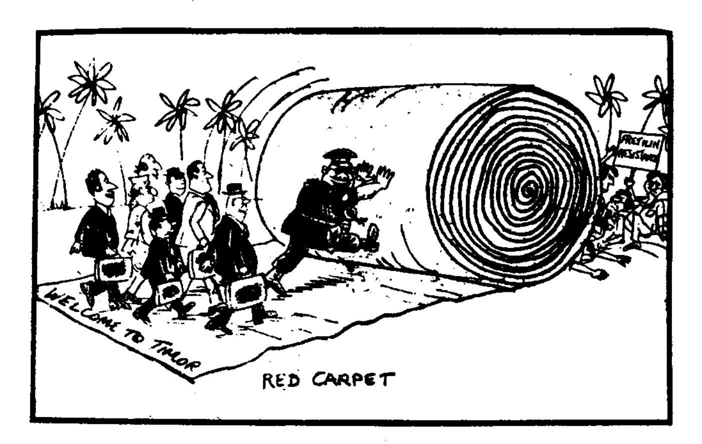
Von den „beträchtlichen Zuschüssen" der Zentralregierung hätten die Einwohner Ost-Timors kaum je etwas bekommen. Besonders schwierig scheint die Situation von Bauern und kleinen Plantagebesitzern, die ihre Erzeugnisse Kaffee, Sandelholz, Kopra, Bauholz nur an eine einzige Monopolgesellschaft verkaufen können. Diese Firma wird von den Streitkräften kontrolliert und hält nach Meinung der Betroffenen die Preise künstlich niedrig. Korruption und Verschwendung von Regierungsgeldern seien auch anderswo zu beobachten, nicht zuletzt auch bei der Verteilung der vom Ausland gespendeten Arzneimittel.

Laut NZZ bestand die einzige Reaktion der indonesischen Regierung auf diese Anschuldigung darin, daß die beiden Unterzeichner der Petition vorübergehend festgenommen wurden. Gleichzeitig bemühen sich die Botschaften Indonesiens im Ausland, alle Berichte von einer möglichen Hungersnot auf Ost-Timor zu widerlegen. (23)

### Die australische Regierung: Öffentlich gegen, heimlich für die indonesische Invasion

Die Regierungen des westlichen Auslands sind inzwischen des heimlichen Paktierens mit dem expansionistischen Imperialismus Indonesiens überführt. Das beweisen geheime Akten, die zwei australische Journalisten unter dem sachlichen Titel „Dokumente der australischen Außen- und Verteidigungspolitik von 1968 – 1975" Ende 1980 veröffentlichten. Der australischen Regierung, die Indonesien vor der UNO wegen der Invasion verurteilten, waren die Enthüllungen so peinlich, daß sie deren Veröffentlichung

per Gerichtsbeschluß verbieten lassen wollte, was ihr allerdings nicht gelang, zumal erste Exemplare des Buches schon verkauft waren.(24) Nach einem Bericht der Zeitschrift „Der Spiegel" (25) billigte die liberal-konservative australische Regierung die indonesische Invasion, um damit ein „pazifisches Kuba" vor seiner Haustür zu verhindern. „Lassen Sie die Ereignisse ihren Lauf nehmen" telegraphierte der australische Botschafter Woolcott denn auch in die australische Hauptstadt Canberra.
Die Begründung des „Spiegel", Australien habe Angst vor dem neu entstehenden Zwergstaat Ost-Timor haben können, ist verkürzt. In einem späteren Telegramm verwies Woolcott




*Indonesische Militärs rollen für die Investoren einen roten Teppich aus*

auf handfeste wirtschaftliche Interessen Australiens. In dem Telegramm vom 17. August 1975 heißt es: „Wir (gemeint sind vermutlich einige Botschafter der westlichen Länder in Djakarta, namentlich der US-Botschafter Newson) sind uns alle der australischen Sicherheitsinteressen in der Ost-Timor-Frage voll bewußt, aber ich frage mich, ob das Außenministerium auch die Interessen des Ministers für Bergbau und Energie berücksichtigt hat. Mir scheint, daß dieses Ministerium ein Interesse daran haben könnte, die bestehende Lücke bei den Abmachungen über den Grenzverlauf auf dem Meer zu schließen und diese Frage könnte wesentlich effektiver mit Indonesien, als mit einem Unabhängigen Ost-Timor, oder mit Portugal verhandelt werden". Das Ministerium für Energie wurde von Woolcott angesprochen, da in dem Gebiet mit dem noch nicht festgelegten Grenzverlauf Ölvorkommen vermutet werden. (26) Über den US-Botschafter Newson heißt es in dem gleichen Telegramm: „Ich werde Newson morgen sehen, aber seine gegenwärtige Meinung ist, daß sich die Vereinigten Staaten aus der Ost-Timor-Angelegenheit raushalten und den Dingen ihren Lauf lassen sollten. Sein etwas zynischer Kommentar mir gegenüber lautete, daß für den Fall, daß Indonesien intervenieren würde, die USA hofften, daß sie es gründlich, schnell und ohne den Einsatz unserer Waffen tun". (27)

### Nach der Niederlage im Vietnamkrieg rüsten die USA das indonesische Militärregime auf

Zu diesem Zeitpunkt schienen die Würfel gegen Ost-Timor bereits gefallen zu sein, „die Dinge nahmen ihren Lauf" (28). Im Juli 1975 hatte der indonesische Präsident Suharto anläßlich eines Kurzbesuchs in Washington Zusagen für weitere militärische Hilfe erhalten.(Von 1967 bis 1974 hatten die USA ihrem „Stadthalter und Gendarmen" in dieser Weltregion für ca. 1,5 Mia US $ Wirtschafts- und knapp 100 Mio US $ Militärhilfe gewährt). Kurz darauf erklärte Suharto zum ersten Male öffentlich, daß er gegen ein unabhängiges Ost-Timor sei. Im Oktober 1975 besuchte eine indonesische Delegation die USA. Führer dieser Delegation war General-Major Ali Murtopo, der später bei der Planung der Invasion eine wichtige Rolle spielen sollte. Am 6. Dezember, also einen Tag vor Beginn der Invasion waren US-Präsident Ford und US-Außenminister Kissinger noch in Djakarta. Nach einer Meldung der Los Angeles Times bestätigte Kissinger während dieses Besuchs, daß die USA Ost-Timor nicht als unabhängigen Staat anerkennen wollten „und die indonesische Haltung in dieser Frage verstünden". Doch die USA verfolgten mit diesem Freibrief für die indonesischen Militärmachthaber auch eigene

**Indonesien**

## Deutsche Exporteure addieren stolze Zahlen

HANDELSBLATT, Montag, 5.1.1982

**ror JAKARTA. Die bundesdeutschen Exporte nach Indonesien sind im ersten Halbjahr 1981 gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres um 141 % auf 1,067 Mrd.DM gestiegen. Dieses Ergebnis liegt nur um 26 Mill.DM niedriger als die Exporte im gesamten Kalenderjahr 1980.**

Interessen: Aufgrund seiner geographischen Lage hat Ost-Timor eine wichtige strategische Rolle, denn der kürzeste Seeweg zwischen den US-Stützpunkten Guam und Diego Garcia verläuft durch die Sunda-Straße, die von Ost-Timor aus kontrolliert werden kann. Ein unabhängiger Staat hätte die strategischen Interessen der USA beeinträchtigen können. Die US-Regierung lieferte Indonesien nach Aussagen des US-Admirals La Roque Waffen speziell für den Guerillakrieg. Allein im Zeitraum 1976 bis 1979 stieg die von den USA gewährte Militärhilfe auf 250 Mio. US $ an. In den Vereinten Nationen deckten die USA Indonesien, als dessen Regierung wegen der Aggression verurteilt werden sollte.
Auch der britische Botschafter riet seiner Regierung zu Stillhalten im Falle einer indonesischen Aggression; am 21. Juli 1975 telegraphierte er u.a. nach London: „Es liegt im ureigensten britischen Interesse, daß Indonesien Ost-Timor so schnell und unauffällig wie möglich vereinnahmt. Und wenn es Krach gibt und die UNO Lärm schlägt, dann sollten wir unsere Köpfe brav gesenkt halten und nicht gegen Indonesien stimmen" (29). Als Begründung für diesen Ratschlag äußerte der britische Botschafter die Befürchtung, die Sowjetunion oder China könnten von der unstabilen Situation auf Ost-Timor profitieren.

### Die sozialistische Regierung Portugals paktierte heimlich mit dem indonesischen Militärregime

Im Oktober 1981 wurde nun auch die Rolle, die die damalige sozialistische Regierung in Portugal gegenüber ihrer Kolonie Ost-Timor spielte, enthüllt (30). Im Anschluß an einen Bericht im portugiesischen Fernsehen veröffentlichte die Regierung zwei bis dahin geheimgehaltene Berichte aus dem Jahre 1976 über die Rolle der portugiesischen Regierung im Vorfeld der indonesischen Invasion. Der Fernsehsendung zufolge ermutigten die Mitglieder der damaligen Regierung, namentlich die Sozialistenführer Mario Soares, Jorge Campinos und Almeida Santos sowie der frühere Präsident General Costa Gomes und der damalige Premierminister General Vasco Goncales,

die expansionistischen Bestrebungen der indonesischen Regierung. Den Berichten zufolge sollen sich die Außenminister Portugals und Indonesiens, Mario Soares und Adam Malik, seinerzeit getroffen haben. Am Ende dieses Treffens habe der indonesische Geheimdienstchef General Murtopo „eine große Offenheit" der Portugiesen bezüglich einer möglichen indonesischen Invasion konstatiert. Auf Versuche der beiden auf Unabhängigkeit verpflichteten Parteien Ost-Timors, FRETILIN und UDT, im Januar 1975 mit der portugiesischen Regierung Gespräche aufzunehmen, wurde nicht reagiert. Statt dessen riet die portugiesische Regierung der indonesischen Führung, insgeheim die APODETI zu unterstützen, eine Partei, die sich für einen Anschluß Ost-Timors an Indonesien einsetzte.
Auch der damalige Kommandant der portugiesischen Kolonialtruppe auf Ost-Timor, Oberst Lemos Pires, hatte aus Lissabon den Eindruck mitgebracht, daß von Seiten der Verantwortlichen in Portugal „Ost-Timor als abgeschlossener Fall" behandelt wurde. Er hielt sich und seine Truppen (ca. 1.500 Mann) aus den Auseinandersetzungen um die Machtübernahme zwischen UDT und FRETILIN im August 1975 heraus; am 19. August zog er alle portugiesischstämmigen Angehörigen der Truppe auf die Ost-Timor vorgelagerte Insel Atauro zurück und beendete damit faktisch den seit etwa 1515 bestehenden Anspruch Portugals auf Ost-Timor. Am 6.12.1975 wurden die Reste der Kolonialtruppen von zwei Kriegsschiffen an Bord genommen. Im Morgengrauen des 7. Dezember begann die blutige Invasion Ost-Timors durch die Indonesier.
Von Seiten der sozialistischen Partei, die sich bis dahin in der Öffentlichkeit immer für das Selbstbestimmungsrecht Ost-Timors stark gemacht hatte, wurden die Berichte nicht bestritten. Almeida Santos meinte lediglich, es handele sich bei diesen Berichten um ein Manöver der Konservativen, die die Aufmerksamkeit der Portugiesen von den wahren Problemen des Landes ablenken wollten.

**Ein Beamter des Auswärtigen Amtes feilscht um die Anzahl der Opfer – die Bundesregierung verhält sich in der UNO opportunistisch**

Auch die Bundesregierung hat gemäß dem Ratschlag des britischen Botschafters angesichts des Unrechts in Ost-Timor „den Kopf gesenkt gehalten", um den Interessen der Bündnispartner sowie den guten Geschäften mit Indonesien keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Haltung des Auswärtigen Amtes beleuchtet eindrucksvoll ein Briefwechsel (31) zwischen der „Gesellschaft für bedrohte Völker"



**Timoresische Guerillas**

(GfbV) und dem Auswärtigen Amt. In einem der Briefe hatte die GfbV darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung bezüglich Ost-Timors ihre Hände nicht in Unschuld waschen könne. Denn noch während die See- und Hungerblockade Ost-Timors durch die indonesischen Streitkräfte andauerte, beschloß das Bundeskabinett 1977, zwei U-Boote nach Indonesien zu liefern. Dies wurde als eindeutiger Verstoß gegen das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen gebrandmarkt, das es der Bundesregierung verbietet, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.
Außerdem hatte die GfbV die Bundesregierung auf die katastrophale Lage in Ost-Timor hingewiesen. In der Antwort des Auswärtigen Amtes, gezeichnet von einem Herrn Bartels („... darf ich wie folgt antworten"; „mit freundlichen Grüßen") wird die Zahl der Opfer „übrigens auf insgesamt 60.000" heruntergehandelt, was nach Ansicht dieses Diplomaten den Sachverhalt offenbar bagatellisiert: „Sie werden verstehen, daß ich bei dieser Sachlage keine Veranlassung sehen kann, mich mit Ihren Schluß-

---

**Ende 1982/Anfang 1983 wird in den Niederlanden ein Tribunal zur Situation der Minderheitennationalitäten unter indonesischer Herrschaft durchgeführt.** Die Vorbereitungen für dieses Tribunal begannen 1978, also etwa gleichzeitig wie die zum Russell-Tribunal für die Indianer Nord-, Süd- und Mittelamerikas, das im November 1980 in Rotterdam veranstaltet wurde. Da dieses Thema der engagierten, kritischen Gegenöffentlichkeit viel schwerer zu vermitteln ist, als das der Indianer und somit auch das geplante Tribunal viel schwerer zu finanzieren ist, nahm die Vorbereitungsphase viel mehr Zeit in Anspruch. Inzwischen ist jedoch ein konkreter Plan zur Realisierung des Tribunals entworfen. Es wird aus vier Phasen bestehen, die von den vier inhaltlichen Schwerpunktthemen bestimmt werden:

1. Die Transmigrationspolitik der indonesischen Regierung, die Arbeiter von Java, Madura und Bali in die Außenprovinzen, besonders West Papua-Neu Guinea umsiedelt.
2. Verhaftungen und Folterungen, besonders in West Papua und Osttimor.
3. Die Unterwerfungskriege der indonesischen Zentralregierung gegen West Papua und Osttimor.
4. Die westliche Unterstützung für Suhartos Militärregime.

Zur Durchführung ist ein 'Stichting West Melanesien Tribunal' gegründet worden, dem Exilorganisationen der Südmolukker, West Papuas und Osttimoresen, sowie Pax Christi Niederlande und die Gesellschaft für bedrohte Völker angehören. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat die Öffentlichkeitsarbeit und Finanzbeschaffung für den deutschsprachigen Raum übernommen.

Zur langfristigen inhaltlichen Vorbereitung des Tribunals wird die Gesellschaft für bedrohte Völker monatlich in der TAZ einen Beitrag zur Minderheitenpolitik Indonesiens und zur Rolle verschiedener westlicher Staaten bei der Unterstützung dieser Repressionen sowie zum Neokolonialismus Frankreichs und der USA in den von ihnen abhängigen Kolonien und Treuhandgebieten, die z.T. zu Atomversuchsgebieten degradiert sind (Vanuatu, Neu Kaledonien, Mururoa-Atoll), veröffentlichen.

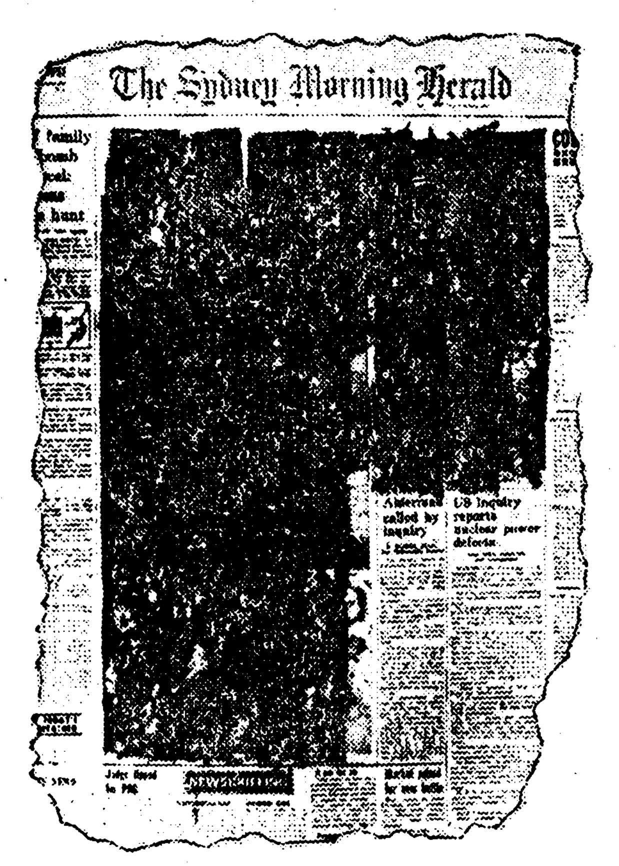
AK 21/12/81

folgerungen auseinanderzusetzen". Bartels bezieht sich in seinem Brief explizit auf einen Bericht in der FAZ vom 23.2.1980, in dem im Gegensatz zur gesamten Weltpresse (vgl. dazu u.a. die Quellenangaben in „blätter des iz3w" Nr. 82) die Lage auf Ost-Timor schief dargestellt wurde. (32)

Des weiteren weist Bartels auf klimatische und topographische Gegebenheiten hin, die für die schlechte Versorgungslage in der Region verantwortlich seien. Weiter formuliert der deutsche Staatsdiener: „in Ost-Timor war Ernteausfall nicht durch Missernten verursacht, sondern durch eine *politisch motivierte Nichtbestellung der Felder"* (33). Angesichts des Vernichtungsfeldzuges der Indonesier, der Niederbrennung von Feldern, Massakern, Inhaftierungen, der Folter, der Einrichtung von Konzentrationslagern für große Teile der Bevölkerung ist diese Aussage als eine üble Verdrehung anzusehen; ganz abgesehen davon, daß der Sachverhalt nicht richtig wiedergegeben wird, weist diese Formulierung die Schuld an der katastrophalen Lage nicht den Aggressoren sondern den Befreiungskämpfern zu. „Vergleichbar sind Bartels Ausführungen etwa mit der Behauptung, die Juden der Warschauer Ghettos wären „politisch motiviert" von der Arbeit ferngeblieben und hätten deshalb hungern müssen". (34)

Auch in den Vereinten Nationen handelt die Bundesregierung in Bezug auf Ost-Timor verlogen. Während sie sich in anderen Fällen, z.B. Afghanistan, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzt, verhält sie sich seit 1975 bei allen Abstimmungen zugunsten des Selbstbestimmungsrechts von Ost-Timor opportunistisch: um die florierenden Wirtschaftsbeziehungen zu Indonesien nicht zu gefährden und aus Angst vor einem Konflikt mit den Bündnispartnern, insbesondere den USA, wagt sie es nicht, die indonesische Regierung vor den Vereinten Nationen für die völkerrechtswidrige Aggression zu verurteilen; sie enthält sich der Stimme.

(bef)




*Von der indonesischen Zensur geschwärzte Titelseite einer australischen Zeitung mit Ost-Timor-Berichterstattung (Nov. 1979)*

**Anmerkungen:**

1) vgl. East-Timor News No 71-73 (Nov. 81) auch NZZ 16/1/82
2) vgl. „blätter des iz3w" 82, 85, 90, Nach der FAZ 17/11/81 reichen die Schätzungen von 50.000 bis 300000 Toten
3) Der Spiegel 23/2/81
4) vgl. ebda
5) FAZ 17/11/81; vgl. auch „blätter des iz3w" Nr. 97
6) East Timor News 69/70 vom 14/5/81 S. 1
7) Tribune 8/4/81
8) ETN 69/70 S. 1
9) ebda; über die Haltung der sozialistischen Regierung in Frankreich bezüglich des Ost-Timor-Problems liegen der Redaktion zur Zeit immer noch keine Nachrichten vor (vgl. dazu auch „blätter des iz3w" Nr. 97).
10) Tribune 8/4/81; An dem Manöver nahmen insgesamt 34.000 indonesische Soldaten teil, Operationsgebiet waren neben Ost-Timor auch West Irian und die Süd-Molukken-Inseln, beides Gebiete, die v on den Indonesiern in den letzten 20 Jahren gewaltsam annektiert wurden. Das benachbarte Papua-Neuguinea gilt als nächstes Opfer des imperialistischen Expansionsdrangs Indonesiens (vgl. „blätter des iz3w" Nr. 82).
11) ETN 69/70 S. 1
12) vgl. FAZ 17/11/81
13) NZZ 18/1/82
14) vgl. ETN 71-73 S. 1; NZZ 18/1/82; FAZ 17/11/81
15) FAZ 17/11/81
16) Aus einem indonesischen Zeitungsbericht geht hervor, daß die Militäraktion auch im September 1981 noch andauert (vgl. ETN 71-73 S. 1).
17) FAZ 17/11/81
18) NZZ 18/1/82
19) vgl. ETN 69/70
20) In dem ansonsten im Gegensatz zu einem früheren Artikel (s.u.) nichts beschönigenden Bericht der FAZ vom 17/11/81 wird das Mitleid eher auf die Aggressoren gelenkt; dort heißt es unter der Überschrift „Djakarta beunruhigt": „Die Militärs haben andere Sorgen. Da sind zunächst einmal die psychologischen Probleme der jungen Soldaten aus Java oder Sumatra, die ihren Einsatz in der einige tausend Kilometer von ihrem Zuhause entfernten Provinz als eine Art Strafversetzung betrachten. Das macht sie anfällig für Willkürakte gegenüber der Bevölkerung".
21) vgl. hierzu und im folgenden NZZ 18/1/82; ausführlicher ETN 71-73 S. 5 ff.
22) Hier heuchelt der NZZ-Korrespondent eine Naivität, die es ihm und seinen europäischen Lesern erlaubt, sich von den Geschehnissen zu distanzieren und sich überlegen zu fühlen.
23) vgl. NZZ ebda
24) vgl. ETN 69/70 S. 4 f
25) vgl. Der Spiegel 23/2/81
26) vgl. ETN 69/70, in denen die wichtigsten Telegramme dokumentiert sind.
27) ebda
28) vgl. zum folgenden ETN 71-73 S. 10 f
29) vgl. Der Spiegel 23/2/81 und ETN 69/70
30) vgl. dazu und im folgenden Le Monde 19/10/81
31) vgl. Presseerklärung der GfbV vom 24.11.81
32) vgl. „blätter des iz3w" Nr. 90, S. 4, Fußnote 1
33) Hervorhebung von mir
34) vgl. Antwort der GfbV in: 4. Welt aktuell, Nr. 17, 1980. Das Auswärtige Amt hat auf diese Antwort bisher nicht reagiert.

# KAMPUCHEA

## Das Scheitern der Roten Khmer

**In dem folgenden Interview legt Stephen Heder (1) dar, wie es zum Scheitern des Demokratischen Kampuchea und zum Einmarsch der Vietnamesen kam.**
**Nach der Vertreibung des von den USA gestützten Lon Nol-Regimes standen die Roten Khmer vor vielfältigen Problemen. Infolge des Flüchtlingsstroms aus den von den Amerikanern bombardierten Gebieten war Phnom Penh riesenhaft gewachsen. Die Lebensmittelversorgung war fast zusammengebrochen. In der Stadt saßen die meisten politischen Gegner der Roten Khmer, vor allem die Günstlinge des alten Regimes. Zudem fühlten sich die Roten Khmer damals schon von Vietnam bedroht. Um dieser Probleme Herr zu werden und um darüber hinaus den Gegensatz zwischen Stadt und Land aufzuheben, siedelten sie die Bevölkerung Phnom Penhs in ländliche Kooperativen um.**
**Heder führt den Mißerfolg dieser Maßnahme auf die in Organisations- und Verwaltungsbereich fehlende Erfahrung und auf die Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Kooperativen sowie auf den chaotischen Verlauf und die brutale Durchführung der Evakuierung zurück.**
**Eine andere Schwierigkeit sahen die Roten Khmer schon während des Befreiungskampfs gegen das Lon Nol-Regime in den aus Vietnam zurückkehrenden Kadern, mit denen es zu Auseinandersetzungen über den politischen Kurs kam. Diese Kader waren in das Exil gegangen, als die Verfolgungspolitik des damals regierenden Sihanouk den Kommunisten Kampucheas jede legale und jede Untergrundarbeit unmöglich gemacht hatte.**
**Inzwischen hatte sich Kampucheas Linke neu formiert: es entstanden die Roten Khmer. Sie mißtrauten den Zurückgekehrten und sahen in ihnen nur Agenten des von den Roten Khmer abgelehnten Vorherrschaftsanspruchs der Vietnamesen. (1) Diese Kader wurden liquidiert. Mord, einmal eingeführt als „Mittel der politischen Auseinandersetzung", wurde zum „Allheilmittel" gegen alles und jeden. Wer die von der politischen Führung ausgegebene Generallinie „verraten" hatte, wurde hingerichtet. Und jeder, der sie kritisierte oder ihre unerfüllbaren Pläne nicht erfüllte, war ein „Verräter". Mögen auch die Gründe für die Ermordung der ehemaligen Vietnam-Exilanten manch einem eher einsehbar sein als die Gründe für die Ermordung der anderen – zu rechtfertigen sind die Morde in keinem Fall.**
**In früheren Artikeln zu diesen Ereignissen haben wir über die Pressekampagne gegen Kampuchea berichtet (2). Die ganze bürgerliche Presse meldete in großer Aufmachung bestialische Massaker. Dabei gab es Fälschungen. Es stellte sich heraus, daß diese Meldungen im Zuge der psychologischen Kriegsführung von Pentagon und CIA erfunden worden waren. Als sich Berichte häuften, versäumten wir es, sie weiterhin auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Uns und der ganzen westlichen Solidaritätsbewegung war die Befreiung Kampucheas zu sehr die Erfüllung unserer Ideen und Hoffnungen, als daß wir an Massaker und Hungerkatastrophen in Kampuchea hätten glauben wollen. Es wird zur Vermeidung solcher Fehler nötig sein, diese Erfahrung gründlich zu diskutieren.**
**Der Zusammenbruch des Demokratischen Kampuchea ist, wie Heder ausführt, hauptsächlich auf innere Schwierigkeiten zurückzuführen. Sehr viel weniger hat Druck von außen dazu beigetragen. Erst das Scheitern der Roten Khmer machte die Aggression Vietnams möglich.**
**Stephen Heder schließt das Interview mit der Einschätzung, daß das, was den Roten Khmer nicht gelang, auch den Vietnamesen nicht gelingen wird: einen Staat zu errichten, der den Bedürfnissen des kampucheanischen Volkes gerecht wird. Auf der anderen Seite würden es auch die Roten Khmer nicht schaffen, die Unterstützung der Bevölkerung zu erlangen und den Vietnamesen wirklichen Widerstand zu leisten – auch nicht mit Hilfe Sihanouks und der Khmer Sereil.**
**Das Interview wurde vor mehr als einem Jahr geführt. Inzwischen soll es Anzeichen dafür geben, daß die Roten Khmer wieder stärker geworden sind. (3) Doch sollte man solchen Informationen kritisch gegenüberstehen.**

**Red.**

Anm.:
(1) In den blättern des iz3w Nr. 78, S. 39 ff. haben wir einen Artikel von Stephen Heder zu den geschichtlichen Hintergründen des Vietnam-Kampuchea-Konflikts veröffentlicht.
(2) blätter des iz3w Nr. 56, S. 20 ff und S. 25 ff.
(3) „Der Spiegel" vom 9.11.1981

---

**Das folgende Interview mit Stephen Heder erschien ursprünglich Ende 1980 in der Tokioer Zeitschrift AMPO: Japan-Asia Quarterly Review, Vol. 12, No. 3. Heder ist Amerikaner. Er spricht die Khmer-Sprache fließend und hielt sich 3 Jahre in Pnompenh auf, um über den Krieg zu berichten. Seit dem Einmarsch vietnamesischer Streitkräfte nach Kampuchea lebte Heder in der Nähe der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea, wo er mehr als 600 Flüchtlinge interviewte, frühere Mitglieder der kampucheanischen kommunistischen Partei, und Kader der Pol Pot-Regierung.**

*F.: In vielen Lagern, einschließlich in dem der früheren Unterstützer der Pol Pot-Regierung, wird jetzt die Frage gestellt, was in Kampuchea eigentlich falsch lief. Zunächst stellt sich die Frage, ob die Massenevakuierungen von Pnompenh und anderen Städten notwendig waren, die 1975 unmittelbar auf die Befreiung folgten?*

A.: Ich glaube, zunächst einmal muß man feststellen, daß nach den vorhandenen Informationen die Entscheidung, Pnompenh zu evakuieren, anscheinend nicht 1975 gefällt wurde. Die vorangegangenen Ereignisse zeigen, daß dies Teil eines schon lange gefaßten Plans war. Ich vermute, daß die Planung der Evakuierung bis 1971 zurückreicht, sicherlich aber bis mindestens 1973.
Die Grundidee war dabei, die bürgerlichen Elemente in Pnompenh zu kontrollieren, indem man sie direkt unter

die Kontrolle einer genossenschaftlichen Struktur stellte, die vom Mai 1973 an auf dem Lande aufgebaut wurde, getragen von denen, die nach der herrschenden Einschätzung zur Klasse der armen und mittleren Bauern gehörten. Es läßt sich feststellen, daß das ganze Verfahren seinen Ausgang von diesem Punkt nahm. In jedem Gebiet, das befreit oder erobert worden war, führte man konsequent ein Programm der Umsiedlung der Bevölkerung aus diesem Gebiet durch, die von Parteikräften kontrolliert wurden. Dies betraf nicht nur die großen Städte, sondern auch die Dörfer.
(...)

Das Problem mit dem Reis und seiner Verfügbarkeit – also die Lösung des Nahrungsproblems – war einer der Faktoren bei dieser Entscheidung, aber dies wurde von der Führung nicht deutlich gemacht. Tatsächlich g a b es Reis in Pnompenh; die Frage war, wer den Reis essen würde. Der Reis, der in Pnompenh nach dem April 1975 erbeutet wurde, wurde verwendet, um die Armee im ganzen Land zu ernähren. Hätte man die Bevölkerung innerhalb der Stadt behalten, wäre dies nicht möglich gewesen. Es ist im allgemeinen nicht bekannt, daß die regulären Streitkräfte zu einem großen Teil von Reis ernährt wurden, den man aus Pnompenh über ein geheimes Versorgungsnetz bezog, das zu Beginn des Krieges eingerichtet worden war und bis 1975 arbeitete.
Die Geschwindigkeit, mit der die Evakuierung durchgeführt wurde, war meiner Meinung nach teilweise das Ergebnis des Wettbewerbs, der zwischen den verschiedenen Befreiungsarmeen entstand, die in die Hauptstadt einmarschierten. Sie kamen aus der nördlichen, der östlichen und der südwestlichen Region. Jede dieser regionalen Armeen hatte Befehl, die Stadt so schnell wie möglich zu evakuieren. Ich glaube, daß jede der drei Armeen sich bemühte, denjenigen Teil von Pnompenh, für den sie verantwortlich war, so schnell wie möglich zu evakuieren, um ihre Fähigkeit in der Ausführung von Befehlen von oben zu demonstrieren.

*F.: Man hat behauptet, daß die Roten Khmer eine Minderheit waren, als sie die Macht übernahmen, und daß die Evakuierung in Wirklichkeit ihre Schwäche enthüllte, insofern als sie jeder realen und potentiellen Bedrohung ihres militärischen Sieges vorbeugen mußten. Außer der Gefahr, die von einer möglichen Allianz zwischen Sihanouk und Lon Nol ausgehen konnte, war die einzige andere vorstellbare Bedrohung die durch Vietnam. Schon 1974 hatte es Konflikte zwischen den Roten Khmer und den Vietnamesen entlang der Grenze gegeben. Wurde Pnompenh in Vorbereitung eines Krieges mit Vietnam evakuiert?*

A.: Historisch betrachtet ist es ein grundlegendes Verfahren der Kriegsstrategie, befreite Gebiete, oder Gebiete, die für eine Zeitlang von der Kontrolle des Feindes befreit sind, zu evakuieren; Evakuierung wird mit der Absicht durchgeführt, die betreffende Bevölkerung dem Feind einfach zu entziehen. Der Gedanke, Pnompenh zu evakuieren, zeigt tatsächlich, daß die Khmertruppen meinten, sie befänden sich immer noch in einer Kriegssituation. Da der ursprüngliche Gegner, in diesem Fall Lon Nol, bereits besiegt worden war, muß diese Beibehaltung des Kriegszustandes natürlich Vietnam gegolten haben.
Was die Frage von Stärke bzw. Schwäche angeht, zeigt die Evakuierung von Pnompenh ironischerweise in einem gewissen Sinn gerade eine Überschätzung der eigenen Stärke der Roten Khmer. Ich glaube, sie meinten, daß die kooperative Struktur, die sie auf dem Land aufgebaut hatten, stärker wäre, als sie tatsächlich war, daß die ländliche Infrastruktur in der Lage wäre, das Problem der Flüchtlinge zu lösen. In Wirklichkeit traf aber dann das Gegenteil zu.

*F.: Was waren die Schwächen, die die Roten Khmer an der Lösung des Problems hinderten? Warum z.B. bereiteten sie die ländlichen Kooperativen nicht auf die Unterbringung und Versorgung der Evakuierten vor?*

A.: Erstens produzierte das Land nicht genug Nahrungsmittel, um die vielen Leute zu versorgen, die aus den Städten kamen. Zweitens waren die Kooperativen höchstens zwei Jahre alt, falls sie gleich nach Beginn der Kampagne aufgebaut worden waren. Tatsächlich waren sie aber in den meisten Fällen erst 6 bis 8 Monate nach der Einführung des Programms eingerichtet worden. Daher fehlten die grundlegenden Organisationsstrukturen, um mit diesen Leuten zurechtzukommen. Auch herrschte ganz einfach Mangel an Nahrungsmitteln. Die städtische Bevölkerung konnte von den vorhandenen Vorräten nicht ernährt werden.

*F.: In der Folge dieser Evakuierungen starben viele Menschen. Viele Leute wurden extremen physischen Belastungen unterworfen. Würden sie sagen, daß dies so zutrifft?*

A.: Ja. Die Erfahrungen mit ländlichen Kooperativen in anderen Gebieten zeigt, daß es wenigstens 5 Jahre dauert, bevor Städter, die auf das Land gebracht werden, in der Lage sind, innerhalb der kooperativen Struktur für sich selbst aufzukommen. Als sie aus den Städten kamen und in diese Organisationen eingefügt wurden, waren die Evakuierten nicht in der Lage, genug Nahrungsmittel zu produzieren, um sich selbst zu ernähren. Gleichzeitig waren die Leute auf dem Land nicht in der Lage, genug Überschuß zu produzieren, um die Unfähigkeit der Neuankömmlinge auszugleichen. Auch wehrten sie sich dagegen, irgendwelche Überschüsse, die sie eventuell angesammelt hatten, auszuliefern.
Sie müssen bedenken, welchen Druck die Führungsschicht der Partei auf die Leute ausübte, die dieses Problem bewältigen sollten. Wenn diese Kader sich als unfähig erwiesen, die umgesiedelte Bevölkerung zu ernähren, würden sie der Unfähigkeit angeklagt werden. Und bei der Art von System, das sich in Kampuchea herausbildete, war Unfähigkeit dasselbe wie Verrat, und Verrat konnte mit dem Tod bestraft werden. So befanden sich die Kader, die auf dem Land für die Ernährung dieser Leute verantwortlich waren, in einer unmöglichen Situation. Wenn es ihnen auf der einen Seite nicht gelang, die Bevölkerung befehlsgemäß zu ernähren, wurden sie von der obersten Führung des Verrats angeklagt, gelang es ihnen auf der anderen Seite, die Leute zu ernähren, mußte das auf Kosten der Genossenschaftsstruktur geschehen.

*F.: Wie war die Grundorganisation der Kooperativen?*

A.: In den Kooperativen gekamen die Leute aus den Städten letzten Endes den Status von drittklassigen Bürgern. Sie hatten innerhalb der Kooperative keine politischen Rechte, und sie standen auch ganz am Ende der Versorgungslisten. Sie wurden in der Tat insofern als Feinde betrachtet, als sie massenexekutiert wurden, wenn sie in den Kooperativen Widersprüche hervorriefen, was sie aus offensichtlichen Gründen fast regelmäßig taten.

*F.: Was war die Rolle des Staates beim Betreiben der Kooperativen? Wurden Technologie, Know-how, organisatorische und politische Führung zur Verfügung gestellt? Gab es solche Programme? Hat der Staat auf irgendeine Weise versucht, die Kooperativen zu konsolidieren?*

A.: Im Prinzip wurde von den Kooperativen erwartet, daß sie alles selbst erledigen. Es gab wenige Vorkehrungen für eine Hilfe von seiten der Zentrale, aber andererseits wurde erwartet, daß die Kooperativen in der Lage sein würden, die Zentrale bei der Erzeugung eines Exportüberschusses zu unterstützen. Das ganze System war durchlöchert von Günstlingswirtschaft und Korruption. Dies bedeutete: Wenn Wünsche an die Zentrale gestellt wurden, und daraufhin irgendeine Art von Hilfsmitteln zurückgeschickt wurde, diese oft in die Hände der Kader fielen und niemals die Leute selbst erreichten.
(...)

F.: *Wie wurde die Stadtbevölkerung, die unter den Roten Khmer zu leiden hatte, eingeschätzt? Wie sahen die Roten Khmer Leute aus den Städten – die vom Bürokraten, der unter Lon Nol gedient hatte, bis zum Arbeiter alle Schichten einschlossen?*

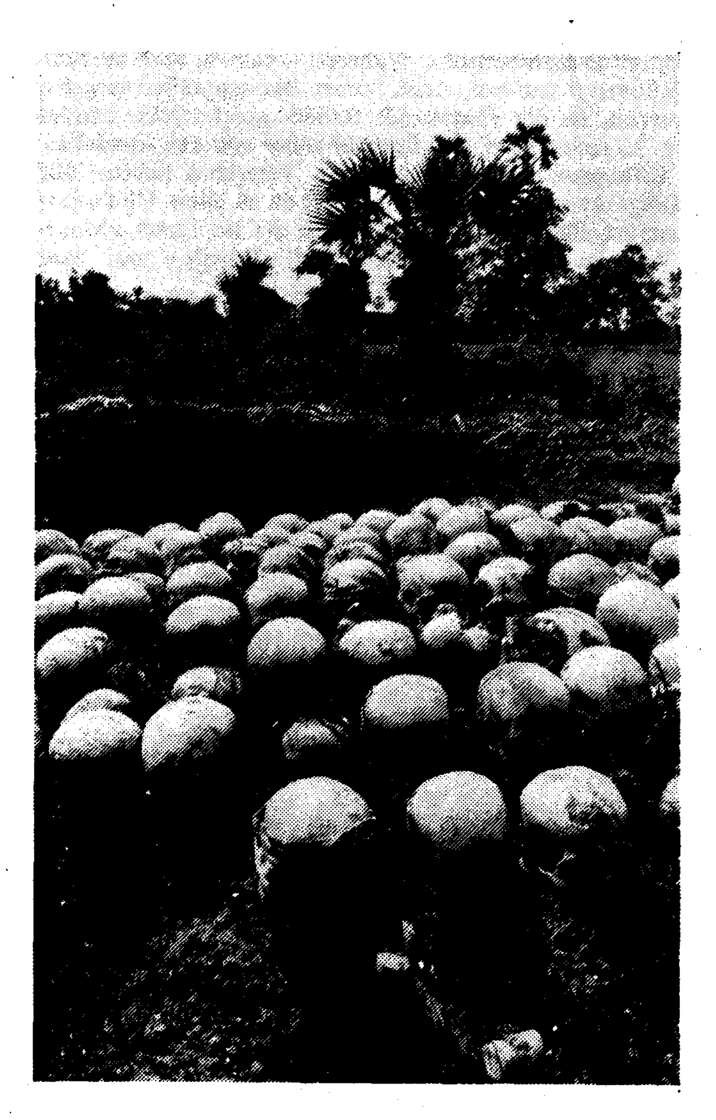
A.: Wie nicht anders zu erwarten sollte offiziell eine Untersuchung stattfinden, wer und was die Leute waren. Sowohl der Klassenhintergrund als auch der politische Standpunkt sollten festgestellt werden. Aber in der Praxis scheint man dies in den meisten Gegenden nicht durchgeführt zu haben. Die Leute wurden ganz einfach danach klassifiziert, woher sie gekommen waren. Mit anderen Worten, wenn sie aus den Städten kamen, waren sie schlecht. Es gab keine sorgfältige Untersuchung darüber, ob sie aus der Arbeiterklasse stammten oder was ihre politische Meinung zu bestimmten Themen war. Dennoch: wenn jemand den richtigen Klassenhintergrund hatte und in jeder Beziehung und enthusiastisch mit der lokalen Verwaltung auf dem Lande zusammenarbeitete, war er wenigstens am Anfang sicher.

*F.: Wir wollen auf die Frage des Drucks aus Vietnam zurückkommen. Haben Sie bei Ihrer Untersuchung der Politik der Roten Khmer im Jahre 1975 irgendwelchen Druck von Vietnam auf die kampucheanische Führung oder irgendwelche Konflikte zwischen den Roten Khmer und den Vietnamesen bemerkt, die zu der Evakuierung und der Umsiedlungspolitik beigetragen haben könnten? (Sie haben einmal das Konzept des „integralen Kommunismus" erwähnt, nach dem Kampuchea in mehrere autarke Einheiten – eigenständig in Produktion, Verteidigung und Regierung – aufgeteilt werden sollte.)*

A.: Ich glaube, die Grundidee war, daß jede Kooperative ein geschlossenes Ganzes sein sollte, das in der Lage wäre, selbständig zukünftigen Angriffen aus jedem Lager zu widerstehen, nicht nur aus Vietnam, sondern auch aus Thailand, aus den USA usw. Ich glaube das Grundproblem war, daß dies unter den bestehenden Bedingungen nicht möglich war. Die oberste Führung bestand aber darauf, daß es möglich wäre, und als es sich als unmöglich erwies, gab sie die Schuld an dem Mißlingen nicht ihrem eigenen Beharren auf der Durchführung einer unmöglichen Politik, sondern den Leuten, die sie durchzuführen versuchten, und die damit in eine unhaltbare Position gerieten.

*F.: Können Sie das weiter ausführen?*

A.: Sie können sich vorstellen, in welchem Dilemma sich die örtlichen Kader auf wirtschaftlichem Gebiet befanden. Auf der einen Seite sollten sie die Bevölkerung ihrer eigenen kleinen Einheit ernähren. Auf der anderen Seite sollten sie dem Staat Leistungen erbringen. Und außerdem sollten sie noch in der Lage sein, die Macht der Klasse der armen und unteren Mittelbauern zu erhalten. Wenn sie bei einer dieser Aufgaben versagten, wurden sie des Verrates angeklagt. Die einzige Lösung dieses Widerspruches – nicht die e i n z i g e, aber die üblichste Lösung, wenn man das so nennen darf – war die Exekution.



*F.: Es erheben sich einige Fragen, die den inneren Konflikt im Demokratischen Kampuchea betreffen. Wie war z.B. das Demokratische Kampuchea selbst aufgebaut? Das Demokratische Kampuchea wuchs in den fünf Jahren nach 1967 oder 68 sehr schnell. Von diesem Zeitpunkt an gab es das Problem der Rekrutierung von Kadern und der Führung. Zweitens ist da die Frage der Periode nach der Befreiung, d.h. nach 1975. Anthony Barnett z.B. sagt, daß es innere Konflikte gab und daß 1976, 1977 und 1978 Staatsstreiche versucht wurden. Können Sie dazu etwas sagen?*

A.: In der Kriegsperiode (1968 – 1975) war die Partei auf regionaler Basis organisiert. Es gab eine Anzahl von regionalen Parteikomitees, je eins für den Nordwesten, den Norden, den Osten und den Südwesten. Jedes dieser Komitees

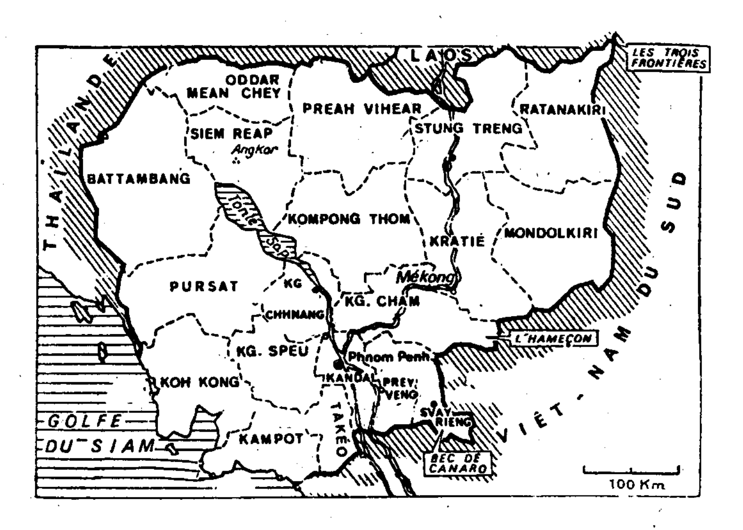
verfügte über eine separate politische und administrative Organisation und seine eigenen Streitkräfte. Die oberste Führung (Pol Pot u.a.) hatte keine eigene Machtbasis. Obwohl sie die Generallinie festsetzte und dem Militärkomitee vorsaß, hatte sie doch kein wirkungsvolles direktes Kommando über Truppen und keine unmittelbare eigene Basis in der Bevölkerung. Deswegen machte sich die Führung nach 1975 an den Versuch, die ganze Organisation zu zentralisieren. Gleichzeitig mußte sie die Leute davon überzeugen, auch weiterhin die politischen Generallinien, die sie festsetzte, zu akzeptieren.
Diese beiden Probleme vermischten sich nach und nach miteinander, als immer klarer wurde, daß die Generallinie undurchführbar war, sprachen sich Leute in verschiedenen Regionen dafür aus, sie zu verändern. Gleichzeitig versuchte die Zentrale, regionale Machtgruppen auszuschalten und die ganze widerspenstige Struktur unter die zentralisierte Kontrolle des Regimes zu bringen. Das führte dazu, daß wenn gerade wieder stärker zentralisiert werden sollte, oder eine der regionalen Machtgruppen eine Veränderung an der politischen Generallinie durchführen wollte, es entweder zu einem Putsch kam oder einer verhindert werden mußte. Letzteres nahm solche Formen an, daß versucht wurde, jede Art von Opposition oder auch nur Veränderungsvorschläge im Keim zu ersticken, bevor sie sich zu einer Bedrohung für die politische Generallinie und die Zentralisierungsbemühungen der Führung auswachsen konnten.

*F.: Könnten Sie etwas zur Generallinie und den Veränderungen, die von den regionalen Führern vertreten wurden, sagen?*

A.: Das ist eine sehr unklare Sache. Diese Konflikte wurden sehr fest innerhalb der Partei gehalten und es wurde niemals zugegeben, daß es Angriffe auf die politische Generallinie gab. Ich möchte betonen, daß nach den zugänglichen Informationen die Frage in Wirklichkeit nicht war, ob es eine Bedrohung durch Vietnam gab oder nicht. Darin stimmten alle überein. Die Hauptfrage war, welches der beste Weg sei, um Vietnam entgegenzutreten – auf dem Gebiet des nationalen Aufbaus dem der sozialistischen Revolution und dem der nationalen Verteidigung.

*F.: Aus unserem Gespräch scheint mir hervorzugehen, daß das innere Problem die Hauptschwäche des demokratischen Kampuchea war, sehr viel mehr als äußere Bedrohungen oder der Druck von Thailand und Vietnam. Kann man das so sagen?*

A.: Ich glaube, man könnte zu recht sagen, daß mehr als der Druck von außen Fehlschläge im Inneren zum Zusammenbruch des Regimes beigetragen haben. Mit anderen Worten: Die Fehler in der Generallinie, und die Fehler, die beim Korrigieren der Fehler in der Generallinie gemacht wurden, haben eine Situation erzeugt, in der es für Vietnam sehr viel leichter war, das zu tun, was es dann in Kampuchea tat.
Ich denke wirklich, daß die Politik der zentralen Führung objektiv ultra-links war; sie „erreichte" zwei Dinge. Einerseits zerstörte sie die Kräfte der nationalen Bourgeoisie derart, daß es keine Möglichkeit mehr gab, sie gegen eine Invasion zu mobilisieren. Des weiteren entfernte sie sich so sehr von den revolutionären Kräften, daß es schließlich kaum noch möglich war, sie gegen eine Aggression von außen einzusetzen.




*F.: Ich habe zwei Fragen bezüglich des internen Konfliktes. Welches Ausmaß hatten die regionalen Aufstände? Und was waren ihre Konsequenzen?*

A.: Die Revolten in einzelnen Gegenden konnten sich nicht sehr weit ausdehnen, weil sie erfolgreich unterdrückt wurden, nicht weil es an der Bereitschaft zum Aufstand gefehlt hätte. Es kam dazu, daß sich die ehemals populäre Revolutionsarmee in allen Regionen, wo Säuberungen stattfanden, dadurch von der Bevölkerung entfernte. Z.B. war den Kräften im Nordwesten, die man als reaktionär bezeichnen konnte, die Basis entzogen worden, durch das von der Zentrale verordnete Vorgehen der dortigen Kader. Anschließend entfernten sich die revolutionären Kräfte im Nordwesten von der Führung, als Kader aus anderen Regionen kamen und Säuberungen durchführten. Mit anderen Worten, die armen Bauern und die untere bäuerliche Mittelklasse, die ursprünglich die revolutionären Kräfte im Nordwesten stellten, entfernten sich von der Führung und wurden desillusioniert, als massive Säuberungen gegen ihre Mitglieder im Jahre 1977 durchgeführt wurden.

Dasselbe geschah wiederum 1978 im Osten. Es scheint, daß es bei der Ernte nach der Regenzeit Ende 1977 und wieder Anfang 1978 der östlichen Region nicht gelang, der Zentrale ihre Reis-Quote zu liefern. Die Zentrale beschuldigte sie der Unfähigkeit und deswegen des Verrates. Ich glaube, die Ostregion, die am meisten unter den Zusammenstößen mit Vietnam zu leiden gehabt hatte, brachte gleichzeitig vor, man müsse mit diplomatischem Vorgehen mit diesem Land Zeit für eine bessere Vorbereitung gewinnen, um sich dann mit den Vietnamesen auseinandersetzen zu können. Auch dies wurde für Verrat gehalten. Konsequenterweise wandte sich die Zentrale gegen die östliche Region, und durch die Art und Weise wie sie das tat, entfremdete sie sich viele Kader der unteren Ebene. Daher befanden sich die revolutionären Streitkräfte, sie seit 1970 im Osten aufgebaut worden waren, zu einem großen Teil in Opposition zur zentralen Parteiführung.

Es gibt tatsächlich viele Leute, die ursprünglich revolutionär waren, und wenn sie so wollen, anti-vietnamesisch in dem Sinne, daß sie gegen jede Art von vietnamesischer Vorherrschaft über Kampuchea waren, und die dann in die Alternative gedrängt wurden, entweder von der Zentrale liquidiert zu werden, oder zu den Vietnamesen überzugehen. In dieser Situation gingen schließlich tatsächlich viele Militante gegen ihren eigenen Wunsch zu den Vietnamesen über.

*F.: Meinen Sie solche Leute wie Heng Samrin?*

A.: Genau. Die Interviews, die ich führte, weisen darauf hin, daß Heng Samrin nach der Säuberung in der östlichen Region im Mai 1978 in den Untergrund ging und zunächst versuchte, eine Opposition gegen die Zentrale auf der Grundlage eines unabhängigen Selbstvertrauens zu organisieren. Er erklärte den Leuten auf Versammlungen, daß er persönlich Truppen gegen Vietnam geführt hatte und daß er sich über die vietnamesische Gefahr ganz im klaren war. Aber als mit der Zeit die Streitkräfte vom Zentralkomitee heranrückten, als Hunger und Krankheit sich unter seinen Anhängern ausbreitete, schickte er Abgesandte nach Vietnam und schließlich kam es zu einer Abmachung. Er hatte auch gar keine andere Wahl. Wenn er mit seiner Opposition fortfahren wollte gegen eine Politik, von der er sicher war, daß sie zur Machtübernahme der Vietnamesen im Land führen würde, mußte er sich selbst eine Stellung verschaffen, mit der er diese Übernahme erleichtern konnte, um sie damit zu verhindern. Diese Leute befanden sich in einer grotesken Situation.

Es gibt jetzt Anzeichen dafür, daß Heng Samrin ursprünglich gegen die Vietnamesen war, und wir fangen an, die Ergebnisse davon zu sehen. Es scheint, daß Heng Samrin in Phnompenh einen politischen Niedergang erlebt. Ich glaube, daß dies die Tatsache wiederspiegelt, daß seine Abmachung mit den Vietnamesen taktischer Natur war, und daß sowohl er als auch die Vietnamesen das wissen.

*F.: Sie würden ihn also nicht als eine Marionette der Vietnamesen bezeichnen?*

A.: Letzten Endes ist er es geworden. Aber ich möchte sagen, daß er dazu gezwungen wurde, daß es nicht seine ursprüngliche Absicht war.




*F.: Welcher Konflikt führte zu den ersten Säuberungen, z.B. 1970/71? Wie haben die Gruppen, die sich seit der vietnamesischen Machtübernahme an der Spitze befinden, beeinflußt?*

A.: Eine ziemlich große Zahl von Kadern der kampucheanischen Kommunisten war für lange Zeit in Vietnam, viele seit 1954. Sie kamen 1970 nach Kampuchea zurück. Die Kader innerhalb von Kampuchea bezeichneten diese Leute als „Außenseiter". Dem Anschein nach gab es innerhalb der Partei als Ganzem eine allgemeine Übereinkunft, daß diese Leute nicht akzeptiert werden sollten, daß ihnen nicht gestattet werden sollte, innerhalb der Partei Macht auszuüben. Auf einem Parteikongreß Ende 1971 wurden eine Anzahl von Grundsatzbeschlüssen im Bezug auf sie gefaßt. Ein anderer Beschluß war, diejenigen Kampucheaner zu integrieren, die von den „Außenseitern" in die Machtstruktur der inländischen Kader – d.h. Kader, die innerhalb des Landes geblieben waren – hineinrekrutiert wurden. Nach einem dritten Beschluß sollten die vietnamesischen Streitkräfte, die kampucheanisches Gebiet besetzt hielten, entweder geschwächt oder vertrieben werden. Dieses dreiteilige Programm wurde in verschiedenen Stadien von Ende 1971 bis Anfang 1973 durchgeführt.
Es entwickelte sich dann ein allgemein übliches Verfahren für die Säuberungen innerhalb der Partei. Meistens wurden diese Leute heimlich liquidiert. In vielen Fällen wurden Kader, die aus Vietnam zurückkamen, organisatorisch und geographisch voneinander isoliert. Die Partei beauftragte sie einfach, an Schulungen oder Versammlungen teilzunehmen, von denen sie nie wieder zurückkamen. Es gab innerhalb der Partei oder unter der Bevölkerung keine offene Kampagne gegen diese Leute, vermutlich um nicht andere auf die stattfindende Säuberung aufmerksam zu machen und um damit die Erkenntnis, daß sie in Gefahr waren, bei den betroffenen Opfern soweit wie möglich hinauszuzögern. Dies wurde anscheinend vom Staatssicherheitsapparat der Parteizentrale durchgeführt, der Unterabteilungen in allen Regionen hatte.
Säuberungen sind anscheinend in jeder Region durchgeführt worden, und wie ich glaube, mit der Zustimmung – der enthusiastischen Zustimmung – der regionalen Komitees. Die Organisation, die zur Durchführung der Säuberungen eingerichtet worden war, wurde später jedoch von der Zentrale und dem südwestlichen regionalen Komitee gegen andere Regionalkomitees der Partei verwendet, wobei man dasselbe Verfahren beobachten kann. Es gab nie einen offenen ideologischen Streit; es gab nie irgendeine Diskussion. Wenn der Sekretär der nördlichen Regionalpartei entfernt werden sollte, wurde er nach Phnompenh zu einer Versammlung gerufen, von der er nie zurückkehrte. Bei dieser Methode konnte sogar geleugnet werden, daß diese Person liquidiert worden war.
Ich glaube, man kann zu recht die Kader, die nach einem langen Aufenthalt in Hanoi 1970 zurückkamen, als eine Bedrohung für die Unabhängigkeit der Partei betrachten. Jedoch wurde die Methode, die entwickelt wurde, um sie loszuwerden, später gegen Leute verwendet, die nicht wirklich als eine Bedrohung für die Unabhängigkeit der Partei angesehen werden können. Es entwickelte sich innerhalb der Institution einfach eine bestimmte Art und Weise mit Gegnern umzugehen. Während ursprünglich diese Institution sich mit Leuten beschäftigte, die wirklich als Feinde betrachtet werden konnten, wurde sie später zynisch, heuchlerisch oder unangemessen gegen Leute eingesetzt, die keine Feinde waren, sondern mit denen zu bestimmten Fragen legitime Meinungsunterschiede bestanden.

*F.: Die Verdächtigung von Khmer-Revolutionären, die Verbindung nach Vietnam hatten, war also mehr der Ausdruck einer fremdenfeindlichen Tendenz, die die Führung des Demokratischen Kampuchea an den Tag legte, als die wohlbegründete Furcht, daß sie die Interessen Vietnams vertraten.*

A.: Nach 1975 wurde jeder, der irgendeinem Teil der Linie, die von der obersten Ebene der Zentrale vertreten wurde, entgegentrat, als objektiv im Lager der Vietnamesen stehend betrachtet und auch so behandelt. Es gab nie eine rationale Analyse der wirklichen Positionen dieser Leute. „Wenn du anderer Meinung bist als ich, bist du für die Vietnamesen" – das war die Position der Parteiführung. Es gab eine wirkliche Bedrohung durch Vietnam. Es gab das ganz reale Problem, wie man der Gefahr begegnen soll. Das grundlegende Versagen des Regimes im Umgang mit Gegensätzen unter Leuten, die nicht wirklich Feinde waren, erwies sich als fatal: Leute als Feinde zu behandeln, die gar keine waren, produzierte Feinde, wo vorher gar keine gewesen waren.

*F.: Jetzt kommen wir zu einer grundlegenden Frage: Ist die vietnamesische Invasion von Kampuchea vom vietnamesischen Standpunkt aus historisch wünschenswert, oder geschah sie nach der Befreiung, (1975) weil sich eine unlösbare Situation entwickelte, in der sich die beiden Länder dann in gegenseitiger Konfrontation wiederfanden – hauptsächlich wegen Grenzproblemen (die Grenzprovinzen, Inseln und die politischen Fragen, über die wir vorher sprachen)?*

A.: Die vietnamesische Position ist, daß die vietnamesische Revolution ohne Zusammenarbeit mit der kampucheanischen nicht erfolgreich sein kann. Dies schließt von seiten der kampucheanischen Revolutionäre die Anerkennung dieses Prinzip ein. Dies beinhaltet aber auch, daß die kampucheanischen Revolutionäre diesen Grundsatz akzeptieren müssen. Ich glaube, daß die Kampucheaner v.a. mit diesem Grundsatz nicht einverstanden waren. Sie dachten, daß die kampucheanische Revolution nicht erfolgreich sein konnte, wenn sie sich ständig den Bedürfnissen der vietnamesischen Revolution unterzuordnen hatte. Schließlich führten diese beiden Positionen zu einem akuten und unaussöhnbaren Konflikt. Ich glaube, die Grenzstreitigkeiten waren zweitrangig, und mehr ein Ausdruck für den allgemeinen Gegensatz als ein Grund dafür.

Die vietnamesische Analyse der Ereignisse in Kampuchea ist, wie jeder weiß, stark auf China bezogen und auf die Rolle, die die Chinesen in Kampuchea spielen. Wenn ich mir die Situation in Kampuchea nach 1975 und insbesondere 1977 und 1978 anschaue, meine ich, daß in der Tat die kampucheanische Führung die Revolution zerstörte, und das brachte die Unabhängigkeit Kampucheas in Gefahr. Vom vietnamesischen Standpunkt aus schien es, als ob dies die Form einer chinesischen Machtübernahme annehmen würde. Ich glaube nicht, daß dies zum Zeitpunkt der vietnamesischen Invasion wirklich so stattfand. Aber es gab gewisse Tendenzen in dieser Richtung und diese Tendenzen wurden von den Vietnamesen als eine sehr große Bedrohung empfunden.
(...)

*F.: Meinen Sie, daß die Vietnamesen gar keine andere Wahl als die Invasion hatten, wenn Sie an die Grenzzusammenstöße denken und daran, daß kampucheanische Guerillas in die Neuen ökonomischen Zonen Vietnams eindrangen?*





*Kampucheanische Flüchtlinge in einem Lager in Vietnam 1978*

A.: Ich glaube nicht,daß die bestehende Situation dies absolut notwendig machte. Ich glaube, daß die Vietnamesen das Gefühl hatten, daß die Situation sehr viel schlimmer werden würde, wenn sie an diesem Punkt nichts unternähmen. Es war daher mehr als eine Sache der Vorbeugung, als die Notwendigkeit, einer unmittelbaren Bedrohung entgegenzutreten.

*F.: Was ist heute die Rolle der Vietnamesen in Kampuchea? Wieviel Kontrolle üben die Vietnamesen auf der Dorf-, Provinz- und der nationalen Ebene aus?*

Die Vietnamesen haben direkten Einfluß auf Kampuchea und kontrollieren es in der Tat auf allen Ebenen, angefangen bei der Zentrale über die Provinz und den Distrikt bis hinunter auf den Subdistrikt. Auf allen diesen Ebenen gibt es vietnamesische Berater. Wenn sie auch nicht in jedem Subdistrikt vertreten sind, scheint es sie doch in den meisten zu geben. Es besteht eine vietnamesische Truppenpräsenz in Phnompenh, in allen Provinzen, in allen Distrikten, in allen Subdistrikten und vielleicht 10 - 20 % der Dörfer.
Tatsächlich halten die Führung der vietnamesischen Berater und die vietnamesischen Truppen das Ganze zusammen, denn die kampucheanische Seite des Regimes ist voller innerer Widersprüche und nicht sehr gut zusammengesetzt.
Auf der höchsten Ebene besteht sie aus den Überlebenden der Säuberung, die diejenigen traf, die 1970 aus Vietnam nach Kampuchea zurückgekehrt waren; aus denjenigen die die Säuberungen von 1978 in den östlichen Regionen überlebt hatten; aus den überlebenden Intellektuellen der vereinigten Front, die nach 1975 nach Kampuchea zurückkehrten; aus einfachen Flüchtlingen, meist bürgerlichen, nichtkommunistischen Elementen, die nach 1975 nach Vietnam geflohen waren und aus bürgerlichen Intellektuellen, die, nachdem die Vietnamesen gekommen waren, in Kampuchea rekrutiert wurden. Wie man sich leicht vorstellen kann, kommen diese Gruppen nicht besonders gut miteinander aus. Es gibt viele Gegensätze unter ihnen und wenn die Organisation der vietnamesischen Berater und die Truppen abgezogen werden würden, bräche das Ganze meiner Meinung nach in kurzer Zeit zusammen.
Im Augenblick sind es die Vietnamesen, die das ganze System funktionsfähig erhalten und seinen Zerfall verhindern. Sie sind nicht so sehr dort, um organisierte Widerstandsgruppen (die Roten Khmer oder die sog. Khmer Serei und die antikommunistischen Widerstandsgruppen) zu bekämpfen, denn diese sind ziemlich schwach.
Wenn die vietnamesischen Truppen und die Beraterorganisation abgezogen werden würden, glaube ich nicht, daß die Roten Khmer an die Macht zurückkehren würden oder daß sich sofort ein nichtkommunistisches Regime etablieren würde. Eher gäbe es Chaos und Anarchie. Niemand würde das Land kontrollieren.
Sämtliche Gruppen innerhalb Kampucheas, einschließlich des Heng Samrin-Regimes und der Gruppen, die ihm entgegenstehen, würden das Land in kleine Kontrollzonen aufteilen und sich gegenseitig bekämpfen.

*F.: Wollen Sie damit sagen, daß die Vietnamesen in der Lage sind, die Probleme zu lösen, die die kampucheanische Führung nicht lösen konnte?*

A.: Die Vietnamesen sind offensichtlich nicht in der Lage, ein lebensfähiges kampucheanisches Regime im Land zu errichten. In diesem Sinne können sie diese Probleme nicht lösen, und wenn man sich anschaut, was jetzt dort passiert, stellt man einen sehr ernstzunehmenden Zusammenbruch der Produktion in der Landwirtschaft und der Industrie, besonders aber auf landwirtschaftlichem Gebiet fest. Im gewissen Sinne haben die Roten Khmer beim Organisie-

ren der landwirtschaftlichen Produktion sehr viel mehr geleistet. Sie versagten eher bei der Verteilung der Erträge, und indem sie den Aufwand für die Organisierung der Produktion nicht auf einem vernünftigen Niveau halten konnten. Man kann es zusammenfassend so ausdrücken: Während die Roten Khmer sich als unfähig erwiesen, Kampuchea als ein unabhängiges Land funktionsfähig zu machen, sind die Vietnamesen unfähig, es als ein Kolonialland funktionsfähig zu machen. Im Falle der Roten Khmer hat es nicht funktioniert, ebensowenig wie im Falle der Vietnamesen. (...)

*F.: Die letzte Frage betrifft die verschiedenen Widerstandsgruppen, die sich der vietnamesischen Besetzung entgegenstellen. Wie lebensfähig sind die Roten Khmer – oder die Khmer Serei-Gruppen? Besteht die Möglichkeit, daß eine Khmer Serei-Gruppe sich mit dem Demokratischen Kampuchea verbindet und damit eine wirkliche Bedrohung für Heng Samrin und die politische Macht Vietnams in Kampuchea entsteht (natürlich mit Unterstützung von China, den USA und Thailand)?*

A.: Im Augenblick haben die Roten Khmer sehr wenig Möglichkeit, in großem Umfang einen ausgedehnten und tiefgehenden Widerstand gegen die Vietnamesen zu organisieren.

Die Dinge, die zwischen 1975 und 1978 getan wurden, haben ihnen große Teile der Bevölkerung so sehr entfremdet, daß die Khmer-Streitkräfte auf nicht mehr als die Truppenteile, die sie Ende des letzten Jahres noch übrig hatten, zählen können und die nicht nur durch vietnamesische militärische Angriffe, sondern auch durch Hunger und Krankheit schwer dezimiert sind. Jetzt hat dieses Rumpf-Korps als Folge der internationalen Hilfe eine gewisse Stärke wiedererlangt, aber es war nicht in der Lage, sich über die begrenzten Teile der Bevölkerung hinaus auszudehnen, die am Ende letzten Jahres seine Basis bildeten.

Wie man weiß, hat die Führung der Roten Khmer eine sehr breite vereinigte Front proklamiert, wobei sie alle Arten von Freiheiten versprach, sowie die Revidierung der früheren Politik. Aber im Augenblick glaubt niemand daran, weder im Land selbst, noch außerhalb. Es wäre sehr überraschend, wenn die Roten Khmer jemals einen wirklichen Widerstand gegen die Vietnamesen zustandebringen könnten. Es ist möglich, daß die Widerstandsbewegung der Roten Khmer, wenn sie sich während der nächsten 10 Jahre den gemachten Versprechungen gemäß verhält und sich der Bevölkerung gegenüber gut benimmt, einiges von der Unterstützung, die sie 1975 hatte, wiedergewinnt. Dann könnte sie anfangen, den Vietnamesen eine wirkliche, vom Volk getragene Bedrohung zu sein, aber ich halte dies für unwahrscheinlich.

(durch die Red. gekürzt und übersetzt)



# NICARAGUA

# Zur Situation der Frauen nach der Befreiung

Mit diesem Artikel möchte ich einige Eindrücke über die Frauen in Nicaragua wiedergeben.
Nicaragua hat zweieinhalb Jahre nach dem Sieg über die Diktatur viele Schwierigkeiten zu bewältigen: die Verteidigung einer eigenständigen Entwicklung des Landes, die Vorantreibung der Produktion, die Erwachsenenbildung. In allen Bereichen fällt den Frauen entscheidende Bedeutung zu. Ihr Alltag, ihre Erfahrungen unterscheiden sich in vielen Punkten grundlegend von den unseren, es gibt aber auch viele Parallelen in ihren und unseren Problemen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann weist auch in Nicaragua den Frauen die Verantwortung für den Reproduktionsbereich zu: Hausarbeit und Kindererziehung. Wird die Hausarbeit von Hausangestellten verrichtet, wird sie zwar schlecht entlohnt, aber gesellschaftlich als Arbeit anerkannt. Daß dieselbe Arbeit von Ehefrauen und Müttern kostenlos und ohne gesellschaftliches Prestige geleistet wird, ist wie bei uns eine Selbstverständlichkeit. In Nicaragua sollen gegenwärtig kurzfristig die Bedingungen der bezahlten Hausarbeit verbessert werden, langfristig aber sowohl die bezahlte Hausarbeit der Angestellten als auch die unbezahlte der Hausfrauen vergesellschaftet werden. Gefordert werden z.B. öffentliche Wäschereien, Volksküchen, Kinderzentren.

Die Unterschiede zur bundesrepublikanischen Realität werden z.B. deutlich an Rosa und Maria, 2 Frauen, deren Biographie sich nicht auf andere übertragen läßt, deren Erfahrungen aber in vieler Hinsicht typisch für Nicaragua sind.

Rosa betreibt eine kleine Pension in Managua. Hier lebt sie mit ihren 3 Kindern. Ihre Kinder sind von verschiedenen Männern, die sie aber verlassen haben. Damit steht Rosa nicht allein: Fast die Hälfte aller Mütter in Nicaragua sind alleinstehend und müssen für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder allein aufkommen. Zwar hat die Revolutionsregierung ein Gesetz erlassen, das die Väter zur Zahlung von Alimenten verpflichtet, aber wie in der ganzen Welt gelingt es auch hier vielen Männern, sich dem zu entziehen.

> **Die neuen Regelungen zur Bezahlung von Alimenten**
>
> Streitet der von der Frau als Vater angegebene Mann die Vaterschaft ab, so entscheidet das jeweilige Stadtteilkomitee über die Anerkennung der Vaterschaft! Zur Regelung der Modalitäten zur Bezahlung der Alimente wird ein Termin beim Sozialministerium angesetzt, um diese mit dem Mann abzuklären. Erscheint der Mann nicht, wird seine Arbeitsstelle informiert, damit diese einen bestimmten Anteil seines Lohnes einbehalten kann. Dabei passiert es des öfteren, daß die Männer lieber ihren Arbeitsplatz aufgeben als ihren Verpflichtungen ihren Kindern gegenüber nachzugehen. In manchen Fällen, wenn die Männer „greifbar" sind, kann es auch vorkommen, daß sie zur Abschreckung bzw. zur Einschüchterung ein paar Tage Strafe absitzen müssen.



Rosa betreibt also die Pension, um für sich und ihre Kinder das notwendige Geld zu verdienen. Die Hauptarbeit macht allerdings eine Hausangestellte, die zwanzigjährige Maria. Sie steht morgens als erste zwischen fünf und sechs Uhr auf, putzt und wäscht täglich mehrere Stunden lang. Eine Waschmaschine ist in Nicaragua Luxus, im Gegensatz zum Fernsehgerät, das auch oft in ärmlichen Hütten flimmert. Wegen der großen Hitze und dem vielen Staub wird fast täglich die Wäsche gewechselt, so daß die Berge von Wäsche für Hausfrau oder Hausangestellte nie abnehmen. Außerdem ist sie zuständig für Bügeln, Einkaufen, kochen und oft genug muß sie abends zwischen 17 und 19 Uhr noch um die Ecke zur Endstation eines Fernbusses, um neue Übernachtungsgäste abzuschleppen.

Maria fällt uns besonders auf, weil sie im Gegensatz zu anderen Hausangestellten, die wir erleben, einen sehr fröhlichen selbstbewußten Eindruck macht, bei der Arbeit singt und nicht unterwürfig wegschaut, wenn wir sie grüßen, sondern offen für alle und alles ist. Der Umgangston zwischen den beiden Frauen ist freundlich, aber Rosa ruft Maria bei ihrem Namen, während diese sie meist mit „Señora" anspricht. Rosa kommandiert nicht herum, aber trotzdem ist jeden Moment klar,wer von beiden das Sagen hat. Spannend wird für mich das Verhältnis beider Frauen angesichts ihrer jeweiligen Geschichte und Erfahrungen.

Immerhin sind beide Frauen Linke und unterstützen die Revolutionsregierung. Rosa arbeitet im Stadtteilkomitee und ist Mitglied der Volksmilizen, die geschaffen wurde, zur Verteidigung der Revolution vor Übergriffen und Intervention von außen. Angesichts einer drohenden Intervention der USA oder mittelamerikanischer Regime in Nicaragua treten immer mehr Leute in die Milizen ein. Ihre Mitglieder übernehmen Aufgaben wie die Bewachung von öffentlichen Einrichtungen, den Schutz von Personen, Versammlungen etc. „Milicianos" gehören zum alltäglichen Bild in Nicaragua.
Bei den Milizen gibt es eigene Frauenbataillone, aber die Frauen können sich ebenso in gemischte Strukturen integrieren. Alle lernen den Umgang mit der Waffe und absolvieren ein Training.

Maria war acht Monate „Combatiente", so werden diejenigen Mitglieder der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN – die jetzt die Regierung stellt) genannt, die in der Guerilla organisierten Widerstand gegen die somozistische Diktatur geleistet haben und dafür meist Haus, Familie und Beziehungen hinter sich gelassen haben. Der Anteil der Frauen bei den „Combatientes" betrug ungefähr 25 %, einige Frauen hatten als „Commandantes" führende Stellungen bei der Guerilla inne und sitzen heute in der Führung der FSLN, bzw. ihren verschiedenen „Massenorganisationen". So auch Dora Maria Tellez, die im August 1978 an dem weltweit aufsehenerregenden Überfall auf den Nationalpalast teilnahm, und durch den die Freilassung bedeutender politischer Gefangener sowie die Zahlung hoher Lösegelder erreicht wurde. Heute ist sie Vize-Präsidentin des Staatsrates. Oder nehmen wir Monica Baltodano, die in den Tagen der Endoffensive gegen die Diktatur den Angriff auf ein Hauptquartier des Somoza-Heeres anführte, was den leitenden Offizier in großes Erstaunen versetzte. Diese Geschichte zeigt aber schon, daß Frauen in solchen Positionen in der Guerilla die Ausnahme waren. Das hat viele Ursachen, die aber alle in der patriarchalischen Herrschaftsstruktur der nicaraguanischen Gesellschaft begründet liegen. Dies manifestiert sich z.B. in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die der Frau die Verantwortung für den Reproduktionsbereich zuweist und sich auch in den Köpfen und dem Verhalten linker Männer niederschlägt. Aus der geringeren Beteiligung der Frauen an der Guerilla darf jedoch nicht gefolgert werden, daß die Frauen am Widerstand weniger beteiligt waren als die Männer oder daß sie etwa Probleme hatten, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Die alltägliche Konfrontation mit einer unvorstellbaren Brutalität und Gewalt der Somozisten gegenüber allen – auch gewaltfreien – Formen von Opposition (wie zur Zeit in Guatemala und El Salvador) ließ keine andere Möglichkeit zu als den Weg des bewaffneten Kampfes. Frauen haben diesen Kampf mitgetragen und aktiv unterstützt.



Sie waren in vielfältigen Formen am Widerstand beteiligt, dabei auch in traditionellen Frauenbereichen: als Marktfrauen bei der Weitergabe von Material und Informationen oder indem sie ihre Häuser als Guerillatreffpunkte zur Verfügung stellten und dafür verantwortlich waren, nach außen den Anschein eines normalen Haushaltes zu vermitteln und vieles mehr.
Daß sich die Frauen aber nicht nur auf diese Bereiche beschränken ließen, zeigen ihre Aktivitäten als „Combatientes". Die Möglichkeit, die Maria gewählt hat – ihre Familie zu verlassen und an einer der „Fronten" teilzunehmen – bot sich für die meisten Frauen aufgrund ihrer Verantwortung für die Kinder nicht. Für mich stellte sich die Frage, wie die Erfahrungen im Widerstand, die in minimalen Ansätzen die Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann in Frage stellte, sich in der Realität in Nicaragua heute für Frauen wie Maria niederschlagen. Konkret: Ist ihre jetzige Situation als Frau gegenüber den Formen ihrer Beteiligung am Widerstand ein Rückschritt?
Zumindest für die Frauen, die z.B. in der Guerilla die Erfahrung machten, daß die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann tendenziell in Auflösung begriffen war, daß Frauen und Männer mit der Waffe kämpften, die gleichen Rechte und Pflichten hatten, daß Männer kochten und ihre Wäsche selbst wuschen – was für jeden Mann in Nicaragua ein großer, selten freiwilliger Lernprozeß ist – für diese Frauen stellt sich die jetzige Situation als Rückschritt dar. Maria ist ein konkretes Beispiel dafür. Die erniedrigende Arbeit als Hausangestellte ist sie leid. Obwohl sie keine Alternative hat, da sie wie die meisten Frauen keine Ausbildung besitzt, hörte sie mit dieser Arbeit auf.

**Hausangestellte**

Der Beruf der Hausangestellten ist in Nicaragua wie in den meisten Ländern Lateinamerikas sehr verbreitet. Heute werden diese Frauen oft Hausarbeiterin genannt, was den Charakter der Tätigkeit besser trifft, während sich in dem traditionellen Begriff „Muchacha" (Mädchen) die Geringschätzung dieser Arbeit widerspiegelt, die in der Hierarchie

gesellschaftlicher Anerkennung an unterer Stelle steht. Hausarbeiterinnen gibt es mehrere Tausend in Nicaragua. Sie arbeiten nicht nur bei den Reichen, sondern auch in der Mittelschicht, bei Intellektuellen und auch bei Linken! Hausangestellte zu haben ist nicht, wie hier, Ausdruck von Luxus, vielmehr ist es ein Zeichen großer Armut, sich keine leisten zu können. Die Arbeit einer Hausarbeiterin ist nicht vergleichbar mit einer normalen Lohnarbeit, die nach acht oder 10 Stunden Arbeitszeit beendet ist. Meistens wohnen die Frauen bei ihren Arbeitgebern/innen, so daß praktisch 24 Stunden über sie verfügt werden kann. Nachdem die FSLN an die Macht gekommen war, versuchte sie, die Situation der Hausarbeiterin zu verändern. „Im ersten Moment überlegten wir, diese Arbeit zu verbieten. Diese Forderung dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, sie ist unser Ziel. Die Realität sieht allerdings so aus, daß wir den Hausangestellten keine andere Arbeit geben können. Die Tatsache, daß sie zudem keine Ausbildung haben, bedeutet für sie deshalb Arbeitslosigkeit und Prostitution." (Aus: „Frau und Revolution" AMNLAE, 19.7.81) Die FSLN gründete deshalb eine Gewerkschaft der Hausangestellten. Diese Gewerkschaft ist ein Schritt zu Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Gesetzlich verankert wurden bisher folgende Forderungen:

- ein 10-Stunden Arbeitstag (angestrebt wurden 8 Stunden, wie es in vielen öffentlichen Institutionen oder der Industrie etc. schon verwirklicht ist.
- ein arbeitsfreier Sonntag, Mindestlohn, das Recht auf Organisierung, Lohnfortzahlung bei Entlassung.



Ein weiteres Ziel ist die Aufnahme in die Sozialversicherung, die in Nicaragua allerdings erst im Aufbau ist. Langfristiges Ziel ist es, allen Frauen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und ihnen somit eine Alternative zur Arbeit als Hausangestellte oder Prostituierte anzubieten. Deshalb wird auch versucht, sie in die Erwachsenenbildung zu integrieren, wo sie einen (Haupt-)Schul-Abschluß erlangen können.

Die berufliche Ausbildung von Frauen ist weitgehend auf traditionelle Frauenbereiche ausgerichtet. Es gibt Kurse, in denen Schneidern oder Tippen gelernt werden kann, vereinzelt werden kleine Produktionskollektive aufgebaut, in denen die Frauen ihre Produkte wie z.B. Kleidung, Gekochtes und Gebäck oder je nach Region andere Gebrauchs- oder Kunstgegenstände verkaufen.

Die Durchsetzung der von der Gewerkschaft initiierten Gesetze ist in der Realität oft ein harter Kampf zwischen Hausarbeiterin und Hausfrau. Pochen die Angestellten auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen, dann drohen die Arbeitgeber/innen mit dem Damoklesschwert der Entlassung – angesichts einer hohen Arbeitslosigkeit und einem wenig entwickelten Bewußtsein für ihre Rechte eine wirkungsvolle Waffe! Oder es ergibt sich, daß immer gerade am Donnerstagabend die Angestellten noch besonders viel zu erledigen haben. Kein Zufall, denn an diesem Tag treffen sich im ganzen Land die in der Gewerkschaft organisierten Frauen!

Über ihre Arbeit als Hausangestellte gab es auch zwischen Maria und Rosa eine Auseinandersetzung. Denn obwohl Rosa eine linke Frau ist, ging ihr Marias Engagement sicherlich zu weit! Vielleicht hatte sie auch Angst, daß bekannt wird, daß Marias Lohn unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Solche Konflikte, ja allein die Tatsache, daß Linke und Frauen, die sich gegen Unterdrückung von Frauen engagieren, Hausangestellte beschäftigen, ist für mich schwer faßbar. Aber die Konstellation ehemalige „Combatiente" als Hausangestellte und eine Angehörige eines Frauen(reserve)bataillons der Miliz als Arbeitgeberin, auch das ist ein Teil der nicaraguanischen Realität.

**Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper**

„Schon wieder diese europäischen Feministinnen mit ihrer immer gleichen Frage nach Abtreibung", stöhnt Judith, die Vertreterin der AMNLAE, (der Frauenorganisation in Nicaragua unter Führung der FSLN), mit der wir ein Interview machen, wohl innerlich. (vgl. FRAUENBLATT Nr. 2/81). Wir fragen sie nach der Position von AMNLAE zu Verhütung und Abtreibung. Themen, die in Nicaragua weitgehend tabuisiert sind und für das Selbstverständnis der Frauen bislang nicht von ausschlaggebender Bedeutung waren.

Daß diese Themen tabu sind hat verschiedene Gründe, die in der spezifischen kulturellen Tradition dieser Gesellschaft liegen, z.B. dem traditionell starken Einfluß der katholischen Kirche in Nicaragua, oder dem typisch lateinamerikanischen „machismo". So ist es z.B. im Unterschied zu uns für die Frauen eine Selbstverständlichkeit, Kinder zu haben – von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Abtreibung ist in Nicaragua nach einem alten Gesetz aus der Zeit der Somozadiktatur verboten. Bestraft werden heute allerdings nur diejenigen, die die Abtreibung durchführen; die Frauen, die abtreiben, nicht. Die Anzahl der illegalen Abtreibungen ist nicht bekannt. Tatsache ist jedoch, daß Frauen der Mittel- und Oberschicht zu Ärzten gehen können und das auch tun, während der Großteil der Frauen auf Engelmacher/innen angewiesen ist, deren Methoden bei vielen Frauen zum Tod führen. „Es geht nicht darum, Kinder zu verhindern, weniger Kinder zu haben, als vielmehr darum, ausreichende Bedingungen für alle Kinder zu schaffen," erklärt uns Judith.

Das Verbot der Abtreibung wird von AMNLAE nicht befürwortet, aber es sei auch kein Problem, das ihnen unter den Nägeln brenne. Eine fragwürdige Argumentation angesichts der hohen Zahl alleinstehender Mütter und der ständigen unfreiwilligen Schwangerschaften! (1) Auf Versammlungen von Frauen gehe es um andere Probleme, Grundprobleme wie z.B. den kostenlosen Schulbesuch von Kindern, die Versorgung auf dem Gesundheitsbereich, Wohnprobleme. Die Diskussion um das Thema Abtreibung sei ein Prozeß, der sich erst entwickeln müsse. Anderthalb Jahre zuvor argumentierte Siliva Reyes, damalige Verantwortliche von AMNLAE für „Internationale Beziehungen" ähnlich: „Wir können zur Zeit noch nicht



sagen, daß die Abtreibung legalisiert werden soll. Dies wäre jetzt fehl am Platz, denn es gibt noch keine feste Meinung, keine Basis, keine Bildung. Die Entscheidung der Frau, Kinder zu haben, ist ein fundamentales Recht, das zu begreifen sie lernen wird. Über die Kampagne des Lesens und Schreibens werden wir mit den Frauen darüber reden, damit sie ihren Körper kennenlernen usw. Frage: Du meinst, daß die Frauen in Nicaragua für die Entscheidung zu wenig Bildung haben? Silvia: Die Frauen, um die wir uns sorgen, besitzen noch nicht die notwendige Klarheit, noch kein Bewußtsein darüber. D.h., sie machen die Abtreibung noch nicht als einen bewußten Akt. Ich weiß nicht, was geschehen würde, wir haben jedoch überlegt, daß jetzt noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist. Wir werden eine vollständige Aufklärungskampagne über Empfängnisverhütung wie durch die Pille, Präservative, Spirale etc. durchführen. Wir werden Kurse über die Funktionen des Körpers abhalten, insbesondere auch mit der Fragestellung bezüglich der Vor- und Nachteile einer Abtreibung. Auf dieser Grundlage wird die Frau entscheiden können." (aus: taz-journal Nr. 2, S. 32).
Das Argument, die Frauen könnten noch nicht selbst über Abtreibung entscheiden, ist in meinen Augen eine nicht ernstzunehmende – und dazu noch zynische – Rechtfertigung für die Position der FSLN. Die Tatsache, daß Frauen illegal abtreiben und dabei das Risiko ihres Todes in Kauf nehmen (müssen) zeigt, daß viele Frauen für sich sehr wohl in der Lage sind, eine Entscheidung zu treffen.

Im Rahmen der von Silvia erwähnten Alphabetisierungskampagne, die nach der Dauer von fünf Monaten im August 1980 abgeschlossen war, sowie der jetzigen, darauf aufbauenden Erwachsenenbildung wurden diese Themen bisher nicht angesprochen. Auch die Aufklärungskampagne über Empfängnisverhütung hat bisher nicht stattgefunden; in den Schulen wird jetzt allerdings Aufklärungsunterricht erteilt. In den staatlichen Gesundheitszentren, deren Besuch kostenlos ist, werden Verhütungsmittel inzwischen gratis abgegeben, während beim Privatarzt alles bezahlt werden muß. Vereinzelt kann frau die Pille – ohne Beipackzettel – noch auf dem Markt kaufen, obwohl das inzwischen verboten ist.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob außer den oben genannten Überlegungen und der Angst vor Konflikten mit der Kirche und gewissen Teilen der Bourgeoisie vielleicht noch andere Gründe eine Rolle bei der bisherigen Haltung von FSLN und AMNLAE spielen?
Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Abtreibung taucht immer wieder das Argument auf, Nicaragua brauche Arbeitskräfte für den Aufbau des Landes.
Dieses Argument erscheint in seiner Frauenfeindlichkeit noch harmlos im Gegensatz zu der völlig ernstgemeinten Aussage des Kommandanten Humberto Ortega, „daß in dem Moment, in dem der Sieg sich näherte (gemeint ist der Sieg der Sandinisten über die Diktatur, C.W.) die Frauen mehr Kinder gebären wollten, um mehr Kämpfer zu gebären." (auf dem III. Kongreß der kubanischen Frauenvereinigung, 8.3.1980, Havanna) Worte aus einem Männermund... Aber auch Lesbia, eine Mitarbeiterin des Sozialministeriums, erzählt bei ihrem Aufenthalt in der Bundesrepublik, daß es notwendig wäre, mehr Kinder zu gebären, sowohl für die Produktion, aber auch zur Verteidigung des Landes. Trotz dieser zuletzt angeführten Äußerungen, die offensichtlich das Interesse an einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Gebärfähigkeit von Frauen ausdrücken, darf man/frau nicht zu dem Schluß kommen, daß die Revolutionsregierung eine durchweg frauenfeindliche Politik betreibe. Eine der wichtigsten Erfahrungen während meines Aufenthaltes in Nicaragua war, daß die nicaraguanische Entwicklung sich nicht geradlinig vollzieht, sondern daß viele Maßnahmen – auch die der Regierung – in sich widersprüchlich sind, die Entwicklung in vieler Hinsicht

noch offen ist. Dies setzt allerdings die Möglichkeit des Landes zu einer eigenständigen Entwicklung voraus, was angesichts der wirtschaftlichen und politischen Situation immer schwieriger wird. Die Drohungen Reagans und Co., die Politik des CIA müssen, z.B. auch im Zusammenhang mit der chilenischen Erfahrung, sehr ernst genommen werden. Aber auch, wenn in absehbarer Zeit keine Intervention oder Ähnliches in Nicaragua erfolgen sollte, wird die wirtschaftliche und innenpolitische Lage schwieriger, verstärkt sich der Druck auf die Regierung. Und hierbei besteht meines Erachtens die Gefahr, daß angesichts der angespannten Situation des Landes positive Ansätze zur Verbesserung der Lage der Frauen – wie die Diskussion um den „Neuen Menschen", das Verhältnis Mann/Frau usw. – wieder sekundäre Bedeutung erlangen, vielleicht auch zurückgenommen, zum Nebenwiderspruch degradiert werden.

**Anmerkung**

1) Daraus, daß sich noch keine Diskussion um das Problem entwickelt hat, kann man meiner Meinung nach nicht schließen, daß es nicht vorhanden oder kein brennendes Problem sei. Als solches wird es allerdings erst durch die Diskussion, die sich noch entwickeln wird, deutlich werden. Es ist eben aufgrund der Tabuisierung noch nicht zu benennen. Am Beispiel der Homosexualität wird das vielleicht deutlichr. Das Problem ist in Nicaragua ein noch größeres Tabu, aber man und frau kann deshalb wohl kaum sagen, daß es für Homosexuelle kein brennendes Problem sei.

Christa Widmaier

## Ausschnitte aus Gesetzen der neuen Regierung, die Frauen betreffen

– „Die Familie ist das natürliche Element der Gesellschaft und hat das Recht auf Schutz durch Gesellschaft und Staat. Die Ehe beruht auf der freiwilligen Übereinkunft von Frau und Mann. In den familiären Beziehungen besteht absolute Gleichheit der Rechte und Pflichten zwischen Mann und Frau."

– „Es ist verboten, Schriften, Zeichnungen, Bilder... Anzeigen ... zu veröffentlichen, verteilen, in Umlauf zu bringen oder zu verbreiten, die die Frau als Sexualobjekt oder als kommerzielles Objekt benutzen."

– „Der 30. Mai wird zum Tag der Mutter in Nicaragua erklärt in Erinnerung an ihre hervorragende Beteiligung im Kampf." Der 30. Mai war schon immer Muttertag in Nicaragua gewesen. In den letzten Jahren des Widerstands gegen die Diktatur wehrten sich die Frauen gegen den kommerziellen Mißbrauch dieses Tages und gaben die Parole aus „Wir wollen mehr als ein Geschenk, wir wollen ein freies Vaterland." Ein Plakat der Vereinigung der sandinistischen Kinder zum Muttertag 1981 ist überschrieben mit „Herzlichen Glückwunsch, Mama". Zu sehen ist eine Mutter mit ihren Kindern – alles auf sanftem grünen Hintergrund mit Blümchen und Vögelchen – aber die Mutter ist in Uniform und trägt zusätzlich zum Säugling auf dem Arm noch ein Gewehr um die Schulter.

– Eines der jüngst verabschiedeten Gesetze ist Bestandteil der Familiengesetzgebung, die grundlegend revidiert werden soll. Bei der Debatte um das elterliche Sorgerecht, bzw. um die Erziehungsverantwortung war vor allem der Artikel heftig umstritten, der die Verantwortung für die Kinder – vor allem für Kinder unter 7 Jahren – bei einer Trennung der Eltern regeln soll. AMNLAE schlug vor, daß in dem Fall, wo Mann und Frau sich nicht einig werden, zu wem die Kinder sollen, ein Gericht darüber entscheiden soll. Dabei sollte vom Gesetzgeber keine prioritäre Bevorzugung von Mann oder Frau vorgegeben werden. Demgegenüber stand der Vorschlag der FSLN und anderen, in diesem Fall die Kinder der Mutter zuzusprechen. Hintergrund der monatelangen öffentlichen Debatte, die nicht nur im Staatsrat, sondern in den Medien, den Gewerkschaften und anderen „Massenorganisationen" auf eigenes dafür einberufenen Versammlungen auf den Märkten etc. geführt worden war, war einerseits die Position, daß bei einer Bevorzugung der Mutter die bisherige Praxis der Alleinverantwortung der Frauen für die Kinder auch noch gesetzlich fortgeschrieben wurde. Die Gegenposition sah zwar diese Problematik, betonte jedoch, daß durch Gesetze die unverantwortliche Haltung der Väter ihren Kindern gegenüber auch nicht geändert werden könne. Gesetzlich verankert wurde schließlich der AMNLAE-Vorschlag.

## Tagungshinweise

„Entwicklungspolitischer Film-Work-Shop", 16. – 18.4.82 in der Bildungsstätte 3493 Himmighausen, Information und Anmeldung bei: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho
Seminarreihe „Entwicklung und Unterentwicklung in Zambia", 16. – 18.4.82 (Tecklenburg), 7. – 9.5. 1982 (Vreden), 17. – 20.6.1982 (?), Information und Anmeldung: AKE, s.o.
„Neue Weltwirschaftsordnung – Veränderungen für die Dritte Welt?", 4. – 6.6.1982, Himmighausen, Information und Anmeldung: s.o.

---

„Basisseminar Entwicklungspolitik", 3. – 10.4.82, Dritte Welt-Laden, Stoppenberger Str. 13 - 15, 4300 Essen 1

---

„Symposium Menschenrechte", 16. – 18.4.1982, Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

---

„Was haben wir mit der Dritten Welt zu tun? – Welthandelsbeziehungen am Beispiel Baumwolle und Textilien", 15. / 16. 5. 1982, Antikriegswerkstatt Sievershausen, Information und Anmeldung bei: Juliane Krause, Jasperallee 67, 3300 Braunschweig

---

Wissenschaftliches Symposium „Bruchstellen der Entwicklung- Lateinamerika in den 80er Jahren", 24. – 28.5.1982, Berlin, Veranstalter: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung, Postfach 1125, 1000 Berlin 30

---

„Horizonte '82-Lateinamerika", 2. Festival der Weltkulturen, 29.5. – 20.6.1982, Berlin, Information: Berliner Festspiele GmbH, Budapester Str. 48, 1000 Berlin 30

---

Werkstatt „Alphabetisierung – und was daraus werden kann" (Brasilien, Nicaragua, Kuba, Guinea-Bissau, Mosambique), 19. – 23. 5. 1982, Bad Nauheim
„Wie müssen wir Frauen kämpfen?" Internationales Frauenworkcamp zu Fragen von Frauen im Befreiungsprozeß, 19.7. – 1.8.1982, Kleve. Information und Anmeldung für beide Tagungen: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn.

# HAITI-FLÜCHTLINGE

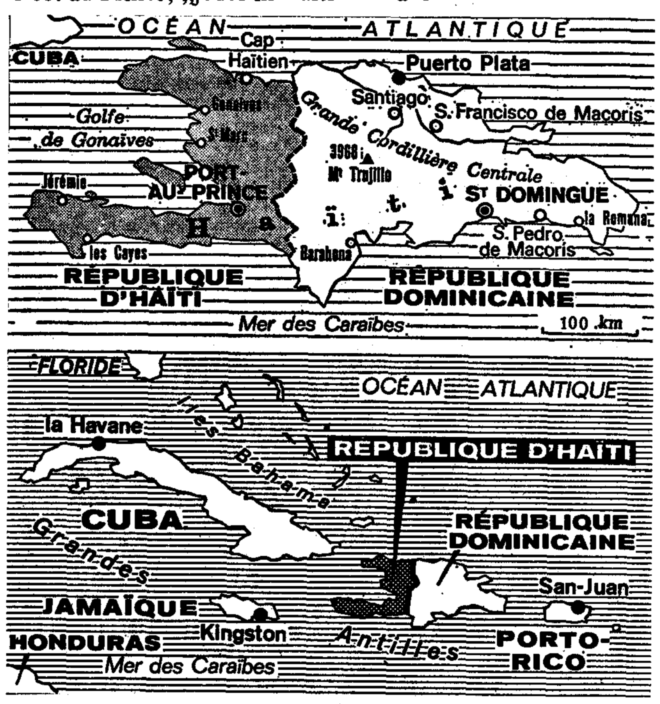
# „Langsam sterben wir"

„Nach meiner Ansicht gibt es keinen Unterschied, ob unsere Regierung die Haitianer nach Fort Drum schickt oder ob in anderen Ländern Unerwünschte in Straflager eingewiesen werden". Mit diesen Worten schloß Karl F. Schmid aus Haddonfield/New Jersey einen Leserbrief, den der „Philadelphia Inquirer" am 8. Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte. Der Briefschreiber kannte die Militärbaracken, die der 2. Weltkrieg übriggelassen hatte, aus eigener Anschauung. Fort Drum, nahe der kanadischen Grenze im Norden des Bundesstaates New York, wo in den ersten Monaten des Jahres die Temperaturen auf weit unter Null fallen und die Witterungsbedingungen im Jahresdurchschnitt härter als in Anchorage/Alaska sind, soll nach dem Willen der US-Regierung zum Sammellager für haitianische Flüchtlinge werden. Die Unterkünfte sind nur schlecht zu beheizen, so schlecht, daß zahlreiche US-Marines, die sich im vergangenen Winter nach der Rückkehr von einem Trainings-Programm in der Karibik zeitweilig dort aufhielten, sich wegen Unterkühlung in ärztliche Behandlung begeben mußten. Hier sollen demnächst Flüchtlinge eingewiesen werden, in deren Heimat die Temperaturen auch in der Regenzeit nicht unter 27°C absinken. Die fast ausschließlich weiße Bevölkerung der Region wird die Ankömmlinge kaum mit Begeisterung willkommen heißen, die sich nicht nur in das Heer der Arbeitslosen einreihen werden, sondern von den Weißen als Konkurrenten auf dem Markt begriffen werden, die gewohnt sind, ihre Arbeitskraft zu Dumping-Preisen anzubieten.

Gegen die Absicht der Regierung in Washington sind zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen Sturm gelaufen. Ihre Begründung: Zu allen Bedrängnissen, die die haitianischen Flüchtlinge mit ihrer Ankunft in den Vereinigten Staaten in Kauf nehmen müssen, kommt nun noch die klimatische Erschwernis hinzu, die die Ankommenden unzweifelhaft als Bestrafung verstehen müssen. Die Einsprüche hatten aufschiebende Wirkung. In diesem Winter soll das Umsiedlungsprogramm nach Fort Drum noch nicht begonnen werden.

Rund 23.000 Flüchtlinge aus Haiti sind in den vergangenen zwei Jahren von der US-amerikanischen Einwanderungsbehörde (Imigration and Naturalization Service, INS) registriert worden. Die tatsächliche Zahl liegt mit großer Wahrscheinlichkeit weit höher. So lange die Nordamerikaner keine Maßnahmen ergriffen, um die Landung der „Boatpeople" bereits auf hoher See zu vereiteln, trafen Tausende von Menschen nach tagelanger Irrfahrt auf kleinen, teils kaum noch seetüchtigen Booten an der Küste Floridas ein. In ihrer Heimat wird ihre Flucht gleichgesetzt mit offener Kritik an dem Regime des Präsidenten auf Lebenszeit, Jean-Claude Duvalier, dessen „Freiwilligen für die nationale Sicherheit" – den berüchtigten Ton Ton Macoutes – viele nur mit knapper Not entkommen konnten. Kritik an Landraub und Erntediebstahl der Paramilitärs oder auch nur an der verschwenderischen Lebensweise und seines bis in die politischen Spitzen jeder Form von Bestechung offenen Clans genügen, um Verfolgung und Haft zu riskieren.

Jeder Übergriff des Regimes und seiner Günstlinge auf die Einkünfte der bäuerlichen Bevölkerung kommt in dem ärmsten Land Lateinamerikas einer Attacke auf die Existenzbasis der Menschen gleich. Nach Daten der Weltbank leben rund 85 % der Sechs-Millionen Bevölkerung „unterhalb der Armutsgrenze" mit einem jährlichen Einkommen von 135 Dollar und weniger. Von tausend Säuglingen sterben 150 vor Beendigung ihres ersten Lebensjahres (zum Vergleich: Nachbarland Dominikanische Republik: 37, BRD: 14). In der Hauptstadt Portau-Prince mit 700.000 Einwohnern liegt die Arbeitslosigkeit bei über 50 %, während das Jahreseinkommen der städtischen Bevölkerung sich auf durchschnittlich 275 Dollar beläuft. Nach den Kriterien der 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (1974) zählt das Land gemeinsam mit El Salvador, Guatemala, Guyana und Honduras zu den „am meisten betroffenen Ländern" (most seriously affected countries, MSAC) Lateinamerikas. „Wer will schon an Armut sterben", zitiert NEWSWEEK (1. Februar 1982) den 21-jährigen Gelegenheitsarbeiter Jean-Robert Dabréus in Fort-au-Prince, „jeder in Haiti will raus".




Die Mischung aus wirtschaftlicher Ausweglosigkeit und politischer Repression – und deren Zusammenwirken – hat seit 1972 rund 50.000 Haitianer veranlaßt, das Land zu verlassen und in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat zu suchen. Während zu Anfang vornehmlich die gebildete Elite auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten und angemessenen Einkommen der Insel den Rücken kehrte, und sich in den USA, Kanada und auch Frankreich niederließ, hat sich mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes das Bild gewandelt. Seit etwa Mitte der siebziger Jahre fliehen immer mehr Angehörige der ländlichen Bevölkerung – rund 80 % der Gesamtbevölkerung – in der überwiegenden Mehrheit Analphabeten und ohne handwerkliche Ausbildung. Allein die Hälfte aller in den USA lebenden Haitianer gelangte in den Jahren 1978 bis 1981 nach Florida, rund 27.000 Menschen. Gegen Ende des Jahres 1979 hatte die Repression mit einer umfangreichen Ver-

haftungswelle ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, die Liberalisierungsphase, die das Regime Duvalier nach dem Regierungsantritt des „Baby Doc" genannten Staatschefs 1971 eingeleitet hatte, endete endgültig nach internen Zwistigkeiten, in deren Mittelpunkt die einflußreiche Mutter des Präsidenten, Madame Simone, stand. Die zuvor eingeschränkten Exzesse der Ton Ton Macoutes gerieten erneut in den Vordergrund des politischen Geschehens, als der junge Duvalier – nach zwei Regierungskrisen im April und November 1979 unter Druck der „Dinosaurier" geraten – die Sicherheitskräfte rehabilitierte und damit die neue Repressionswelle eröffnete. Die „Dinosaurier" Madame Simone's, die gegen jegliche Form einer Liberalisierung opponierenden Scharfmacher des Regimes, hatten die Oberhand gewonnen und Jean-Claude Duvalier gezwungen, sich von seinen engsten Vertrauten – Rony Gillot und Henri Bayard – zu trennen.
Auch die Hochzeit des Präsidenten mit Michelle Bennett im Mai 1980 trägt Züge innenpolitischer Fraktionskämpfe. Die „First Lady" ist die Tochter eines der größten Kaffee- und Cocoa-Exporteure des Landes und führenden Mitglieds der von den Duvaliers ins politische Abseits manövrierten Mulatten-Elite. Inmitten wirtschaftlicher Turbulenzen, mitverursacht durch zwei schwere Wirbelstürme, die die halbe Kaffee-Ernte im Wert von rund 130 Millionen Mark ruiniert und damit fast 50 % der erwarteten Exporterlöse venichtet hatten, entschloß sich Jean-Claude zu einem Schachzug gegen die rivalisierende Fraktion und entließ nach der Millionen-Dollar-Hochzeit den Chef der Geheimpolizei Luc Desyr sowie die Oberkommandierende der Ton Ton Macoutes, Rosalie Adolphe. Henri Bayard erhielt seinen Post als Minister im Präsidentenamt zurück.
Zu dieser Zeit hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission soeben ihren ersten Bericht über die Lage der Menschenrechte in Haiti veröffentlicht. In dem Dokument kommt die Organisation zu dem Schluß, daß alle Erwartungen auf eine Besserung der Situation, die sich mit dem Amtsantritt des jungen Duvaliers verbunden hatten, getäuscht worden waren. Illegale Verhaftungen, Folter und offiziell geduldete politische Morde sind weiterhin eine tagtägliche Praxis im politischen Erscheinungsbild der Insel.
Nach Ansicht des US-amerikanischen Außenministeriums stellt sich die Lage allerdings anders dar. Danach verfügt Haiti über „eine in hohem Maße autoritäre Regierung, die kaum politischen Widerspruch duldet. Dennoch handelt es sich nicht um eine solchermaßen repressive Regierung, daß politisches Asyl gerechtfertigt erscheint. Sie ist keine Pol-Pot-Regierung. Sie ist nicht Kuba. Ein nordamerikanischer Diplomat in Portau-Prince differenzierte kürzlich nach Washingtoner Leseart: „Baby Doc mag korrupt, dumm und faul sein, aber er ist nicht repressiv."
Nach der feinsinnigen Unterscheidung zwischen autoritären und totalitären Regierungen, mit der die Reagan-Administration derzeit die Aufgabe der Carter'schen Menschenrechtspolitik und die Annäherung an rechtsextreme Militärdiktaturen und repressive Regimes rechtfertigt, zählt Haiti zu den Ländern an der „dritten Grenze der Vereinigten Staaten" (Karibik), die als befreundet bezeichnet werden. Danach können Haitianer, die dem heimischen Elend entfliehen und an Floridas Küste anlanden, kaum mit einem ebenso begeisterten Empfang rechnen wie 125.000 kubanische Dissidenten, deren Flucht allemal zu einem weltweit ausgeschlachteten Propagandarummel dienlich war.
Doch auch für die ankommenden Haitianer hatte der Exodus der Kubaner 1980 seine gute Seite. Erstmals geriet ihr Schicksal im Windschatten der Flüchtlinge von der Nachbarinsel in die Schlagzeilen der Presse. Im Juni 1980 erklärte der damali-









ge US-Präsident Carter die Kubaner zu „Ankömmlingen mit ungeklärtem Status" und erweiterte diese Regelung auch auf die ins Land strömenden Haitianer. Im Zuge dieser Maßnahme hatten die Flüchtlinge keine Festnahme oder Deportation zu befürchten. Nach zweimaliger Verlängerung endete das Stillhalteabkommen der Regierung mit den Zuwanderern im Juli 1981. Ab August desselben Jahres ging die Reagan-Regierung zu einer Politik der harten Linie über, nicht zuletzt um Fluchtwillige in Haiti zu desillusionieren, sobald sich die Kunde über die Verschärfung der Lage herumgesprochen habe. Ab September kreuzte in den internationalen Gewässern zwischen Florrida und Haiti das Küstenschutzboot „Hamilton" mit der Aufgabe, Boatpeople auf hoher See an Bord zu zwingen, zu verhören und eventuell wieder an der Nordküste der Insel abzusetzen.
Zugleich signalisierten die Vereinigten Staaten Duvalier unzweideutig, dem Exodus ein Ende zu setzen als Vorbedingung für die Fürsprache der USA zu neuen Krediten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IMF). Inzwischen hatte sich der Flüchtlingstransport aus Haiti zu einem ein-



*Haitianische Flüchtlinge im Hafen von Miami*

träglichen Geschäft entwickelt, an dem auch auf Regierungsebene mitverdient wurde. Es heißt, in den schwierigen Zeiten des vergangenen Jahres haben Vermittler und Schiffseigner bis zu 1.800 Dollar für eine Passage verlangt. Angesichts dieser Preise sahen sich viele Menschen gezwungen, den ungleich risikoreicheren Weg auf kleinen brüchigen Booten in die vermeintliche Freiheit anzutreten, um am anderen Ende auf direktem Weg in die bereitstehenden Internierungslager eingewiesen zu werden.
In 17 Lagern leben derzeit fast 2.300 Haitianer, rund 700

**Zunahme der Zahl an haitianischen Flüchtlingen seit 1978:**

| | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 |
|---|---|---|---|---|
| August | | | 1.731 | 978 |
| September | | | 1.874 | 629 |
| Oktober | | | 2.280 | 306 |
| November | | | 1.021 | 47 |
| insgesamt | 1.815 | 2.522 | 14.550 | 8.023 |

(Daten nach Immigration and Naturalization Service)

in Lager „Krome Avenue" in der Nähe Miamis und im Lager „Fort Allen" auf Puerto Rico, ebenfalls ca. 700 Menschen. Camp Krome, eine frühere Raketenbasis der US-Armee, war ursprünglich wiedereröffnet worden, um die ankommenden Kubaner 1979 für eine Übergangszeit von 72 Stunden unterzubringen, währenddessen man über ihr Asylgesuch befand. Die Unterkunft wird scharf bewacht. Drei Reihen Stacheldraht und bewaffnete Wachposten trennen die Menschen von der Außenwelt. Die sanitären Einrichtungen sind der hohen Zahl an Lagerinsaassen nicht gewachsen, die Wasserversorgung ist katastrophal. Männer und Frauen sind getrennt untergebracht, es geht die Vermutung, daß den Nahrungsmitteln Tranquilizer beigemischt werden. In „Fort Allen" auf Puerto Rico ist die Lage nicht anders. „Wir leben in Hoffnungslosigkeit", schrieb Marie Gladys Gelamy kürzlich an einen Freund in Haiti, „uns kann nichts trösten, langsam sterben wir." Der Tagesablauf der Lagerbewohner ist gekennzeichnet von Beschäftigungslosigkeit und Warten. Für viele dauert diese Situation nunmehr seit mehr als einem halben Jahr an. Gegenseitige Aggressionen und Bedrohungen durch die Wachmannschaften erschweren das Leben der Menschen zusätzlich. Auseinandersetzungen und mysteriöse Todesfälle versetzen sie in ständige Angst um ihre Sicherheit. Ende Dezember vergangenen Jahres waren zahlreiche Männer im Lager „Krome Avenue" aus Protest gegen die Behandlung durch die Behörden in einen Hungerstreik getreten. Über 600 Demonstranten aus Miamis Stadtteil „Little Haiti", in dem rund 25.000 Landsleute leben, sammelten sich außerhalb des Lagers und solidarisierten sich mit den Protestierenden. Dabei gelang zwölf Menschen die Flucht aus der Unterkunft, die von vielen als „Konzentrationslager" bezeichnet wird. Angesichts der aussichtslosen Lage der haitianischen Flüchtlinge – im vergangenen Jahr hat die Einwanderungsbehörde lediglich 49 Asylanträge behandelt, fünf Fälle wurden bewilligt, 5.473 Gesuche müssen noch gesichtet werden – verzweifeln die Menschen zunehmend und sind bereit zu militanten Aktionen.

Zur Unterstützung der Flüchtlinge haben sich bereits vor Jahren Organisationen und Initiativen in Miami und Washington gegründet, die in den vergangenen Monaten immer wieder auf das Schicksal der Boatpeople hingewiesen haben. Zu den ältesten und immer noch wichtigsten Einrichtungen dieser Art zählt das „Haitian Refugee Center" in der 32 North East 54 Street in Miami's Stadtteil „Little Haiti", das unter der Leitung des Priesters Gerard Jean-Juste steht. In seinem kleinen Büro, dessen Wände mit Auszeichnungen und Ehrungen für die Arbeit des Zentrums geschmückt sind, aber auch mit anonymen Drohbriefen und handgeschriebenen Verleumdungen, berichtet der

Geistliche von der Arbeit des Zentrums. Die Einrichtung widmet sich vorrangig der Rechtsberatung von Haitianern, von denen kaum einer Kenntnisse in Lesen und Schreiben besitzt. Sie vermittelt Anwälte und erteilt darüber hinaus Ratschläge in allen Lebenslagen.
Zwei weitere Flüchtlingszentren in unmittelbarer Umgebung, eines davon von Baptisten unterhalten, teilen sich mit der Einrichtung Jean-Juste's in die Betreuungsarbeit und übernehmen vorrangig karitative und soziale Aufgaben. Ende vergangenen Jahres hat sich in Miami eine Gruppe von dort lebenden Nordamerikanern zu einer Organisation namens „Friends of the Haitians Refugees" zusammengeschlossen und arbeitet eng mit dem Flüchtlingszentrum in „Little Haiti" zusammen.

Am 12. Dezember trafen in der US-Hauptstadt Washington rund 7.000 Demonstranten zum „Marsch auf Washington" ein, um von der Reagan-Regierung die Freilassung aller internierten Haitianer bis Weihnachten 1981 zu fordern. Der Protestmarsch war vom „Committee for the Defence of Haitian Refugees" und der New Yorker „National Association for the Advancement of Colored People" (NAACP) organisiert worden. Kirchenvertreter aus vielen Teilen der USA und Kanadas nahmen daran teil. Zu den weiteren Forderungen der Demonstranten zählte: Politisches Asyl und Liberalisierung ihres Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten für alle 50.000 Haitianer, Schluß mit Militär- und Finanzhilfe an die Duvalier-Diktatur, Schluß mit der Praxis, Flüchtlinge auf hoher See abzufangen.

Ulrich Stewen

## Wenn zwei das Gleiche tun...

... dann ist es bekanntlich nicht immer das Gleiche. Diese alte Erkenntnis scheint besonders dann zu gelten, wenn Amerikas Hinterhof, die Karibik, dabei mit im Spiel ist.
Am 18. Januar dieses Jahres wurde in Miami ein Prozeß gegen Bernhard Sansaricq und weitere 25 Exil-Haitianer eröffnet. Die Anklage beruht auf dem in der amerikanischen Verfassung niedergelegten „Neutraitäts-Akt" von 1794, demzufolge jeder Angriff strafrechtlich verfolgt wird, der in Friedenszeiten vom Boden der USA aus gegen ein anderes Land unternommen oder auch nur vorbereitet wird. Tatsächlich hatte Sansaricq, der vor 18 Jahren in die USA geflüchtet war, nachdem Duvaliers „tonton macoutes" den größten Teil seiner Familie umgebracht hatten, Anfang Januar versucht, zusammen mit 40 anderen Haitianern von Florida aus ein bewaffnetes Landungsunternehmen an der Nordküste Haitis durchzuführen. Der Versuch – der erste dieser Art seit vielen Jahren – mißlang jedoch. Sansaricq und der Rest seiner Gruppe mußten den Rückzug nach Florida antreten. Hierbei wurden sie durch ein Schiff der amerkanischen Küstenwache, das zum Abfangen von Flüchtlingen routinemäßig in den Gewässern vor Haiti operierte, gestellt und zwangsweise nach Miami gebracht.
Nun könnte man, von einem rein legalistischen Standpunkt aus betrachtet, bis hierher vielleicht noch ein gewisses Verständnis für das amerikanische Verhalten aufbringen. Denn, so ließe sich argumentieren, keine Regierung kann es sich leisten, daß ihr Territorium zum Sprungbrett für bewaffnete Aktivitäten gegen eine andere Regierung wird, sofern sie sich nicht im Kriegszustand mit ihr befindet. Selbst wenn solche Aktivitäten den Sturz eines diktatorischen Regimes zum Ziel hätten – Gesetz muß Gesetz bleiben, denn der Grundsatz der strikten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ist nun mal nicht teilbar!
In der Tat ist dies die Argumentationsebene, auf der sich die amerikanische Rgierung in Sachen Sansaricq bewegt. Indessen zeigt ein Blick hinaus über den Gerichtssaal, in dem sich Bernard Sansaricq zur Zeit verantworten muß, hinein in die politische Realität, daß Gesetz durchaus nicht immer Gesetz bleiben muß und daß der von offizieller Seite so vehement verteidigte Grundsatz der Nichteinmischung offenbar doch teilbar ist. Denn nur wenige Kilometer vor den Toren Miamis treffen sich jedes Wochenende mehrere hundert bewaffnete Männer in einem privaten Aubildungslager zum militärischen Drill. Daß es sich hier nicht nur um ein paar verrückte Hobby-Soldaten handelt, wird dem Beobachter angesichts der überaus harten Ausbildung, vor allem aber der Zusammensetzung und des Programms dieser Truppe schnell klar, „Inter-American Defense Force" nennt sie sich, und das offen erklärte Ziel ihrer allesamt aus Kuba und Nikaragua stammenden Mitglieder ist es, sobald wie möglich „die Ordnung" in diesen Ländern wiederherzustellen. Welche „Ordnung" damit gemeint ist, dürfte ein Blick nach El Salvador oder Guatemala zeigen.

Leider scheint es sich bei diesen starken Worten nicht nur um das sonst in der rechten Exil-Szene von Miami gängige Maulheldentum zu handeln, denn hundert dieser „Ordnungshüter" soll es bereits gelungen sein, über Honduras nach Nikaragua einzusickern. Bei dieser „Defense Force" handelt es sich im übrigen keineswegs um eine im Untergrund operierende Organisation. Das Ausbildungslager ist praktisch jedermann zugänglich und sein Befehlshaber, der „Commandante Bombilla" – ein Exil-Kubaner der ersten Stunde – ist ein angesehener Geschäftsmann, der unter seinem bürgerlichen Namen „Jorge Gonzales" ohne weiteres im Telefonbuch von Miami zu finden ist. Die Regierung in Washington wird jedenfalls kaum behaupten können, daß ihr die Existenz dieser Bürgerkriegstruppe nicht bekannt sei. Sie versucht vielmehr, die ganze Angelegenheit herunterzuspielen. „Was ist denn schon dabei, wenn ein paar Leute mit ihren Gewehren durch die Sümpfe rennen", lautet der Kommentar des zuständigen Staatssekretärs und des FBI, das unter Nixon und Carter wenigstens noch ein paar mal pro forma auf „Commandante Bombillas" Gelände auftauchte, sich seit dem Amtsantritt Reagans aber überhaupt nicht mehr dort sehen läßt.
Inzwischen geht der Prozeß gegen Bernard Sansaricq weiter – bis zu drei Jahren Gefängnis kann ihn seine „Verletzung der Neutralität" kosten. Wie gesagt, wenn zwei das Gleiche tun...

fbt

NZZ: 13.1., 16.1.1982
Le Monde 5.1., 16.1., 21.1., 23.1.82
Liberation: 30.12.81, 12.1.82.

# INDIANER

# Klage der Oglala-Sioux

## Die Indianer fordern die Rückgabe der Black Hills

Der Oberste Gerichtshof der USA hat in letzter Instanz die Klage des Oglala-Stammes der Sioux auf Rückgabe der ihnen vor über 100 Jahren geraubten Black Hills (Schwarze Berge) zurückgewiesen. Der Stamm hatte die Verfassungsmäßigkeit der Konfiszierung dieses ihnen seit undenklichen Zeiten heiligen Landes angefochten. Der Kongreß hatte im Jahre 1877 die Black Hills unter Bruch des Vertrages mit den Sioux von 1868 annektiert, damit er nicht gegen die Hunderte von Goldsuchern vorgehen mußte, die entgegen diesem Vertrag in das Land der Sioux eindrangen. Der Oberste Gerichtshof selbst hatte 1980 festgestellt, daß „ein reiferer und krasserer Fall unehrenhaften Handels in unserer Geschichte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu finden sein wird" als der Raub der Black Hills.
Einige andere Stämme der Sioux-Nation hatten im Sommer 1980 eine Entschädigung von 105 Mill. Dollar für ihre Ansprüche an den Black Hills zugesprochen bekommen, etwa ein Tausendstel des gegenwärtigen wirtschaftlichen Wertes des Landes allein an Mineralien und Holz. Die Oglala jedoch wiesen jede Geldzahlung zurück, da die Black Hills ihr Heiliges Land und als solches „nicht zu verkaufen" sei. Sie strengten eine separate Klage an und argumentierten, daß die Konfiszierung des Landes nicht verfassungsgemäß gewesen sei, da sie erstens zu privatem Nutzen erfolgt sei und zweitens ihr Grundrecht der Religionsfreiheit wesentlich einschränke. Wie alle anderen US-Bürger in einem solchen Fall auch hätten sie daher einen Anspruch auf die Aufhebung der Konfiszierung und die Rückgabe ihres Landes.

Mit dem Fall beschäftigte Juristen befürchten, daß die Entscheidung des Obersten Gerichts einen Präzedenzfall darstellen könnte, der auch weitreichende Auswirkungen auf die weiße Bevölkerung in den USA hat. „Die Entscheidung des Gerichts war eine flagrant politische", sagt der Rechtsberater der Oglala und Professor an der Universität von Seattle, Russel Barsh, „und das amerikanische Volk hat ein Recht zu wissen, daß durch sie seine eigenen Bürgerrechte in Gefahr sind". Zum ersten Mal in der Geschichte der USA, erklärt er, könne der Kongreß Bürgerrechte für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe selektiv beschränken oder aufheben, ohne gerichtliche Intervention fürchten zu müssen. „Die Sioux sind nur die ersten. Morgen könnte sich der Kongreß die Rechte der Frauen, der Schwarzen oder der Armen in diesem Land schnappen und ihnen Schecks schicken, sagen wir 500 Dollar für das Wahlrecht oder 200 Dollar für die Redefreiheit."
Die Entscheidung des Gerichts ebnet den Weg für ausgedehnten Kohle- und Urantagebau in den Black Hills. Gegen diesen Anschlag setzen sich sowohl regionale Umweltschützer und Viehzüchter als auch die Sioux zur Wehr. Zu den direkten Nutznießern der Entscheidung gehören die Gesellschaften Union Carbide, United Nuclear (eine Abteilung der Homestake Mining company) und die Tennessee Valley Authority, die alle an dem Plan beteiligt sind, eine Kette von Uranaufbereitungsanlagen und Kernkraftwerken in den Black Hills zu errichten. Explorationsarbeiten haben bereits dem Volk der Sioux heilige Felsformationen und andere Stätten zerstört.

Der dritte erfolglose Versuch des Stammes, vor amerikanischen Gerichten die Rückgabe ihres Landes zu erreichen, wird nach Aussagen ihrer Anwälte Mario Gonzalez und Russel Barsh nicht der letzte sein. Bereits eine Woche nach dem Urteil haben die Oglala die Homestake Mining Company, einen der größten Goldproduzenten der Welt, auf den Besitz ihrer Goldmine in den Black Hills verklagt. Wieder berufen sie sich auf den Vertrag von 1868, der ihnen „absoluten und ungestörten Gebrauch und Besitz" der Black Hills garantiert. Sie verlangen Zugang zu dem Land zu religiösen Zwecken sowie Schadenersatz für das bisher gewonnene Gold, Silber und Holz. Allein Homestake hat bis 1980 etwa eine Milliarde Dollar aus den Black Hills herausgeholt.

Während Glücksjäger und Gesetzesbrecher in den Black Hills unter dem Schutz des Kongresses ihr Glück machten, hungerten die Sioux. Heute, im Zuge der „Reaganomie" (d.h. Reagan-Ökonomie) kämpfen die Oglala mit einer Arbeitslosenrate von 80 % und mit den armseligsten Gesundheits- und Ernährungsbedingungen in den USA. Niemals haben die Sioux einen Pfennig von den geschätzten 50 Mrd. Dollar gesehen, die die Black Hills allein an Mineralien wert sind, während Homestake ihren Aktionären noch immer Millionen jährlich an Dividenden auszahlen kann. „Es ist Zeit", meint Mario Gonzalez, „daß dieses Land sich der Tatsache stellt, daß es seinen Wohlstand und sein großes Schicksal in der Geschichte mindestens ebensosehr der Gesetzlosigkeit wie der Genialität verdankt."

Neben diesem neuen Gerichtsverfahren bereiten die Sioux aber auch politische Verhandlungen vor. Noch im letzten Jahr wurde eine Strategieresolution verabschiedet, die die feste Absicht bekräftigt, die Black Hills zurückzugewinnen, Geldzahlungen kategorisch zurückzuweisen und die Oglala in ihren gerichtlichen Bemühungen zu unterstützen. Die Resolution liegt jetzt den 26 Regierungen der einzelnen Sioux-Reservationen zur Abstimmung vor. Auch wurden Kontakte zu den befreundeten Cheyenne geknüpft, die ebenfalls alte Rechte auf die Black Hills haben. Im März soll ein Gipfeltreffen der Häuptlinge beider Stämme in Oklahoma stattfinden. Für das Frühjahr ist ein Marsch nach Washington D.C. geplant, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Daneben wollen sich die Sioux vor allem darauf konzentrieren, durch Herstellung internationaler Öffentlichkeit Druck auf die USA auszuüben. Die US-Menschenrechtskommission untersucht die Situation in den Black Hills seit 1980 und könnte sie in diesem Monat einer speziellen Arbeitsgruppe über eingeborene Völker übertragen. Auf internationalen Treffen in Genf im letzten Herbst stellten Delegierte der Oglala fest, daß der Fall in Übersee mehr Aufsehen erregt als in den USA, und der jetzige Gerichtsentscheid dürfte für viele den Unwillen der USA demonstrieren, indianische Klagen friedlich und gesetzesmäßig beizulegen. „Die Zeit wird bald kommen", warnt Mario Gonzalez, „wenn Amerikaner im Ausland genauso feindlich aufgenommen werden wie weiße Südafrikaner. Vielleicht wird das den Kongreß aufrütteln, sich in dieser Sache wie eine verantwortungsvolle Regierung zu verhalten, um sich den Respekt der schwindenden Anzahl seiner Verbündeten zu erhalten. Wir bedauern, daß dieser

Fall Stoff für anti-amerikanische Gefühle im Ausland geben wird, aber das wird die unausweichliche Konsequenz sein."

Kontaktadresse:
Arbeitsgruppe Nordamerikanische Indianer
der
GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER
c/o Stefan Dömpke
Hochstätterstr. 3, 1000 Berlin 65

**Film zur Problematik von »Heimpatenschaften für arme Kinder« im Verleih**

Wohl 150000 Familien, Gemeinden und Gruppen haben allein in der Bundesrepublik die Patenschaft für ein Kind in der Dritten Welt übernommen. Viele finanzieren mit ihrem monatlichen Beitrag die Unterbringung ›ihres‹ Kindes in einem Heim. Das Problem der Patenschaften wurde in den vergangenen zwei Jahren in der Öffentlichkeit heftig diskutiert.
Der im dritten Fernsehprogramm gesendete Film **»Patenkinder – Hilfe mit beschränkter Haftung«** von Peter Krieg und Heidi Knott steht interessierten Gruppen, Kirchengemeinden usw. für Informationsveranstaltungen zur Verfügung.

Verleihstellen:
Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G.
Alfons-Str. 1
8000 München 19 Tel. 089/1901208

Arbeitsgruppe ›Kinder in der Dritten Welt‹
Seilenrade 6
5832 Meinerzhagen Tel. 02358/1319

Informationszentrum III. Welt
Heinrichstr. 5
4690 Herne I Tel. 02323/52681

# MEDIEN

# Werner „Fitzcarraldo" Herzog und die Indianer

Zweieinhalb Jahre lang (1979 – 1981) richtete Deutschlands „progressiver" Filmemacher Werner Herzog im peruanischen Urwald Unheil an. 16 Mio. Mark kostete schließlich der Film, der seit dem 5. März in unseren Kinos läuft. In echter Kolonisatoren-Mentalität realisierte Herzog seine Filmidee gegen den ausdrücklichen Willen der von den Dreharbeiten betroffenen Indios (vgl. auch „blätter des iz3w" Nr. 81 und 83).
Da die Massenmedien in ihrer Berichterstattung bislang fast immer die Position Herzogs aufnahmen und damit seine Verleumdungen gegenüber den betroffenen Indios, hatte der Rat der Aguaruna und Huambisa die bundesdeutsche Filmemacherin Nina Gladitz eingeladen, in ihrem Gebiet einen Film zu drehen, in dem die Geschehnisse aus der Sicht der Betroffenen dokumentiert werden sollten.
Anläßlich der Autorisierung dieses Films durch die Aguaruna selbst wurde Anfang März in München eine Pressekonferenz veranstaltet, auf der der Vertreter des Rates der Aguaruna und Huambisa, Evaristo Nugkuag Ikanan noch einmal die Vorgänge aus der Sicht der Betroffenen schilderte (vgl. auch TAZ vom 5.3.1982).
Aufgrund ihres hohen Organisationsgrades gelang es den Aguaruna und Huambisa schließlich, Herzog an der Durchführung seines Vorhabens auf ihrem Territorium zu hindern, obwohl dieser nicht vor Militäreinsatz, Verhaftungen, Prozessen, Bestechung und Erpressungen zurückgeschreckt war.
So mußte sich Herzog einen neuen Drehort suchen, und er fand ihn im Territorium der Campa-Ashaninka und Machiguenga, 1000 km weiter südlich in Zentralperu, wo er 1980 und 1981 seinen Film fertigstellte.

**Werner Herzog bei den Machiguenga**

Ab August 1980 filmt Werner Herzog bei den Machiguenga in der Dorfgemeinschaft CAMISEA am Fluß gleichen Namens und am Urubamba. Dieses Gebiet war einst das Zentrum der indiomordenden Aktivitäten des Kautschukkönigs Fitzcarrald. Von dort aus wurde das Gebiet des Madre de Dios von ihm und seinen Helfershelfern erschlossen. Herzogs Wunsch nach authentischer Kulisse ist hier voll entsprochen. Die in diesem Gebiet lebenden Machiguenga haben keine gemeinsame starke Organisation. Sie wurden von Herzog überlistet, indem er ihnen versprach, sich für Landbesitzurkunden für ihre Dorfgemeinschaften einzusetzen. Im Vertrag zwischen den Machiguenga und der Filmgesellschaft, der im Beisein eines Regierungsvertreters abgeschlossen wurde, ist davon nichts erwähnt. Als Vergütung für die Nutzung von 5 Hektar Urwald für das Camp und einen Streifen Land von 30 m Breite und 800 m Länge wurde den Machiguenga

> anderhalb Dutzend Spaten, 12 Dutzend Beile, ein Dutzend Macheten, je 12 Dutzend Bleistifte, Hefte, Tafeln und Kreide, ein 9-PS-Motor mit Stange und der Bau einer Schule und eines Gesundheitspostens zugesichert.

Herzogs Anspruch, seine authentische Naturkulisse mit 2.000 Indianern originalgetreu zu bereichern, konnte mit Geld, Gewalt und guten Worten nicht verwirklicht werden. Die Flugzeuge der Filmgesellschaft waren wochenlang auf Werbetour, flußauf, flußab wurden die Dorfgemeinschaften der Ashaninka (auch Campa genannt) angeflogen, um Statisten zu werben. Mit Hilfe von Missionaren und Arbeitsvermittlern kamen schließlich 400 Indianer zusammen. Viele von ihnen wurden von weither eingeflogen und für vier Wochen angemietet. Das Filmen dauerte jedoch länger als drei Monate, und viele von ihnen waren auf den Rückflug angewiesen, weil es keine andere Transportmöglichkeit gab. Niemanden kümmerte es, daß sie in ihren Dörfern für notwendige Arbeiten gebraucht wurden. Der gesundheitliche Zustand vieler Indianer war wegen der mangelhaften Ernährung miserabel. Es starben vier Ashaninka-Frauen an Lebensmittelvergiftung, ein Indianer ertrank im Fluß. Ein Flugzeug und ein Hubschrauber stürzten ab. Fazit: vier schwerverletzte Ashaninka, einer von ihnen für immer gelähmt.
Und nun? Was aus dem Film-Kunstwerk wird, werden wir hier erleben. Ob es in Cannes oder anderswo preisgekrönt werden wird, ist für die Indianer gleichgültig. Die Ashaninka von den Flüssen Ene und Tambo, woher die meisten von ihnen kamen, kehrten mit ihren statt Geld verdienten Gewehren in ihre Dorfgemeinschaften zurück. Zurück in das zur Zeit explosivste und spannungsgeladenste Urwaldgebiet Perus. Seit zwei Jahren werden ihnen die ihnen laut peruanischer Verfassung und Gesetzgebung zustehenden und

beantragten Landbesitzurkunden verweigert. Kolonisationsgesellschaften, Holzfirmen und einzelne Siedler nehmen den Dorfgemeinschaften ihr Land weg. Schon gab es Fälle von Bedrohung durch Waffen und Schüsse von Seiten der weißen Siedler. Das Gebiet des Ene und Tambo ist das letzte Rückzugsgebiet eines einst großen Territoriums. Der Fluß Ene soll nun in ganzer Länge durch drei Dämme mit Unterstützung von Geldern aus deutscher Entwicklungshilfe und von deutscher Industrie gestaut werden, um Lima mit Strom zu versorgen. Die Dorfgemeinschaften am Fluß werden dann im Stausee verschwinden.
In dieses Gebiet platzte Herzog völlig blauäugig und ohne jegliches Gespür für die politischen Zusammenhänge eines fremden Landes hinein. Wer trotz dieser Umstände die vom Ethnozid bedrohten Indianer zum Objekt seiner Filmexotik macht und gleichzeitig seinen Anspruch, phantasievolle Produktionen zu schaffen, auf Kosten von Menschen verwirklicht, zu deren Bedrohung er selbst durch seine Regiearbeiten wesentlich beigetragen hat, der verkehrt diesen Anspruch in sein Gegenteil – in einen inhumanen.

**Wir klagen an: „Stern" und „Spiegel"**

**1. Verbreitung von Lügen**

indem in Veröffentlichungen behauptet wird, der Film „Fitzcarraldo" sei im Gebiet und unter Mitwirkung der Aguaruna entstanden. Außerdem verbreitet der „Stern" in seiner neuesten Ausgabe die Lüge, amnesty international habe Herzog rehabilitiert, was nicht der Wahrheit entspricht.

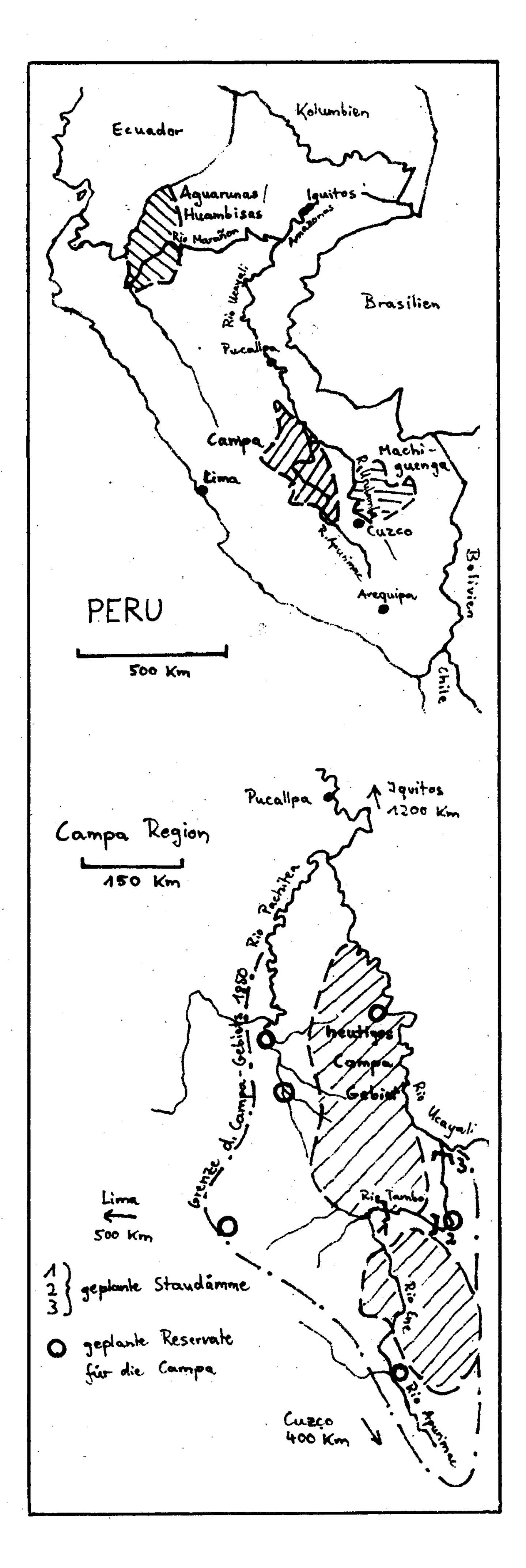
**2. Unterschlagung von Informationen**

Seit der Pressekonferenz anläßlich der Filmtage in Hamburg 1979, lagen der Presse alle Dokumente und Zeugenaussagen zu dem Fall vor. Von diesen Dokumenten wurde nur deswegen von der Presse nicht Gebrauch gemacht, weil Herzog behauptete, die Dokumente seien gefälscht.
Der „Spiegel" entsandte im Juni 1981 einen Journalisten nach Lima, der trotz besseren Wissens nicht über die wirklichen Vorgänge berichtete.

**3. Verherrlichung von Gewalttaten und Ausbeutung**

sowie, im Falle des „Spiegel", finanzielle Interessenkollision durch den Mehrheitseigner des „Spiegel", Herausgeber Augstein am Verleih des Filmes, „Filmverlag der Autoren."
Die brutale Rücksichtslosigkeit des Filmemachers im Umgang mit seinen Statisten, sowie die untolerierbaren Drehbedingungen, die den Tod von mehreren Statisten verursachten, werden im „Spiegel" und „Stern" als Beweis für die Genialität und Entschlossenheit des Filmemachers gepriesen.
Wir sind im Gegensatz zu Werner Herzog der Meinung, daß nicht alleine das Ergebnis (der Film) zählt, sondern daß auch die Produktion eines Filmes ethische Minimalforderungen erfüllen muß.
Wir sind aufgrund des umfangreichen Beweismaterials überzeugt, daß Werner Herzog in Peru als Konquistador des Kinos aufgetreten ist und die Menschenrechte der betroffenen Indios verletzt hat.
Wir sind empört, daß Teile der Presse dies noch als Teil des Herzog-Mythos verbrämend feiern.

*Aktion Dritte Welt, Freiburg; Nina Gladitz, Filmemacherin; Eric Sabourin, Agronom; Peter Krieg, Filmemacher, Alf Maier, Medium, Heidi Knott, Filmemacherin.*



## Aufruf zu Flugblatt-Aktionen zum Herzogfilm „Fitzcarraldo"

Am 5. März lief in vielen Städten der Bundesrepublik Herzogs neuer Film „Fitzcarraldo" in den Kinos an. Er war vorher in den Massenmedien hochgejubelt worden: selbst die Zeitschriften, in denen noch vor zwei Jahren kritische Kommentare zu dem Wahnsinnsprojekt Herzogs und seinem rücksichtslosen Vorgehen erschienen waren, wurden die problematischen Bedingungen, unter denen der Film entstanden war, nicht erwähnt; das heißt also *wissentlich verschwiegen*.
Wir als Aktionsgruppen haben uns vorgenommen, die Kinobesucher wenigstens mit den wichtigen Hintergrundinformationen zu versorgen. In Aktionseinheit mit der Gesellschaft für bedrohte Völker, Regionalgruppe Freiburg, verteilen wir jeden Abend vor der Abendkasse im Kino Flugblätter.
Wir wollen alle anderen Aktionsgruppen dazu aufrufen, auch Flugblätter zu verteilen, wenn der Film in ihren Städten anläuft. Wir haben festgestellt, daß die Kinobesucher die Flugblätter sehr genau lesen, und daß man schon nach kurzer Zeit zu oft sehr interessanten Gesprächen über das Problem der Indianer, über das Medium Film und Konsumentenverhalten, oder über die Unterdrückung von Informationen kommt. Viele erinnern sich dann daran, daß vor zwei Jahren auch in der bürgerlichen Presse kritische Kommentare zu dem Zustandekommen des Films standen. Und es kommt – wenn auch nicht sehr oft – vor, daß sich Kinobesucher daraufhin entscheiden, nicht in den Film zu gehen...
Noch etwas zur Frage Boykott-Aufruf oder nicht:
Wir meinen, daß es wahrscheinlich nicht sehr effektiv ist, jemanden, der gerade an der Kasse steht, um sich eine Eintrittskarte zu kaufen, oder der sich sogar schon eine gekauft hat, ein Flugblatt in die Hand zu drücken, in dem zum Boykott des Films aufgerufen wird. Der wird dann eher abblocken und eventuell das Flugblatt gar nicht mehr lesen. – In anderen Situationen und auch Veranstaltungen kann man sehr wohl zum Boykott des Films aufrufen.

**Literaturhinweise**


1. „blätter des iz3w" Nr. 81 und 83
2. Vierte Welt Aktuell, Nr. 12, Der Fall Herzog-Gesellschaft für bedrohte Völker, Pf 159, 3400 Göttingen
3. Pogrom Nr. 74/75, 11. Jg. 1980, S. 80 - 88. Hg.: Gesellschaft für bedrohte Völker
4. „Die Aguaruna und der Zorn des Werner Herzog" – Tribunal Theater unter Verwendung von authentischem Textmaterial und mit Texten der Aguaruna über sich selbst. Lateinamerikakomitee, c/o ZEF, Pariser Str. 7, 8000 München 80
5. „Weil wir in Wirklichkeit vergessen sind" – Manfred Schäfer (Hg) 13,50 DM, Trickster, Pf 34 02 58, 8000 München 34
6. Lateinamerikanachrichten Nr. 101

# INTERNATIONALISMUSARBEIT

# Wo steht die Solidaritätsbewegung heute?

## Ein Treffen in Frankfurt

**Am 27. und 28. Februar '82 trafen sich in Frankfurt etwa 120 Leute, um miteinander über den gegenwärtigen Zustand und die Zukunft der westdeutschen Solidaritätsbewegung für die Dritte Welt zu sprechen. Hauptinitiator des Treffens war das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), das der DKP nahesteht. An der Vorbereitung mitbeteiligt waren (in der Reihenfolge ihres Engagements): Die Zeitschrift Peripherie, das iz3w Freiburg und der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO). Einleitende Referate wurden gehalten von Michaela v. Freyhold (Peripherie) und Dieter Boris (ASK).**

Michaela v. Freyhold stellte fest, daß sich die Solidaritätsbewegung lange Zeit in einem schlechten Zustand befunden hat, für dessen Überwindung erst seit kurzem – vor allem mit dem Aufkommen der Friedensbewegung – Ansätze sichtbar werden. Merkmale dieses schlechten Zustands seien: Schwärmerische und daher leicht enttäuschbare Identifikation mit den Befreiungsbewegungen, Flucht vor eigenen Problemen und Projektion eigener Wünsche in die Ferne der Dritten Welt. In Wirklichkeit sei der Kampf der Befreiungsbewegungen bisher kein allgemeiner Emanzipationsprozeß gewesen, sondern – auch und gerade wo er sich marxistische Begriffe gibt – eine nachholende Industrialisierung nach westlichem oder Ostblock-Vorbild. Die Arbeiter in den Betrieben der Volksrepublik Mosambique würden um keinen Deut weniger ausgebeutet, seien um keinen Deut weniger fremdbestimmt und von ihrer Arbeit entfremdet als in irgendeinem kapitalistischen Konzern. Die Solidaritätsarbeit sei auf eine harte Probe gestellt, weil immer deutlicher würde, daß die Entwicklung der Dritten Welt – auch der fortschrittlichen Länder – auf ein höchst unerwünschtes Ergebnis hinausliefe: Eine ängstigende Industriegesellschaft derselben Art, wie wir in Europa sie heute erleben. Mit dieser Verunsicherung könne die westdeutsche Linke nur fertig werden, wenn sie sich darauf besinne, daß Solidaritätsarbeit vor allem in ihrem eigenen Interesse sei. Diese nicht eben seltene Denkfigur (und mehr ist es zunächst einmal nicht) füllte Michaela v. Freyhold vor allem mit friedenspolitischem Inhalt: Wenn wir Europäer überleben wollten, müßten wir für ein blockfreies Europa ohne Raketen und Atomsprengköpfe sorgen. Die Blockfreienbewegung der Dritten Welt sei dabei unser natürlicher Verbündeter.

Gegenüber diesen wenigstens streckenweise anregenden Überlegungen blieb das Referat von Dieter Boris in vermeintlich marxistischem Konventionalismus stecken. Auch er beklagte idealistische Schwärmerei in der Solidaritätsbewegung, die er mit einem Zustand leicht verletzbarer Verliebtheit verglich. Er sah darin aber nur einen Fehler der längst überwundenen Phase Ende der sechziger Anfang der siebziger Jahre, der auf die mittelständisch-bildungsbürgerliche Herkunft der studentischen Jugend zurückzuführen sei. Angeblich habe die damalige Solidaritätsbewegung die sozialrevolutionäre Komponente der Befreiungsbewegungen in Indochina übersehen. Boris bestritt, daß es überhaupt einen eigenständigen weltpolitischen Faktor Dritte Welt gibt, und vertrat die alte These, daß zwischen kapitalistischen Ländern und dem sozialistischen Lager (womit er vermutlich die Staaten des Warschauer Paktes meinte) der Hauptwiderspruch in der Welt besteht. Es sei Unsinn, die Dritte Welt aus dieser Konfrontation heraushalten zu wollen. Zwei Fehler seien es vor allem, die die Solidaritätsbewegung in Zukunft vermeiden müsse: Erstens die verbreitete Orientierung am Modell der autozentrierten Entwicklung. Und zweitens die kritische Auseinandersetzung mit der Politik des sozialistischen Lagers (Beispiel: Afghanistan). Schließlich stellte Boris einen Kriterienkatalog auf, mit dessen Hilfe festgestellt werden könne, ob eine Befreiungsbewegung Unterstützung verdient oder nicht:
1. Strebt sie die Befriedigung körperlicher Grundbedürfnisse an (Nahrung, Kleidung, Wohnung)? 2.Strebt sie die Befriedigung geistiger Grundbedürfnisse an (Alphabetisierung)? 3. Strebt sie Wirtschaftsstrukturen an, die aus der Unterentwicklung herausführen? 4. Versucht sie, sich ökonomischen und ökologischen Krisen entgegenzustellen? 5. Strebt sie politische Partizipation der Bevölkerung an? Die letzten 3 Punkte blieben dabei ohne Konkretisierung.
In fünf Arbeitsgruppen wurden dann folgende Themen besprochen: US-Imperialismus heute; ökonomische und politische Differenzierungsprozesse zwischen den Ländern der dritten Welt und innerhalb der Länder; die Rolle von kultureller Identitätssuche und Nationalismus im Befreiungskampf; Beziehungen der Sowjetunion zur Dritten Welt; soziale und psychische Bedingungen der Solidaritätsarbeit bei uns selbst.
An der Diskussion über die gegenwärtigen Strategien des US-Imperialismus beteiligten sich nur sechs Leute. Ich schloß mich der Arbeitsgruppe über Probleme der kulturellen Identitätssuche an und versuchte dort die These zu vertreten, daß die Solidaritätsbewegung bisher zu wenig die nationalistische Motivation des Befreiungskampfes berücksichtigt hat, die durch die Bedrohung der den Völkern je eigenen Lebensweise durch den Imperialismus hervorgebracht wird. Mir scheint der Nationalismus (oder vielleicht besser: Ethnozentrismus) eine zwiespältige Rolle im Befreiungskampf zu spielen, deren beide Seiten man stets im Auge behalten sollte: Einerseits ist er ein antreibender und einender Faktor im Kampf gegen ausländische Einflüsse, also auch gegen den Imperialismus, andererseits aber behindert er innerhalb der Länder Klassenauseinandersetzungen und damit sozialen Fortschritt. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben, was auch Überlegungen dazu, wo Nationalismus historisch berechtigt ist und wo nicht, kaum aus der Welt schaffen werden.
Es kam jedoch nicht zur Diskussion dieser These, da in der Arbeitsgruppe alsbald ein ritueller Streit über den Unabhängigkeitskampf der EPLF in Eritrea gegen das eng mit der UdSSR verbundene äthiopische Militärregime ausgelöst wurde. Jürgen Ostrowski vom ASK verlangte, die EPLF müsse einsehen, daß ihr Kampf um nationale Autonomie mit der Errichtung einer fortschrittlichen Zentralgewalt 1974 überfüssig geworden sei, weshalb sie auch nicht mehr unter-

stützt werden dürfe. Dem hielt Lisa Sendker vom Eritrea-Solidaritätskomitee Bremen entgegen, daß die EPLF sich stets um Verständigung mit dem äthiopischen Militärregime bemüht habe, daß dieses den Eritreern in der Frage der Autonomierechte aber in keiner Weise entgegengekommen sei. Man war dann schnell bei nicht mehr nachprüfbaren historischen Details und das Ganze artete in einen Schlagabtausch jener Art aus, die den Begriff „Solidaritätsbewegung", der zumindest eine gewisse Verständigungsbereitschaft ihrer Mitglieder untereinander voraussetzt, fragwürdig macht.
Bei den Abschlußberichten, die überwiegend von ASK-Mitgliedern gegeben wurden, stellte sich heraus, daß in anderen Arbeitsgruppen wohl mehr Bereitschaft zum Zuhören und spontanen Weiterdenken vorhanden gewesen war. Mein Eindruck war freilich auch bei der abschließenden Diskussion im Plenum, daß die zwei Grundpositionen sich nicht nähergekommen, allenfalls ein wenig deutlicher, bewußter geworden waren. Für die eine, vom ASK vertretene, steht wie eh und je die Frage obenan, ob Befreiungsbewegungen sich unsere Unterstützung verdient haben und nach welchen Kriterien von Fortschrittlichkeit das zu beurteilen ist. Steckt in dieser Problemstellung nicht bereits eine gehörige Portion eurozentristischer Besserwisserei? Für die andere, auf dem Frankfurter Treffen von der Peripherie und vom iz3w Freiburg vertretene Auffassung steht das Bemühen obenan, eine neue, realistischere Sicht von dem zu gewinnen, was in der Dritten Welt tatsächlich vor sich geht. Mir scheint, daß auch und gerade europäische Marxisten zu projektiven Wunschbildern neigen, wenn sie z.B. Befreiungsbewegungen als Vertreter einer Arbeiterklasse verstehen, die ja in vielen Ländern der Dritten Welt überhaupt erst im Entstehen ist. Erst eine wirklichkeitsnahe Einschätzung des Befreiungskampfes wird seine verlässliche Unterstützung ohne das bisherige Flackern der Solidaritätsarbeit ermöglichen.
Beim ASK schien mir vor allem sein prominenter Vorsitzender Erich Wulff, der auch das ganze Treffen leitete, für Korrekturen oder wenigstens Ergänzungen an der bisher vorherrschenden Sichtweise aufgeschlossen zu sein. Er schlug ein zweites Treffen ähnlicher Art nach Jahresfrist vor, das sich dann mit einer begrenzten Thematik etwa der Rolle kultureller Identitätssuche im Befreiungskampf oder den sozialen und psychischen Voraussetzungen der Solidaritätsarbeit bei uns selbst, befassen soll. Mir würde ein zweites Treffen nur sinnvoll erscheinen, wenn es tatsächlich gelingt, sich in einer offenen Diskussion auf eines dieser beiden ergiebigen Problemfelder zu konzentrieren. Dabei wäre wohl vor allem darauf zu achten, daß die sicher auch notwendige Auseinandersetzung über nicht konsensfähige Punkte (z.B. die Rolle der Sowjetunion) das begonnene Gespräch nicht kaputtmacht.
Die sich auf Rückfahrten oft aufdrängende Frage, ob es sich denn gelohnt habe, ob mehr daran war als die sterile Aufgeregtheit des üblichen Tagungstourismus, habe ich diesmal ein wenig unterdrückt. Immerhin war es eine Art Premiere. Zum ersten Mal nach sechs oder sieben Jahren hatte ich unmittelbar mit Leuten zu tun, die aus der DKP-Richtung kommen. Ich hatte beinahe schon vergessen, daß es die überhaupt noch gibt. Und denen wird es mit uns wahrscheinlich nicht viel anders gehen.

hpö



## LATEINAMERIKA TAGE 1982

Vom 8. bis zum 23. Mai werden in Berlin wieder die Lateinamerika Tage stattfinden.
Veranstaltet werden sie vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Solidaritätsgruppen, die in der „Lateinamerika-Koordination" zusammengeschlossen sind. Vielen wird das FDCL, das einst aus dem Chile-Komitee hervorgegangen ist, schon ein Begriff sein, als Informations- und Koordinationszentrum der Solidaritätsarbeit mit Lateinamerika.

In der Fülle der Themen der Lateinamerikatage, in der breiten Fächerung des Programms drückt sich die Zahl der vielen teilnehmenden Gruppen aus und die vielfältigen Berührungspunkte und Aspekte unserer Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik. Um einen ganzen Kontinent mit seinen Menschen und all seinen Widersprüchen zu verstehen, reicht die Darstellung der politischen Konflikte oder ökonomischen Hintergründe nicht aus. Unterdrückung und Befreiungskampf finden ihren Ausdruck auch in den kulturellen Manifestationen. Einen Zugang zu Lateinamerika finden wir durch Musik, Literatur, Malerei und Filme. So werden während der Lateinamerika Tage eine ganze Reihe kultureller Veranstaltungen – Ausstellungen, Konzerte, Theatervorstellungen, Filmtage und Lesungen – auch unsere Sinne ansprechen. In der bloßen Präsentation lateinamerikanischer Kultur vor einem deutschen Publikum soll sich die kulturelle Begegnung mit Lateinamerika nicht erschöpfen. Sondern im Zentrum steht immer wieder der Zusammenhang und die Vermittlung zwischen Lateinamerika und hier: sei es Musik und Theater Exilierter oder das Exil als Thema in der lateinamerikanischen und deutschen Literatur, sei es eine Buch- und Zeitschriftenbörse, auf der wir uns über die breite Palette an Literatu aus und über Lateinamerika informieren können.
Die politischen und ökonomischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Lateinamerika werden einen inhaltlichen Schwerpunkt darstellen. Es seien hier nur die Exportgeschäfte mit Kernkraftwerken, Rüstungsgütern und pharmazeutischen Produkten genannt.
In diesem Zusammenhang gerät auch die Politik unserer Sozialdemokratischen Regierungspartei ins Blickfeld – eine Politik im Spannungsfeld von „Kernkraft – Imperialismus" und Sozialistischer Internationale, als deren Mitglied sie den USA gegenüber in gewissem Rahmen unabhängige Positionen, z.B. zu Zentralamerika, bezieht.
Damit ist gleich ein zweiter Schwerpunkt der Lateinamerika Tage angesprochen, der natürlich Zentralamerika sein wird – auch innerhalb der Filmtage.
An den Lateinamerika Tagen beteiligen sich auch verschiedene Berliner Kirchengemeinden. In diesem Rahmen werden drei lateinamerikanische Priester und Pfarrer eine Reihe von Lateinamerika Gottesdiensten abhalten.
Natürlich sind die Lateinamerika Tage ohne Feste mit Musik, Tanz und essen nicht vorstellbar.

# RÜSTUNG

# Kriegselektronik

## Keine Ausstellung internationaler Kriegselektronik in Hannover

**Vom 18. – 20. Mai 1982 soll erstmals in Hannover die International Defence Electronic Exposition (I.D.E.E.) stattfinden. Gezeigt werden sollen auf dieser für diesen Bereich wohl bedeutendsten Ausstellung elektronische Ausrüstungsgegenstände, die zur Perfektionierung und Effektivierung von Kampfwaffen dienen sollen.**

Diese Messe wurde zum ersten Mal 1972 in Chicago/USA von der privaten britisch-amerikanischen Gesellschaft Kiver Communications durchgeführt. Doch schon im zweiten Jahr wurde diese Ausstellung (damals noch MEDE, Military Electronics Defence Exposition genannt) durch gewaltfreie Aktionen und Proteste der Catholic Workers aus Chicago vertrieben und anschließend für die gesamten Vereinigten Staaten verboten. Darauf suchte der Aussteller in der Bundesrepublik Deutschland nach einem geeigneten Standort und fand ihn in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, einer ruhigen Beamtenstadt in der Nähe des Frankfurter Flughafens. Hier schloß er einen Sechsjahresvertrag mit der Rhein-Main-Halle, wurde aber, nachdem er vier Ausstellungen von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet durchführen konnte, 1980 durch Demonstrationen und gewaltfreie Blockadeaktionen vorzeitig wieder gezwungen, nach einem neuen Ort Ausschau zu halten. Als neue Ausstellungsstätte schien Hannover geeignet zu sein, da hier zur selben Zeit die Internationale Luftfahrt-Ausstellung (ILA), ohnehin mit großem militärischen Anteil versehen, und das Hubschrauber-Forum in Bückeburg stattfinden.
Die Ausstellung soll hauptsächlich Staaten ohne eigene Elektronicindustrie ansprechen, z.B. den Nahen Osten, Afrika, Südamerika und Fernost. So wurden 1979 auf der MEDE in Wiesbaden 7734 Besucher aus 67 Nationen gezählt. Wenngleich die ausgestellte Elektronik ausschließlich zu militärischer Verwendung hergestellt wurde und dazu dient, z.B. eine Flak noch treffsicherer und die neue Waffengeneration, wie Pershing II und Cruise Missile, erst einsatzbereit macht, handelt es sich bei den Ausstellungsstücken trotzdem nicht um Kriegswaffen, da elektronische Bauteile auf der Kriegswaffen-Liste, einer Anlage zum Kriegswaffen-Kontrollgesetz, aufzuführen vergessen wurden.

> In Hannover hat sich ein „Aktionsbündnis gegen IDEE" gebildet, das vom 3. – 4. April einen bundesweiten Kongress in Hannover durchführt, der der Vorbereitung von Aktionen gegen die Waffenmesse dient, u.a. einer Großdemonstration am 15. Mai. Geplant ist zudem, am 14., 15., und 16. Mai Rockfestivals gegen die Waffenmesse und vom 14. – 20. Mai ein antimilitaristisches Zeltlager für hannoveranische und auswärtige Gegner der Waffenmesse durchzuführen.
> Kontaktadresse:
> c/o Biu-Büro, Hinüberstr. 16 – 18,
> 3000 Hannover
> Telefon 0511 / 34 30 23

Bei der Steuerung von Raketen und Geschossen sind Computer nicht mehr wegzudenken. Die Raketen moderneren Typs, die zum Teil mit dreifacher Schallgeschwindigkeit fliegen, werden nur noch elektronisch gesteuert. Die Zielgenauigkeit ist damit um ein Vielfaches gewachsen. So finden solche Raketen über Tausende von Kilometern ihr Ziel mit solcher Präzision, daß ein ganz bestimmtes Haus beschossen werden kann. Die Abwehr solcher Raketen ist fast unmöglich. Sie fliegen sehr schnell und oft sehr tief. Ihre Steuerung ist so genau, daß man z.B. ein Flußtal ausnutzen kann. Somit ist diese Rakete fast 100% vor Radar-Überwachung geschützt.
Die Elektronik hat in der Rüstung so massiv Einzug gehalten, daß die gesamte Verteidigungs- und Kriegsstrategie geändert wurde. So besteht die Chance, mit Hilfe der sehr schnellen und präzise gesteuerten Waffen, einen Revancheschlag der Gegenseite zu verhindern. Die Ziele sind nicht mehr die feindlichen Großstädte und Industriezentren, sondern die wichtigen Kommandozentralen und Abschußbasen. Man muß also zwangsläufig von der Defensive in die Offensive gehen. Das heißt, man darf nicht mehr warten, und dann reagieren, sondern man muß dem Gegner zuvorkommen, um überhaupt eine Chance zu haben. Es ist leicht einsichtig, daß dies nicht die Kriegsgefahr mindert.
Darum wehren sich die in der Friedensarbeit in Hannover tätigen Gruppen mit aller Entschiedenheit gegen die Durchführung einer Militärelektronik-Ausstellung.
Schon Mitte 1981 wurden mehrere Briefe an Oberbürgermeister Schmalstieg, den Vorstand der Messe AG und die SPD-Ratsfraktion geschrieben, in denen die Adressaten aufgefordert wurden, die Ausstellung abzusagen. Zuerst erhielten wir keine Reaktion, auf Drängen sprachen sich dann Schmalstieg und auch die niedersächsische Wirtschaftsministerin Frau Breul gegen die I.D.E.E. aus. Unternommen wurde jedoch von maßgeblichen Stellen bislang noch nichts. Deshalb werden zur Zeit Unterschriften für einen Bürgerantrag gesammelt, der den Rat der Stadt auffordert, eine Hauptversammlung der Messe AG einzuberufen, um nötigenfalls dem Vorstand das Vertrauen zu entziehen.
Da es nicht den Anschein hat, als würde die I.D.E.E. von offizieller Seite abgesagt, bereiten wir uns darauf vor, die Ausstellung mit gewaltfreien Mitteln zu ver-/behindern.
Um die Ver-/Behinderung so effektiv wie möglich zu machen, werden wir uns weiterhin in gewaltfreien Trainings auf direkte Aktionen am Messegelände vorbereiten. Parallel dazu bemühen wir uns um eine größtmögliche Information der Bevölkerung durch Straßentheater, Hausbesuche, öffentliche Veranstaltungen (z.B. mit Peter Lock, Dozent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg), Demonstrationen etc.
So kommen die Händler des Todes aus aller Herren Länder, um hier in der Bundesrepublik mit ihrem grundgesetzlich verankerten Friedensauftrag die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet des elektronisch gesteuerten Massenmordes zu bewundern – und um einzukaufen.
Die Zielgruppen, die die I.D.E.E. ansprechen möchte, sind einmal das Militär, aber auch Polizei, Grenzschutz, Verfassungsschutz und Geheimdienste. So wurden auf der MEDE 1980 Kameras in Feuerzeugen und Armbanduhren,

komplette Sender mit Mikrophon in Armbanduhren und Geräte zum Überwachen von Telefonen angeboten. Ferner wurden Computer zur Gefechtssimulation und Gefechtsberechnung und zur Codierung und Decodierung von Kommunikationssystemen vorgestellt.
Schwerpunktmäßig sollen auf der I.D.E.E. 82 die neusten Nachrichtensysteme, Nachtsichtgeräte, Feuerleitsysteme, Luftabwehrelektronik, Radaranlagen, Funkkontrollsysteme und Laser-Warngeräte gezeigt werden.
Ein weiterer Schritt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist dieser Brief.
Wir würden uns freuen, wenn Ihr innerhalb der Euch gegebenen Möglichkeiten unsere Arbeit unterstützen könntet.

(Gewaltfreie Aktionsgruppe Hannover)

# PETITION FÜR PETER-JÜRGEN BOOCK

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat am 8.2.1982 in einer Petition den Deutschen Bundestag aufgefordert, ein faires Verfahren für den RAF-Aussteiger Peter-Jürgen Boock sicherzustellen. Boock, der sich aus prinzipiellen Erwägungen von der „Roten Armee Fraktion" losgesagt hatte, wurde am 22.1.1981 widerstandslos und ohne daß er eine Waffe trug, festgenommen. In einem „Spiegel"-Gespräch hatte Boock vor einer für den 28.2.1981 geplanten „finalen Aktion" gewarnt, bei der anläßlich eines deutsch-amerikanischen Balles im Heidelberger Schloß Geiseln genommen werden sollten. Wäre diese Aktion nicht vereitelt worden, hätte sie mit großer Wahrscheinlichkeit mit Toten auf beiden Seiten geendet. Gleichzeitig hat sich Boock immer geweigert, der Bundesanwaltschaft als „Kronzeuge" zur Verfügung zu stehen. Daraufhin wurden ursprünglich gewährte Hafterleichterungen wieder rückgängig gemacht.
Obwohl die Bundesminister Baum und Schmude in mehreren öffentlichen Äußerungen „Aussteigern" die „Chance eines Neubeginns" signalisiert hatten, verfolgt die Bundesanwaltschaft einen harten Kurs in der Strafverfolgung, auch gegenüber denen, die sich zweifelsfrei vom Terrorismus losgesagt haben, solange sie sich nicht als „Kronzeuge" bereitfinden, also gegen ihre früheren Kombattanten aussagen würden. Nach Auffassung des Komitees wird damit jedoch das Politiker-Angebot, Aussteigern eine Chance, zumindest einen fairen Prozeß zu ermöglichen, unglaubwürdig.
Die Hauptstoßrichtung der Petition des Komitees zugunsten von Peter-Jürgen Boock richtet sich gegen die Wahl von Stuttgart-Stammheim, das von Generalbundesanwalt Rebmann inzwischen als Gerichtsort festgelegt wurde. Boock befindet sich zur Zeit noch in Hamburg in Untersuchungshaft. Er hat dort seine sozialen und familiären Kontakte nach „draußen", und auch die Rechtsanwälte seines Vertrauens haben ihren Sitz in Hamburg und Bremen. In einem Briefwechsel, den das Komitee mit Bundesjustizminister Schmude führte, hatte der Minister darauf hingewiesen, man solle einen Gerichtsort nicht „dämonisieren". Demgegenüber weist das Komitee in seiner Petition erneut darauf hin, daß Stammheim für einen ehemaligen RAF-Angehörigen einen furchtbaren Symbolcharakter haben muß, worauf Boock, der sich physisch und psychisch in einem labilen Gesundheitszustand befindet, selbst mehrmals hingewiesen hat. Da keine rechtlichen und sonstigen Gründe dagegen sprechen, daß der Prozeß auch in Hamburg stattfinden könnte, und da der Generalbundesanwalt unbeirrt an dem Gerichtsort Stammheim festhält, muß geschlossen werden, daß hier schon vorurteilshaft festgelegt ist, wie man mit dem Angeklagten Peter-Jürgen Boock verfahren möchte. Dies kann nur negative Signalwirkung haben für all diejenigen, die sich vom Terrorismus losgelöst haben und unter fairen Bedingungen bereit wären, sich wieder zu legalisieren.
Neben der Bitte, auch den Vorschlag einer Amnestie zu erwägen, bittet das Komitee für Grundrechte und Demokratie den Petitionsausschuß, folgendes zu veranlassen:

1) Herr Boock bleibt in Hamburg; der Prozeß findet nicht in Stuttgart-Stammheim, sondern in Hamburg statt;
2) Es wird auf jedwede Einwirkung verzichtet, Herrn Boock zum „Kronzeugen" machen zu wollen;
3) Die U-Haftbedingungen für Herrn Boock haben seinem physischen und psychischen Gesundheitszustand zu entsprechen;
4) Eine Therapie durch einen Arzt, der Herrn Boocks Vertrauen hat, ist sicherzustellen;
5) Herr Boock kann seine Besucher grundsätzlich ohne Trennscheibe empfangen; die Trennscheibe wird für Herrn Boock nicht wieder eingeführt;
6) Die Verteidigung Herrn Boocks erfolgt ausschließlich durch Anwälte seines Vertrauens.

Das Komiteee für Grundrechte und Demokratie hat zum Verfahren gegen Boock eine Broschüre herausgegeben, die u.a. den Text der Petition, den Briefwechsel des Komitees mit dem Bundesjustizminister, einen Briefwechsel mit Boock und Stellungnahmen von Rechtsanwälten enthält: „Eine Chance für Aussteiger? Das Beispiel Peter-Jürgen Boock. Aktuelle Dokumentation zu einem schwebenden Verfahren". Bezug: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal (DM 3,–). Dort können auch Unterschriftenlisten zur Unterstützung der Petition angefordert werden.

# GLOSSE

# Ein Spät(h)-Werk

## Die CDU-»Aktion Dritte Welt«

**Eine exotische Mahlzeit, selbstgebackener Kuchen, ein Altkleider-Basar – alles zum Wohle der Armen in der Dritten Welt, von CDU-Mitgliedern organisiert ... Die baden-württembergische CDU brachte mehrere hunderttausend Mark zur Unterstützung von Entwicklungshilfeprojekten zusammen, und wie der Landesparteichef Späth es sich ausgerechnet hatte – stieg die Zahl der Neuzugänge von Parteimitgliedern spürbar an. (Der Spiegel 51/1981).**




Geschehen da Wunder – oder sind es gar die Zeichen der Zeit? Dritte Welt ist offensichtlich „in". Damit kann man unter die Leute gehen. – Vom mitleidigen Damenkränzchen bis zum Jungchristen, dem die Fortschrittlichen zu fortschrittlich sind, und dem dennoch das schlechte Gewissen schlägt – eine riesige Zielgruppe für die Methode, die zugleich niemanden vergraulen kann, es geschieht ja schließlich alles freiwillig.

Und später kommen dann Dankesbriefe, die man gerührt (ver-)lesen kann, die als Ersatz für die nickenden Gipsnegerlein auf den Opferstöcken von ehedem dienen. – Da kriegt man was für sein Geld. Da fühlt man sich wieder mal so richtig gut.

Endlich wird den braven jungen Christen, die die Worte von der Nächstenliebe gewissenhaft gelernt haben, die Welt wieder zurechtgerückt. Endlich sind es nicht mehr die Roten, die sich engagieren (die wollen doch damit nur wieder was kaputtmachen), endlich ist es die Partei, die sich christlich




nennt, endlich kann man als Christ auch ohne schlechtes Gewissen engagiert sein.

Jetzt wissen es endlich alle, die es schon immer wissen wollten: Die CDU ist uneigennützig, sozial, für die Ärmsten der Armen, hilfsbereit, opferbereit. Wer kann sie jetzt noch kapitalistisch schimpfen ... sie hat das Gegenteil endgültig bewiesen, und außerdem: Gerechtigkeit auf der Welt geht auch ohne den Staat. Der freie Christ löst das Problem schon individuell.

Wer denkt da noch an Späths Innenpolitik – an die vorrangige Streichung von Sozialausgaben, die besonders harte Handhabung des Extremisten-Erlasses, die konservative Bildungspolitik – ja das schlechte Gewissen würde schlagen bei so viel Beschäftigung mit eigenen Problemen. Wär' doch egoistisch (und auch n'bißchen provinziell, nicht?).

Aber – ganz auf *Eurem* Mist, Parteifreunde, ist die Methode doch nicht gewachsen. Hat man sich nicht schon vor Euch vom latenten schlechten Gewissen los- und die moralische Behaglichkeit einkaufen können?

Doch eins muß man Euch lassen: Schlau seid Ihr gewesen. – Die guten Christen geben gerne Almosen statt Gerechtigkeit. Und Ihr tauscht dabei Geld und moralischen Apell gegen Parteimitglieder. Ein gutes Geschäft. Geschickter sind das materielle Elend der Einen und das moralische der Anderen selten vermarktet worden.

(Übrigens: Das Modell macht Schule; auch die Genossen von der SPD wollen nun „Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache" mit dem Apell ans Dritte-Welt-Gewissen verbinden – was sie nur Wochen vorher der damit erfolgreichen Konkurrenz noch moralisierend vorgeworfen hatten.) H. H.

# LESERBRIEF

**Betr.: „Gesundheit und Arzneimittel in der Dritten Welt" in: „blätter des iz3w" Nr. 97, November 1981 S. 44 – 52**

Liebe Freunde,
im Beitrag von Josef Södlmayr (Menschliches Blut als Ware auf dem Pharma-Markt), der –zu Recht– ein Horrorbild diese Sparte kapitalistischer Pharmazeutik zeichnet, erscheint als Schlußabsatz eine Passage über „direkte Aktionsmöglichkeiten für Solidaritätsgruppen". Punkt 1 dieser „direkten Aktionsmöglichkeiten" beinhaltet – wenn auch in rhetorischen Fragen verklausuliert – eine faktisch eindeutige Kritik an der Praxis von Solidaritätsgruppen, Blutspendeaktionen durchzuführen. Im Kontext des Artikels ist diese Kritik sogar vernichtend. Folgender Eindruck entsteht: Gruppen, die Blutspendeaktionen durchführen, stützen – ob gewollt oder ungewollt – die moralisch und politisch verwerflichen Praktiken der internationalen Pharmakonzerne.
Illustriert wird diese Passage durch den Abdruck des Flugblattes zu unserer im letzten Jahr durchgeführten Blutspendeaktion. Euch, die Ihr eine Zeitung macht, muß man nicht erklären, daß derartige Illustrationen eben auch im Zusammenhang mit dem Text Inhalte vermittelt.
Kurzum: wir werfen Euch vor, unbegründet (s.u.) die Solidarität mit Chile in Münster und anderswo geschädigt zu haben. Darüber hinaus ist durch den Artikel eine der effektivsten Aktionsformen der Solidaritätsarbeit leichtfertig diskreditiert worden.
Damit keine falschen Konflikte entstehen: wir begrüßen die Themensetzung des Heftes; auch der Artikel von Josef Södlmayr überzeugt – auf der medizinischen und gesundheitspolitischen Ebene – durch genaue Recherche und schlüssige Argumentation. Dieser kritische Sachverstand setzt aber bei der Frage der Beurteilung der Blutspendeaktionen offenkundig aus.
Wir leugenen ja nicht die internationale Kommerzialisierung der Blutspende bzw. -verkaufspraktiken; wir leugnen nicht die Existenz des seitens der Pharmakonzerne betriebenen Vampirismus. Aber es gibt doch einen fundamentalen Unterschied zwischen einer erpreßten „Blutspende" oder dem Verkauf des eigenen Blutes aus nackter Not einerseits und einer politisch begründeten, freiwilligen Spende andererseits, die – um es in diesem Zusammenhang pointiert zu sagen – doch auch deshalb gegeben wird, damit in Zukunft – z.B. im heutigen Nicaragua – niemand mehr aus Hunger und Not zur Blutspende gezwungen wird.
Es ist eben ein folgenreicher Druckfehler, in der Beurteilung von Phänomen nur die Form und nicht den Inhalt zu berücksichtigen.
Untersuchen wir die vom Autor angeführten Gründe im Einzelnen:

a) Erinnert wird an die lauthalse und verständliche Begrüßung des Putsches in Chile durch die Höchst Chile (Nebenbei: es geht nicht um ein „famoses Glückwunschtelegramm" „an Pinochet", sondern um einen Bericht der Höchst Chile an die Frankfurter Zentrale). Gegenfrage: welche Solidaritätsgruppe arbeitet mit Höchst zusammen? Wir nicht – und wir denken: andere auch nicht.
b) „Wer macht den dicken Reibach bei diesem Geschäft?" Ja, wer wohl? Was soll eigentlich die offensichtlich gerade unter Linken unausrottbare Ignoranz und moralisierende Attitude, die kapitalistischen Unternehmen ausgerechnet ihre Profitorientierung vorwirft. Bei zwei renommierten Wissenschaftlern des vergangenen Jahrhunderts ist nachzulesen, warum das so ist – mit dem Lohn und dem Preis und dem Profit.
c) Das dritte Argument gipfelt in der Frage, ob Blutspendeaktionen nicht auch bereits Resultat „verinnerlichter" „Vermarktungstendenzen" sind? Solche ausgesucht dummen Fragen können einem am Schreibtisch kommen, nicht aber, wenn man einmal an der Vorbereitung und Durchführung einer Blutspendeaktion beteiligt war. Bezogen auf die Spender ist die Frage hingegen eine Frechheit.
d) Das nächste Argument zielt darauf ab, anstelle von Privatfirmen die Zusammenarbeit mit dem DRK zu suchen. Sehr gut. Doch kennen wir leider keine Verbandsgliederung des DRK, die bereit wäre, eine Blutsendeaktion unter eindeutigen politischen Vorzeichen (Ausnahme: Polen) durchzuführen.
e) Im Wortlaut: „Wenn es um den finanziellen Aspekt der Sache geht, kann man genauso gut den Lohn von zwei bis drei Arbeitsstunden spenden". Kann man? Kein Problem sicherlich für den Mediziner oder andere Akademiker. Können aber auch Studenten, Schüler, Auszubildende usw.? Diese können eben nicht. Uns geht es bei den Blutspendeaktionen ausschließlich um diesen „finanziellen Aspekt". Wir sehen in dieser Aktionsform die derzeit einzige Möglichkeit, Leuten ohne geregeltes ausreichendes Einkommen die Möglichkeit zu wirksamer materieller Solidarität zu eröffnen. Diese Form der Solidarität wird in Münster nun seit Jahren von mehr als 500 Leuten wahrgenommen.

Der letztgenannte Punkt soll noch zu einer abschließenden Bemerkung führen. Wir sind gezwungen (und sind doch nicht begeistert darüber), in dieser Frage mit einer privaten Firma zusammenzuarbeiten. Die Firma erzielt Gewinn. Unser „Gewinn" liegt in der Stärkung des chilenischen Widerstandes, der eines hoffentlich nicht zu fernen Tages sich wieder auf den Weg machen wird, in Chile ein demokratisches Gesundheitswesen aufzubauen. Dann wird es viele geben, die keinen Gewinn mehr machen – Höchst und wie sie alle heißen!

28. Januar 1982

Leo Siepelmeyer
Initiativkreis „Solidarität mit Chile"
Schulstraße 23, 4400 Münster

**BOLIVIEN SOLIDARITÄT**

Wir suchen:

Materialien zur Vorbereitung einer Ausstellung über die Bergarbeiter Boliviens, Fotos-Dokumente-Bücher-Broschüren-Dias-etc.

Bitte bis 15.4.1982 an folgende Adresse schicken:

„LA TIENDA"
c/o R. Scheller
Herderstr. 42-44, 2800 Bremen

# Zeitschriftenübersicht

**ila info Nr. 52, Januar 1982**

Gegen Multis und Staat — Geschichte der Arbeiterbewegung Kolumbiens ● "Wir sind eine politische und militärische Macht"(zu den jüngsten Ereignissen in Kolumbien) ● US-Intervention in Zentralamerika ● Grenada "Die Privatindustrie hat 400 Jahre Zeit" ● Ländernachrichten zu Ecuador, Chilel, Honduras ● Solidaritätsbewegung ● Reagans "Engel der Hölle" (Invasion in El Salvador noch im März?) ● Krisenherd Mittelamerika ● Materialien zur Antiinterventionsbewegung ● Dokumentationsstelle blockfreier Staaten ● Pantomimengruppe "El Signo" ● Zeitschriftenschau ● Materialliste Ergänzung.
Einzelpreis DM 2,50
Bezug: Ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

**informationsdienst südliches afrika Nr. /2 1982**

Schwerpunktthema Kooptionsstrategie und Repression in Südafrika
● Südafrika: Wahlboykott der Inder — Albertina Sisulu, Rede auf Anti-SAIC-Konferenz — Schwarze Mittelschicht — Urban Foundation — Group Areas Act — Durban Resolution — Verfolgung schwarzer Gewerkschafter — Verhaftungen 1981—Umsiedlungen — Ermordung von G. Mxenge ●
Namibia: Wahlhilfe für Südafrikas Marionette, DTA-Besuch in Bonn ● Aktionen: 70 Jahre ANC — Mahnwache vor südafrikanischer Botschaft — EK-Rheinland verweigert Unterstützung des Anti-Rassismusprogramms — Offener Brief zum ICSA-Workshop ● Kurznachrichten Rezension.
5,-DM Jahresabonnement: 40,-DM (mind. 8 Ausg.)
Herausgeber: Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (issa), Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik und Westberlin e.V. (AAB), Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

**Lateinamerika Anders Nr. 17/18 Januar 1982**

Schwerpunkt Kolumbien — Demokratie im militärischen Korsett: Stichworte zur aktuellen Lage — Geschichte — Kultur und Gesellschaft — Interview mit Orlando Fals Borda — Kinderschicksale — Buchbesprechufngen.
96 Seiten, öS 40,-; DM/sfr 6,-;
Bezug: IGLA, Postfach 697, A 1061 Wien.

**Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/1982**

Kenia: — Wer kontrolliert Kenias Wirtschaft? — Politische Lage nach Kenyatta — Frauen in Mathare Valley — Tourismus ●
Tansania u.a.: — Neyerere in der 5. Amtsperiode — Nahrungsmittelkrise und Exportproduktion — Die Wahlen von 1980 — Tansanias Rolle in Schwarzafrika.
52 Seiten, DM 5,-; Bezug: Postfach 2846, D-2000 Hamburg 19

**FORUM 51 (Feb. 82)**

Frieden und Befreiungskampf: Gemeinsame Ziele ● Antiinterventionskampagne: Breite Plattform ● Kaffee: FEDECOCAGUA und Guatemala ● Nestle-Seminar ● Pharmapresse: Dichtung und Wahrheit ● BUKO: Kritik unerwünscht — Arbeitsgruppen Uran und Agrobussiness ● El Salvador: Reagans Engel der Hölle — Material, Termine, Zeitschriften.
3,- DM, Abo 36,- DM; Bezug: Magazin-Verlag, Königstr. 7 2300 Kiel 1

**Lateinamerika-Nachrichten Nr. 101**

Berichte zu: Brasilien, Mexico, Nicaragua, Paraguay, Chile, Peru, Guatemala, El Salvador ● Solidarität: US-INtervention in Mittelamerika, Brigitte Heinrich, Genaro Flores ● Lateinamerikatage '82.
Preis: 3,-DM; Jahresabo (11 Hefte) 35,-DM;
Bezug: FDCL, Savigny-Platz 5, 1000 Berlin 12

**Nicaragua aktuell 16/17 (Feb. 82)**

Sonderheft El Salvador: My Lai in El Salvador ● Geschichte ● Leitung, Aufbau und Finanzen der FMLN ● Militärische Lage ● Interviews mit Ana Guadelupe Martinez, Jose Rodriguez Ruez und Salvador Cayetano Carpio ● Westdeutsche Presse ● Roque Dalton, ein Militanter der Poesie ● Bundestreffen ● Zeitschriftenübersicht.
4,-DM; Abo 12,-DM; Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

**Paraguay-Rundbrief Nr. 34 Februar 1982**

Ausführl. Informationen über die Reise Gerhard Löwenthals nach Paraguay ● APE-Vereinigung der Paraguayer im Exil ● WOLA-Bericht über willkürliche Verhaftungen ● Stellungnahme der Kirche über den Gesetzesentwurf für die Eingeborenen ● Die Vertreibungspraxis der multinationalen Konzerne ● Hinter den Statistiken verbirgt sich die Armut ● Grundbesitz: Viele Arme, wenig Reiche ● Die mächtigen Organisationen verweigern den Campesinos das Recht, sich zu organisieren u.a.m.
Bezug: PAG e.V., c/o I.Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt, Abo-Preis: (6 Hefte im Jahr) 15,-DM; Einzelpreis: 2,50 DM incl. Porto

**Solidarität Nr. 64/65, 8. Jahrgang, Januar 1982**

Mexico: Schwarzer Reichtum / grüne Armut — Die sanfte Repression des PRI — Eine Mestitio-Familie auf dem Land — Ciudad de Mexico ● Karibik: Rauher Wind. Reggae ● USA: Let's get Reagan ● RSA: 70 Jahre afrikanischer Nationalkongress ● Schweiz: . . . verdient mehr als die Ölländer, eine SKAAL-Stellungnahme — Dossier Schweizer Trikont — Bericht an die SKAAL-Generalversammlung ● Bücher ● Inhaltsverzeichnis 1981.
40 Seiten, sfr. 3,50; Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Gabi Meier

Eschhotzstr. 41

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg



